

Halbzeitbewertung von *PROFIL*

Teil I – Kapitel 1

Einleitung

Autorin:

Regina Grajewski

Braunschweig, Dezember 2010

Inhaltsverzeichnis	Seite
Inhaltsverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
Kartenverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	V
1 Einleitung	1
2 Beschreibung des Bewertungsrahmens	3
2.1 Common Monitoring and Evaluation Framework (CMEF)	3
2.2 Indikatoren	4
2.3 Vorgehen bei der Bewertung	5
2.4 Datengrundlagen	7
2.5 Kurzbeschreibung früherer Bewertungen sowie weitere Studien	9
3 Kontextanalyse	12
3.1 Einordnung von <i>PROFIL</i> in die Förder- und Fachpolitiken der Länder Niedersachsen und Bremen	12
3.1.1 <i>PROFIL</i> im Verhältnis zur 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und zu den EU-Strukturfonds	12
3.1.1.1 <i>PROFIL</i>	12
3.1.1.2 <i>PROFIL</i> im Verhältnis zur 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	13
3.1.1.3 <i>PROFIL</i> im Verhältnis zu den Strukturfonds (EFRE, ESF und EFF)	15
3.1.2 Weitere Förderpolitiken mit Bezug zu <i>PROFIL</i>	16
3.1.3 Fachpolitiken mit Bezügen zur Politik für ländliche Räume	20
3.2 Sozio-ökonomische und umweltbezogene Veränderungen in Niedersachsen und Bremen	23
4 <i>PROFIL</i> Niedersachsen/Bremen: Ausgestaltung, Finanzen, Umsetzung und Zielgruppen	30
4.1 Programmkonstruktion	30
4.2 Ausgestaltung von <i>PROFIL</i>	30
4.2.1 Schwerpunkte und Maßnahmen	34
4.2.1.1 Schwerpunkt 1	35
4.2.1.2 Schwerpunkt 2	36
4.2.1.3 Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“	39
4.2.1.4 Schwerpunkt 4 „Leader“	41

4.2.1.5	Kofinanzierungsstruktur von <i>PROFIL</i>	42
4.2.1.6	Zuwendungsempfänger von <i>PROFIL</i>	43
4.2.2	Programmänderungen	45
4.2.3	Änderungen im indikativen Finanzplan	46
4.3	Finanzielle Umsetzung	48
4.3.1	Finanzielle Umsetzung nach ELER-Codes	48
4.3.2	Räumliche Mittelverteilung	52
4.3.2.1	Absolute Mittelverteilung der 1. und 2. Säule der GAP	52
4.3.2.2	Errechnete jahresdurchschnittliche Förderintensitäten	56
4.3.2	Inanspruchnahme von <i>PROFIL</i> nach Zuwendungsempfängern	61
5	Programmimplementation, Akteure und institutioneller Kontext	66
5.1	Kooperation von Niedersachsen und Bremen im Bereich des EGFL und ELER	66
5.2	Strukturlandkarte	66
	Literaturverzeichnis	69

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung 1: Struktur des Bewertungsteams von <i>PROFIL</i>	2
Abbildung 2: Vorgehen bei der Bewertung von <i>PROFIL</i>	6
Abbildung 3: Öffentliche Mittel 2007 bis 2013 der verschiedenen EU-Fonds in Niedersachsen und Bremen (in Prozent der insgesamt 4,8 Mrd. Euro)	16
Abbildung 4: Vollzug der GAK in Niedersachsen und Bremen im Zeitraum 2007 bis 2009 (*)	17
Abbildung 5: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen	24
Abbildung 6: Index der Erzeugerpreise ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte	26
Abbildung 7: Absolute und relative Verteilung der öffentlichen Mittel (*) 2007 bis 2013 auf die Schwerpunkte von <i>PROFIL</i>	32
Abbildung 8: Absolute und relative Verteilung der ELER-Mittel 2007 bis 2013 auf die Schwerpunkte von <i>PROFIL</i>	33
Abbildung 9: Anteil der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 innerhalb und außerhalb des Konvergenzgebiets nach Schwerpunkten	34
Abbildung 10: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf ELER-Codes im Schwerpunkt 1 (2007 bis 2013)	36
Abbildung 11: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf die ELER-Codes des Schwerpunktes 2 (2007 bis 2013)	39
Abbildung 12: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf die ELER-Codes des Schwerpunktes 3 2007 bis 2013	41
Abbildung 13: Finanzielle Gewichtung der Leader-Teilmaßnahmen 2007 bis 2013	42
Abbildung 14: Geplante Kofinanzierungsstruktur von <i>PROFIL</i>	43
Abbildung 15: Verteilung der geplanten öffentlichen Mittel ¹⁾ 2007 bis 2013 nach Schwerpunkten auf Zuwendungsempfängergruppen (geschätzt)	44
Abbildung 16: Verteilung der geplanten öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 für Artikel-89-Maßnahmen nach Schwerpunkten auf Zuwendungsempfängergruppen (geschätzt)	45
Abbildung 17: Veränderung der geplanten ELER- und öffentlichen Mittel für ausgewählte Maßnahmen zwischen dem Planungsstand 2007 und dem Planungsstand 2009 in Mio. Euro	47
Abbildung 18: Relative Verteilung der öffentlichen Mittel der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009 in Bremen und Bremerhaven auf die 1. Säule der GAP und Maßnahmen der 2. Säule	56
Abbildung 19: Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben Niedersachsens im Wirtschaftsjahr 2008/2009	60

	Seite
Abbildung 20: Ausgezählte öffentliche Mittel 2007 bis 2009 nach Zuwendungsempfängern und ELER-Codes ¹⁾	63
Abbildung 21: Anzahl der Zahlungsempfänger 2007 bis 2009 in den ELER-Codes 111, 114, 121, 213 und 214 nach Direktzahlungsklassen	64
Abbildung 22: Höhe der ausgezahlten öffentlichen Mittel 2007 bis 2009 in den ELER-Codes 111, 114, 121, 213 und 214 nach Direktzahlungsklassen	65
Abbildung 23: Inanspruchnahme landwirtschaftsbezogener Maßnahmen (Anteil an Betrieben, die 2007 Direktzahlungen erhielten)	66
Abbildung 24: Strukturlandkarte zur Umsetzung von <i>PROFIL</i> (Stand Oktober 2009)	68

Kartenverzeichnis	Seite
Karte 1: Konvergenz- und Nichtkonvergenzgebiet in Niedersachsen	30
Karte 2: Zahlungen in der 1. und 2. Säule der GAP in den EU-Haushaltsjahren 2007 bis 2009	52
Karte 3: Ländliche Entwicklungsmaßnahmen der 2. Säule, für die 2007 bis 2009 die meisten öffentlichen Mittel ausgezahlt wurden	54
Karte 4: Errechnete landwirtschaftsbezogene Förderintensitäten der 1. und 2. Säule der GAP (Durchschnitt der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009)	58
Karte 5: Errechnete einwohnerbezogene Förderintensität ländlicher Entwicklungsmaßnahmen (Durchschnitt der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009)	61

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Überblick über die Datenanforderung aus dem Angebot und Einschätzung der Verfügbarkeit und Qualität	7
Tabelle 2: Übersicht über frühere Bewertungen im Zusammenhang mit <i>PROFIL</i>	10
Tabelle 3: Finanzielle Ausgestaltung von <i>PROFIL</i> (Stand: 12/2009)	13
Tabelle 4: Neuerungen durch den Health Check	14
Tabelle 5: Maßnahmen des Sonderprogramms Landwirtschaft	19
Tabelle 6: Einkommen je Arbeitskraft und Gewinn je Unternehmen nach Betriebsformen in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben Niedersachsens und Deutschland	27
Tabelle 7: Überblick über die Maßnahmen des Schwerpunktes 1 (Stand: Ende 2009)	35
Tabelle 8: Überblick über die Maßnahmen und Teilmaßnahmen von Schwerpunkt 2 (Stand: Ende 2009)	37
Tabelle 9: Überblick über die Maßnahmen und Teilmaßnahmen von Schwerpunkt 3 (Stand: Ende 2009)	40
Tabelle 10: Überblick über die Programmänderungen bei <i>PROFIL</i>	46
Tabelle 11: Umsetzungsstand zum 31.12.2009 nach ELER-Codes für <i>PROFIL</i>	50
Tabelle 12: Getätigte öffentliche Ausgaben für Artikel-89-Maßnahmen bis 31.12.2009	51

1 Einleitung

Die Halbzeitbewertung (HZB) des Programms zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 – *PROFIL* ist in einen länderübergreifenden Bewertungsansatz eingebunden. Dieser umfasst neben Niedersachsen und Bremen die Bewertung der Programme der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Mecklenburg-Vorpommern nimmt erst seit 2007 an dem Verbund teil. Die anderen Bundesländer arbeiten schon seit der Halbzeitbewertung der ländlichen Entwicklungsprogramme 2000 bis 2006 in der Evaluation zusammen. Auftragnehmer war seit der Halbzeitbewertung der Programme gemäß VO (EG) Nr. 1257/1999 das Institut für Ländliche Räume bzw. dessen Vorgängerinstitute.

Organisatorische und inhaltliche Gründe sprechen für ein solches länderübergreifendes Vorgehen. Ein gemeinsamer Lenkungsausschuss der Verwaltungsbehörden mit den beauftragten EvaluatorInnen wurde eingerichtet. Daneben existieren maßnahmenbezogen länderübergreifende Arbeitsgruppen. Inhaltlich können bestimmte Fragestellungen länderübergreifend untersucht werden, wenn für länderspezifische Untersuchungen keine statistisch auswertbaren Fallzahlen vorliegen. Durch die unterschiedliche Umsetzungspraxis der beteiligten Länder bieten sich für ausgewählte Fragestellungen vergleichende Analysen an (siehe z. B. der Bericht zu Mainstreaming Leader im Anhang zu Teil III der Halbzeitbewertung). Die Berichte zur laufenden Bewertung geben detaillierte Auskunft über das etablierte Bewertungssystem (LR et al., 2008a; LR et al., 2009).

Die Bewertung wird federführend vom Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (vTI), einer Ressortforschungseinrichtung des Bundeslandwirtschaftsministeriums, durchgeführt. Ausgewählte Maßnahmenbereiche werden von Kooperationspartnern, zu denen zwei weitere Institute des vTI sowie die Ingenieurgesellschaft entera gehören, untersucht. Die Struktur des Bewertungsteams stellt **Abbildung 1** dar.

Abbildung 1: Struktur des Bewertungsteams von PROFIL

Projektleitung/Koordination/Finanzen: Regina Grajewski, Gitta Schnaut, Rita Baumgarten (vTI – LR)			
Programmbewertung: Regina Grajewski, Barbara Fähmann, Andrea Pufahl (ab 15.4.2010 vertreten durch Marion Pitsch) (vTI – LR)			
Vertiefungs- themen 1 bis 8	1) Wachstum und Beschäftigung	Andrea Pufahl, Marion Pitsch (vTI – LR)	
	2) Dynamik im Agrarsektor	Antje Fitschen-Lischewski (vTI – BW)	
	3 – 5) Umwelt: Biodiversität, Wasser, Klima	Wolfgang Roggendorf (vTI – LR), Achim Sander (entera)	
	6) Lebensqualität in ländlichen Räumen	Andrea Moser (vTI – LR)	
	7) Mainstreaming LEADER	Petra Raue (vTI – LR)	
	8) Folgenabschätzung Kontextwandel	Karin Reiter (vTI – LR)	
Datenhaltung und -aufbereitung: Jan Heuer (vTI – BW) , Wolfgang Roggendorf (vTI – LR)			
Schwerpunkt 1		Schwerpunkt 2	
111, 114, 126	Winfried Eberhardt (vTI – LR)	212	Regina Dickel (vTI – LR)
125	Manfred Bathke, Andreas Tietz (vTI – LR)	213	Karin Reiter (vTI – LR)
121, 123	Bernhard Forstner, Henrik Ebers, Angela Bergschmidt, Antje Fitschen- Lischewski (vTI – BW)	214	Karin Reiter, Wolfgang Roggendorf, Regina Dickel (vTI – LR)
125	Kristin Bormann (vTI – OEF)	213, 214	Achim Sander, (entera)
		221, 223, 225, 226, 227	Kristin Bormann (vTI – OEF)
Schwerpunkt 3		Schwerpunkt 4 (LEADER)	
311 bis 323, 341	Birgit Fengler, Andrea Moser, Winfried Eberhardt (vTI – LR)	411 bis 431	Petra Raue, Kim Pollermann (vTI – LR)
323	Manfred Bathke (entera)		
331	Manfred Bathke (entera) Andrea Moser (vTI – LR)		

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Halbzeitbewertung ist der erste größere Ergebnisbericht im Rahmen des Prozesses der laufenden Bewertung. Im Vordergrund steht die Analyse der Umsetzung und erster Ergebnisse der Förderung, auf deren Grundlage Vorschläge zur Verbesserung der Maßnahmen und des Programms abgeleitet werden können.

Der Bericht zur Halbzeitbewertung gliedert sich in drei Teile:

- Teil I - Einleitung,
- Teil II - Maßnahmenbewertungen,
- Teil III - Programmbewertung.

Dem Halbzeitbewertungsbericht vorangestellt ist eine Kurzfassung der wesentlichen Ergebnisse sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Maßnahmenbewertungen und Programmbewertung orientieren sich an der vom Common Monitoring and Evaluation Framework (CMEF) vorgegebenen Gliederungsstruktur (EU-KOM, 2006a). In Absprache mit dem Auftraggeber wurden Anpassungen vorgenommen, die der Förderstruktur von *PROFIL* und unserem Untersuchungsdesign besser entsprechen (siehe Kapitel 2). Fragebögen, Befragungsauswertungen, methodische Vertiefungen usw. sind jeweils als Anhang den einzelnen Kapiteln beigelegt.

2 Beschreibung des Bewertungsrahmens

2.1 Common Monitoring and Evaluation Framework (CMEF)

Der CMEF (EU-KOM, 2006b) stellt den überwiegenden Rahmen für die Bewertung dar, da in die Ausschreibungsunterlagen die Vorgaben des CMEF übernommen und nur geringfügig durch landesseitige Anforderungen ergänzt wurden. Der CMEF soll eine EU-weite Vergleichbarkeit sowohl des Monitorings als auch der Evaluation sicherstellen. Dabei wird ein großer Spielraum für Interpretationen insbesondere bei den zu beantwortenden Bewertungsfragen gelassen, der es ermöglicht, diese an die Länderbesonderheiten anzupassen. Es werden aber auch viele Ressourcen beim Verständnis der Fragen beansprucht.

Beim CMEF handelt es sich um ein Handbuch, das sowohl die wesentlichen Grundsätze und Aufgaben der Bewertung, als auch detaillierte Übersichten über alle ELER-Maßnahmen mit den Zielen, der Interventionslogik und den zugehörigen gemeinsamen Indikatoren sowie Bewertungsfragen enthält. Im Rahmen des Europäischen Evaluationsnetzwerkes sind ergänzend zum CMEF weitere methodische Arbeitspapiere erstellt worden:

- High-Nature-Value-Indikator (HNV-Indikator)¹ (Beaufoy und Cooper, 2008),
- Ansätze zur Messung der Wirkungen ländlicher Entwicklungsprogramme im Fall von vielfältigen Einflussfaktoren (Lukesch et al., 2010),
- Lebensqualität und Governance/Leader (Grieve und Weinspach, 2010).

2.2 Indikatoren

Fünf Indikatorarten² werden im CMEF unterschieden, die hierarchisch den verschiedenen Ebenen der Interventionslogik zugeordnet sind. Durch die Verankerung der Indikatoren in der ELER-Verordnung und der ELER-Durchführungsverordnung haben die festgelegten Indikatoren eine hohe Verbindlichkeit erhalten. Die Diskussion der zurückliegenden Jahre über den CMEF zwischen Mitgliedstaaten und EU-KOM konzentriert sich im Wesentlichen auf die Indikatoren und weniger auf die inhaltlichen und methodischen Vorgaben im CMEF. Indikatoren sind aber nur Hilfsinstrumente, um bestimmte Sachverhalte statt in einer textlichen Deskription in einer Messgröße darzustellen. Ausgangspunkt sind ein Wirkungsmodell bzw. Wirkungsketten, die die DG Agri in Form von Interventionslogiken für alle ELER-Codes vereinfacht dargestellt hat. Hier sind, und das wird auch noch in den Maßnahmenbewertungen thematisiert, Inkonsistenzen feststellbar. Darüber hinaus sind die vorgegebenen EU-Interventionslogiken nicht immer auf die konkrete Zielstruktur der Maßnahmen übertragbar (z. B. im Falle der infrastrukturellen Maßnahmen des Schwerpunktes 1). Hervorzuheben ist auch, dass die Ergebnisindikatoren, die unmittelbare Effekte einer Intervention messen sollen, z. T. eher der Wirkungsmessung zuzuordnen sind (z. B. im Fall der Bruttowertschöpfung). Die sieben Wirkungsindikatoren sollen Programmeffekte messen, wobei es noch erhebliche definitorische und methodische Probleme in der Erfassung gibt.

Ziel- und kontextbezogene Basisindikatoren sind wenig abgrenzbar. Angesichts der begrenzten Reichweite eines EPLR sind auch viele der zielbezogenen Basisindikatoren eher als Kontextindikatoren anzusehen.

¹ High nature value farmland-Indikator - Ein Indikator zur Evaluation der Entwicklung der naturschutzfachlich wertvollen Agrarfläche in Deutschland; zur Erfassung in Deutschland siehe Webseite des Bundesamtes für Naturschutz (BfN): http://www.bfn.de/0315_hnv.html.

² Zielorientierte Basisindikatoren, kontextbezogene Basisindikatoren, Output-Indikatoren, Ergebnisindikatoren und Wirkungsindikatoren (eine Liste der gemeinsamen Indikatoren findet sich auch in Anhang VIII der ELER-Durchführungsverordnung).

2.3 Vorgehen bei der Bewertung

Das Angebot für die 7-Länder-Bewertung enthält ein grobes Untersuchungskonzept für alle ELER-Maßnahmen und die Programmbewertung, das sowohl länderspezifische als auch länderübergreifende Untersuchungsansätze enthält.

In allen Bundesländern wurden mit Programmkoordinatoren und Fachreferaten, Fachbehörden und z. T. Bewilligungsstellen – auch im Rahmen von länderübergreifenden Workshops – Gespräche geführt, um das Untersuchungsdesign zu konkretisieren und Schwerpunkte bzw. ergänzende Fragestellungen bis zur Halbzeitbewertung festzulegen. Dabei spielte auch die Verfügbarkeit von Daten, über die bloße Förderstatistik hinaus, eine wichtige Rolle. Die Aktivitäten sind detailliert in den Bewertungsberichten 2008 (LR et al., 2008a) und 2009 (LR et al., 2009) sowie in dem Kapitel zur laufenden Bewertung im jährlichen Zwischenbericht 2009 (ML, 2010g) beschrieben.

Gegenstand der Bewertung sind die EU-kofinanzierten Maßnahmen von *PROFIL* einschließlich der sog. Artikel-89-Maßnahmen. In Absprache mit dem Auftraggeber werden die Projekte, die im Rahmen der Zuckerdiversifizierungsbeihilfe gefördert wurden, in die Bewertung miteinbezogen. Dies gilt ebenso für die Agrarumweltmaßnahmen, die noch aus Restmitteln der fakultativen Modulation finanziert wurden. Diese werden nachrichtlich geführt.

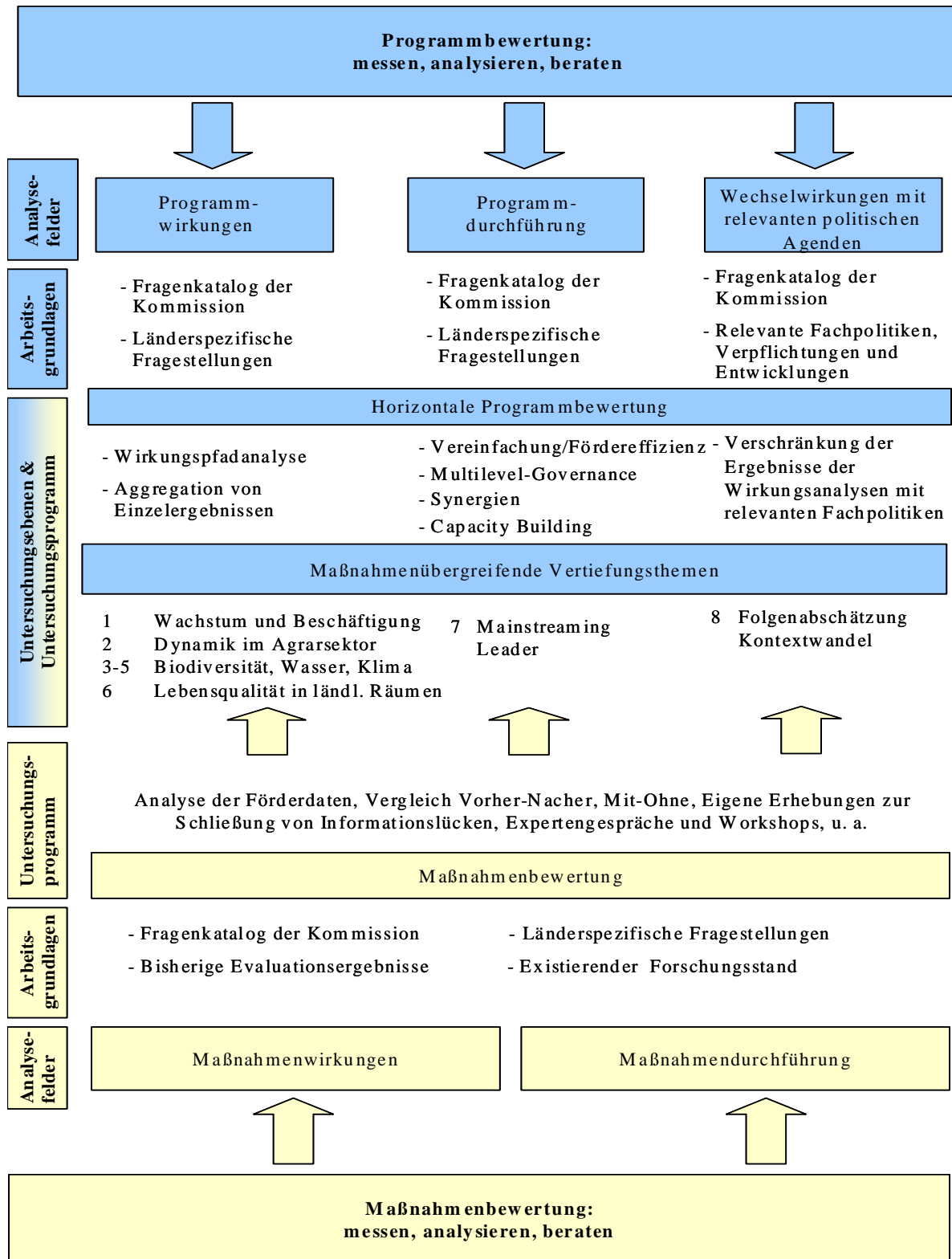
Zwei wesentliche Bewertungsbereiche sind zu unterscheiden: die Maßnahmenbewertung und die Programmbewertung. Die Maßnahmenbewertung liefert das Fundament für die Programmbewertung, v. a. hinsichtlich der Aspekte Programmwirkungen und Programmdurchführung (siehe **Abbildung 2**).

Zusammenlaufen sollen die Ergebnisse der Maßnahmenbewertung in den maßnahmenübergreifenden Vertiefungsthemen. Diese beziehen sich auf den jeweiligen Wirkungsbereich (1 bis 6), und beinhalten neben einer Aggregation der einzelnen Maßnahmenwirkungen auch eigene Analysen (z. B. ökonomische Schätzungen) zur Ermittlung der Wirkungen auf Programmebene und von Synergieeffekten (Top-down-Ansatz). Zwei weitere Vertiefungsthemen beschäftigen sich mit a) Fragen der Durchführung (Mainstreaming Leader) und b) den relevanten politischen Agenden und deren Konsequenzen auf den ELER (v. a. fokussiert auf den Health Check). Die wirkungsbezogenen Vertiefungsthemen sowie Mainstreaming Leader werden abschließend erst nach der Halbzeitbewertung bearbeitet.

Die Programmbewertung setzt aber auch eigene Untersuchungsschwerpunkte, v. a. in Fragen der Durchführung. Zur Halbzeitbewertung wurde eine Analyse des Partnerschaftsprinzips durchgeführt, der Frage nach Kohärenz und Komplementarität mit den Strukturfonds nachgegangen und Vorbereitungen für eine Implementationskostenerfassung für das Um-

setzungsjahr 2010, die an eine Erfassung der Kontrollkosten durch die Zahlstelle Niedersachsens anknüpft (ML, 2009b), getroffen.

Abbildung 2: Vorgehen bei der Bewertung von PROFIL



Quelle: Eigene Darstellung.

Der CMEF sieht zu zwei Zeitpunkten, 2010 und 2015, die Erstellung umfassender Berichte vor. Der Zeitpunkt 2010 für jetzt vorgelegte Halbzeitbewertung kommt für viele Maßnahmen zu früh, da diese aus verschiedenen Gründen mit Verzögerung gestartet sind. Selbst bei abgeschlossenen Projekten können Wirkungen erst mit einem gewissen Zeitverzug gemessen werden. Für die Ex-post-Bewertung ist aus unserer Sicht der Zeitpunkt 2015 zwar sinnvoll, um längerfristige Wirkungen aufzeigen zu können; für die Politiksteuerung kommen die Ergebnisse aber zu spät. Daher wurde im Zeitraum zwischen 2010 und 2015 ein modulares Vorgehen gewählt. Das heißt, sowohl Vertiefungsthemen als auch ausgewählte Ergebnisse der Maßnahmenbewertungen werden sukzessive fertig gestellt und in den Diskussionsprozess um die Programmerrstellung 2013ff. eingebracht.

2.4 Datengrundlagen

Im Angebot zur Evaluation wurde der erforderliche Bedarf an Sekundärdaten skizziert, der im Rahmen der Strukturierungsphase noch weiter präzisiert wurde. Im Folgenden wird ein Überblick über die Daten gegeben, die für die Programmbewertung sowie über alle Maßnahmen hinweg relevant sind (siehe **Tabelle 1**). Weitere Informationen zu Daten sind den Maßnahmenkapiteln zu entnehmen.

Tabelle 1: Überblick über die Datenanforderung aus dem Angebot und Einschätzung der Verfügbarkeit und Qualität

Datengrundlagen für die Programmbewertung bzw. Maßnahmenbündel	Kommentar
Indikative Finanzpläne	Über den gesamten Förderzeitraum Liegen sogar auf Ebene von Teilmaßnahmen vor. berücksichtigt wurde zusätzlich die Zuckerdiversifizierungsbeihilfe.
Monitoringdaten	Über den gesamten Förderzeitraum Wenn zentrale Datenbank für Monitoring, dann Auszug aus der Datenbank Zentrale Datenbank läuft immer noch nicht. Es werden weiterhin für das Berichtsjahr 2009 dezentrale Abfragen durchgeführt. Daten zu verausgabten Mitteln für Artikel-89-Maßnahmen wurden nur teilweise geliefert. Monitoringtabellen selbst zu hoch aggregiert, für Flächenmaßnahmen kaum interpretierbar
Zahlstellendaten	Erste und Zweite Säule, Auszug aus der X-Liste der Zahlstelle Entsprechend X-Liste, Mittelabfluss für Artikel-89-Maßnahmen Liegen vor, Auszahlungsdaten LEADER + nur als Aggregat Um einen vollständigen Überblick über die Finanzströme geben zu können, fehlen die Angaben aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) (außerhalb von PROFIL) und die Zahlungen für Artikel-89-Maßnahmen in einem X-Listen-Format.

Fortsetzung Tabelle 1:

Datengrundlagen für die Programmbewertung bzw. Maßnahmenbündel	Kommentar
EFRE, ESF, EFF	über Jahre kumulierte Förderstatistik auf regionaler Ebene gegliedert nach Fördergegenständen und Art der Zuwendungsempfänger Wurden bis zur HZB nicht zur Verfügung gestellt
Änderungsanträge und Genehmigungsdokumente. Allg. Zahlstellendienstanweisung, Bericht Bescheinigende Stelle. Antragsunterlagen, Besondere Dienst-anweisungen	jeweils aktuelle Fassung Liegen vor
InVeKoS-Daten	a) Daten der Flächen- und Nutzungsnachweise und des Sammelantrags (Teilnehmer und Nichtteilnehmer) inklusive Flächenbindungen, b) Geometrien des Feldblockkatas-ters, c) Bewilligungs- und Auszahlungsdaten für flächenbezogene Maßnahmen. Liegen vor für die Analyse landwirtschaftlicher Flächennutzung und Betriebsstrukturen: a) 2000 bis 2009 b) 2005 bis 2009 c) 2000 bis 2009
Daten der Testbetriebsnetze	Nutzungsfreigabe der im vTI vorliegenden Datenbestände Ist erteilt
Daten der Evaluation 2000 bis 2006	Nutzungsfreigabe der von den Ländern für die Evaluation 2000 – 2008 gelieferten Datenbestände für die Durchführung von Zeitreihenanalysen Soweit erforderlich ist die Nutzungsgenehmigung erteilt worden, überwiegend beschränkt sich die Nutzung auf veröffentlichte Daten der Evaluationsberichte

Quelle: Eigene Darstellung.

In den Maßnahmenbewertungen in Teil II wird für „ELER-investiv“ in erster Linie auf abgeschlossene Projekte abgehoben, in Einzelfällen auch auf den Umfang der bewilligten Projekte. Daher stimmen die Angaben über Projektzahlen und eingesetzte öffentliche Mittel nicht zwingend mit den Umsetzungszahlen aus dem EU-Monitoring überein, da hier mit der ersten Auszahlung Projektdaten auch für mehrjährige, noch nicht abgeschlossene Projekte zu erfassen sind. Des Weiteren wurde in den Analysen auch die Projekte berücksichtigt, die aus der Zuckerdiversifizierungsbeihilfe finanziert wurden. Die Analyse der flächenbezogenen Maßnahmen, insbesondere der Agrarumweltmaßnahmen (ELER-Code 214), basiert auf der Auswertung des InVeKoS, das sozusagen ein laufendes, ständig aktualisiertes Datenbanksystem ist. Der Zeitpunkt der Datenziehung und die Art der Abfrage sind somit entscheidend für den Umfang von Förderflächen und die Anzahl von Verpflichtungen, damit ergeben sich zwangsläufig Abweichungen der Angaben aus dem EU-Monitoring zu unseren Auswertungen.

2.5 Kurzbeschreibung früherer Bewertungen sowie weitere Studien

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die im Zusammenhang mit den ländlichen Entwicklungsmaßnahmen erstellten Bewertungsstudien.

Die Bewertung von *PROFIL* bzw. der Vorgängerprogramme weist eine Kontinuität in den evaluierenden Institutionen und z. T. auch der BearbeiterInnen auf. Dadurch ist eine vertiefte Kenntnis der Förderhistorie gegeben. Die Evaluationsanforderungen haben sich im Zeitablauf deutlich verändert, wobei nicht immer klar erkennbar ist, dass bei der Entwicklung von neuen Rahmenvorgaben (z. B. des CMEF) die Erkenntnisse aus der Vorperiode eingeflossen sind (siehe z.B. Ergebnisse eines Workshops zur Halbzeitbewertung der Programme gemäß VO (EG) Nr. 1257/1999 Forstner, Grajewski und Efken, 2004).

Im Zeitraum 2000 bis 2006 unterlagen drei³ Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) einer zentralen Bewertung. Erstellt wurden für Niedersachsen zwei landesspezifische Berichte⁴, die in die Gesamtbewertungen von PROLAND integriert wurden. In Bremen wurden drei landesspezifische Berichte erstellt. Daneben wurden die Ergebnisse aller Länderbewertungen in drei GAK-Berichten für Deutschland zusammengefasst. Dieser Ansatz wurde in der Förderperiode 2007 bis 2013 nicht weiter verfolgt, obgleich er aufgrund des Nationalen Strategieplans und der zu erstellenden Fortschrittsberichte eher noch mehr Berechtigung gehabt hätte als in der Vorperiode. Allerdings besteht durch die Integration in die Programmbeurteilung eines Landes die Möglichkeit, verstärkt auf die Besonderheiten einzugehen, jedoch zulasten einer bundesweiten Vergleichbarkeit. Der 7-Länder-Ansatz hat hier eine Zwitterstellung, da er zumindest die Möglichkeit einer partiellen Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit von Ergebnissen bietet.

³ Ursprünglich unterlag auch die Erstaufforstung einem solchen zentralen Evaluationsansatz. Mit der Vergabe der Aktualisierung der Halbzeitbewertung und der Ex-post-Bewertung wurde die Erstaufforstung in die Länderprogrammbewertungen gemäß VO (EG) Nr. 1257/1999 integriert.

⁴ In Niedersachsen wurde die Ausgleichszulage in der Förderperiode 2000 bis 2006 nicht angeboten.

Tabelle 2: Übersicht über frühere Bewertungen im Zusammenhang mit *PROFIL*

Bewertungsstudie	Institution	Quelle
Bewertung des EPLR gemäß VO (EG) Nr. 1257/1999		
Halbzeitbewertung von PROLAND	BAL - Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume der FAL	(FAL, ARUM und BFH, 2003)
Halbzeitbewertung des EPLR Bremen		(FAL et al., 2003)
Update der Halbzeitbewertung von PROLAND	LR - Institut für Ländliche Räume der FAL	(FAL, BFH und ARUM, 2005)
Update der Halbzeitbewertung des EPLR Bremen		(FAL et al., 2005)
Ex-post-Bewertung von PROLAND	LR - Institut für Ländliche Räume des vTI	(LR et al., 2008c)
Ex-post-Bewertung des EPLR Bremen		(LR et al., 2008b)
LEADER+-Bewertung		
Halbzeitbewertung des Programms zur EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER +	MCON - Dieter Meyer Consulting	(MCON, 2003)
Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Programms zur EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+	MCON - Dieter Meyer Consulting	(MCON, 2005)
Bewertung des ELER-Programms		
Ex-ante-Bewertung von <i>PROFIL</i>	LR - Institut für Ländliche Räume des vTI	(LR, entera und OEF, 2006)
Zentrale Bewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten 1)		
Zwischenbewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten 2000 bis 2002 in Bremen	BAL	(Bernhards et al., 2003)
Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten in Bremen	LR - Institut für Ländliche Räume des vTI	(Plankl et al., 2005)
Ex-post-Bewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (2000-2006) in Bremen	LR - Institut für Ländliche Räume des vTI	(Plankl und Dickel, 2009)
Zentrale Bewertung der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung 1)		
Zwischenevaluierung der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates für den Förderzeitraum 2000 bis 2002 in Niedersachsen und Bremen	BAL	(Sterner, 2003) (Klockenbring, 2003)
Aktualisierung der Zwischenbewertung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2004 in Niedersachsen und Bremen	BW - Institut für Betriebswirtschaft der FAL	(Margarian et al., 2005) (Forstner et al., 2005)
Ex-post-Bewertung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 in Niedersachsen und Bremen	BW - Institut für Betriebswirtschaft des vTI	(Bergschmidt et al., 2008)

Fortsetzung Tabelle 2:

Bewertungsstudie	Institution	Quelle
Zentrale Bewertung der Marktstrukturverbesserung 1)		
Halbzeitbewertung des Maßnahmenbereichs Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Niedersachsen und Bremen	MA - Institut für Marktforschung der FAL	(Albert et al., 2003a)
		(Albert et al., 2003b)
Aktualisierung der Zwischenbewertung der Förderung der Marktstrukturverbesserung in Niedersachsen und Bremen	MA - Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik der FAL	(Efken et al., 2005b)
		(Efken et al., 2005a)
Ex-post-Bewertung der Förderung zur Marktstrukturverbesserung in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 in Niedersachsen und Bremen	MA - Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des vTI	(Efken et al., 2008a)
		(Efken et al., 2008b)

1) In die jeweiligen Gesamtberichte zur Bewertung von PROLAND und des EPLR Bremen integriert.

Quelle: Eigene Darstellung.

Mit Unterstützung des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (ML) und des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (MU) sind in den zurückliegenden Jahren verschiedene Studien durchgeführt worden bzw. werden derzeit durchgeführt, deren Ergebnisse auch im Rahmen der Evaluation Berücksichtigung finden. Exemplarisch seien hier folgende Studien aufgeführt. Ein zusätzlicher Überblick findet sich im ML (2010b, Anlage 14).

- Umnutzung landwirtschaftlicher Altgebäude und Hofanlagen (http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1355&article_id=4850&psmand=7),
- Untersuchung über Nutzen und Wirkungen der Flurbereinigung in Niedersachsen (Klare et al., 2005),
- Kosteneffiziente Maßnahmenkombinationen nach Wasserrahmenrichtlinie zur Nitratreduktion in der Landwirtschaft (Osterburg und Runge, 2007),
- Wasserschutz in der Kooperation mit der Landwirtschaft (Osterburg, 2008; Schmidt und Osterburg, 2010),
- Frauen sind ein Gewinn! (ASG, 2009).
- Auswertung der Daten des Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystems zur Abschätzung von Wirkungen der EU-Agrarreform auf Umwelt und Landschaft (Osterburg et al., 2009)
- Studie zur Vorbereitung einer effizienten und gut abgestimmten Klimaschutzpolitik für den Agrarsektor am Beispiel von Niedersachsen (laufend).

3 Kontextanalyse

Dieses Kapitel beschreibt die Einbettung von *PROFIL* in die (Förder-)Politik der Länder Niedersachsen und Bremen sowie die wichtigsten konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen in ausgewählten Themenfeldern. Weitere Informationen sind den Maßnahmenbewertungen und der Programmbewertung sowie den Jahresberichten zu entnehmen.

3.1 Einordnung von *PROFIL* in die Förder- und Fachpolitiken der Länder Niedersachsen und Bremen

Die ELER-Verordnung gibt in ihren Erwägungsgründen als Hauptziel sowohl die Begleitung und Ergänzung der Markt- und Einkommensstützungsmaßnahmen (1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik) als auch die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts an (in enger Abstimmung mit der Kohäsionspolitik).

3.1.1 *PROFIL* im Verhältnis zur 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und zu den EU-Strukturfonds

3.1.1.1 *PROFIL*

Für Niedersachsen und Bremen stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 rund 1,6 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln zur Verfügung (siehe **Tabelle 3**). Der durchschnittliche Kofinanzierungssatz der EU liegt bei 59 %, was zum einen auf die höheren Kofinanzierungssätze im Schwerpunkt 2 und 4 und zum anderen auf die Phasing-out-Region⁵ (ehemaliger Regierungsbezirk Lüneburg), im Folgenden Konvergenzgebiet genannt, zurückzuführen ist. Private Mittel konzentrieren sich v. a. im Schwerpunkt 1, wobei sich die tatsächliche Höhe an privaten Mitteln erst im Zuge der Programmumsetzung ergeben wird.

⁵ Regionen werden anhand ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft in die Ziele "Konvergenz" und "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" eingeteilt. Alle Regionen, die unter 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner der EU25 im Zeitraum 2000 bis 2002 erwirtschaften, fallen in das Konvergenzziel. Im Zuge der EU-Osterweiterung ist das durchschnittliche BIP der EU stark gesunken, da die neuen Mitgliedstaaten fast ausschließlich weit unter 75 Prozent des durchschnittlichen BIP je Einwohner der EU15 lag. Durch diesen statistischen Effekt (Phasing-out-Effekt) liegen einige Regionen, die in der EU15 noch unter der 75-Prozent-Schwelle lagen, nach der EU-Osterweiterung darüber. Die davon betroffenen Regionen, die so genannten Phasing-out-Regionen, erhalten in der Förderperiode 2007 bis 2013 eine Übergangsunterstützung aus den Strukturfonds im Rahmen des "Konvergenz-Ziels" und auch zusätzliche Mittelzuweisungen aus dem ELER. Zu den Phasing-out Regionen in Deutschland gehören Brandenburg-Südwest, Lüneburg, Leipzig und Halle.

Tabelle 3: Finanzielle Ausgestaltung von *PROFIL* (Stand: 12/2009)

	ELER-Mittel	Nationale öffentliche Mittel	Öffentliche Mittel insgesamt	Private Mittel indikativ	Gesamtkosten	zusätzliche Mittel für Artikel-89-Maßnahmen
Schwerpunkt 1	391.209.200	299.596.210	690.805.410	975.721.447	1.666.526.857	554.002.000
Schwerpunkt 2	301.114.093	163.549.712	464.663.805	13.022.373	477.686.178	68.311.497
Schwerpunkt 3	206.890.429	161.396.866	368.287.295	97.585.963	466.246.258	56.450.000
Leader	63.999.999	35.318.184	99.318.183	0	99.318.183	0
Technische Hilfe	11.789.392	11.789.392	23.578.784	0	23.578.784	0
Insgesamt	975.003.113	671.650.364	1.646.653.477	1.086.329.783	2.733.356.260	678.763.497

Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

3.1.1.2 *PROFIL* im Verhältnis zur 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Obgleich die 1. Säule, eingeleitet durch die Luxemburger Beschlüsse des Jahres 2003 weitreichenden Änderungen unterlag, stellt sie immer noch die bedeutendste Finanzierungsquelle für den landwirtschaftlichen Sektor dar. Die 1.-Säule-Zahlungen, die an Landwirte fließen, umfassen im Wesentlichen die entkoppelten Direktzahlungen (ML, 2009c, S. 30). Ausgehend von rund 900 Mio. Euro an Zahlungen aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) pro Jahr abzüglich der zusätzlichen Modulation fließen rund 6,2 Mrd. Euro im Zeitraum 2007 bis 2013 nach Niedersachsen und Bremen. Schon seit 2005 wird eine obligatorische Umverteilung⁶ von Direktzahlungen der 1. in die 2. Säule vorgenommen (Modulation), die in die Finanzierung der ELER-Programme 2007 bis 2013 einfließt. Mit dem Health Check (HC) wurden weitere Mittel umgeschichtet. In Niedersachsen und Bremen liegt der Umfang der zusätzlichen Modulationsmittel 2010 bis 2013 bei 105,7 Mio. Euro (Tietz, 2010, Tabelle 2), die durch nationale Kofinanzierungsmittel aufzustocken sind. Weitere Neuerungen durch den Health Check sind in **Tabelle 4** kurz skizziert.

Die finanziellen Umschichtungen bewirken unmittelbar eine Aufstockung der ELER-Mittel. Durch die Möglichkeit, sich die bisherigen Mittelansätze für den neuen Herausforderungen entsprechende Maßnahmen anrechnen zu lassen, können länderspezifische Prioritäten bedient werden, allerdings verbunden mit der Notwendigkeit einer zusätzlichen Kofinanzierung.

⁶ Vor 2005 hat Deutschland die fakultative Modulation in Anspruch genommen und so Mittel aus der 1. in die 2. Säule der GAP umgeschichtet. Niedersachsen hat rund 29,3 Mio. Euro und Bremen 49.000 Euro an öffentlichen Mitteln im Rahmen der fakultativen Modulation für Agrarumweltmaßnahmen eingesetzt (BMELV, 2008b). Auszahlungen im Rahmen der fakultativen Modulation wurden noch in den EU-Haushaltsjahren 2007 und 2008 getätigt.

Die Festlegungen im Health Check beeinflussen mittelbar v. a. die Vorzüglichkeit bestimmter Flächennutzungen. Damit verändert sich die Akzeptanz bestimmter EPLR-Maßnahmen. Die Veränderungen im Zuge des HC können auch Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms haben, wenn unerwünschten Entwicklungen entgegen gesteuert werden soll (z. B. einer abnehmenden Attraktivität von marginalen Grünlandflächen, geringere Wirtschaftlichkeit der Milchproduktion).

In Niedersachsen und Bremen stehen aus der 1. und 2. Säule der GAP insgesamt rund 7,9 Mrd. Euro für den Zeitraum 2007 bis 2013 zur Verfügung. Rund 78 % dieser Mittel werden vom EGFL zur Verfügung gestellt und nur 22 % vom ELER (ML, 2008b; ML, 2009c; ML, 2009i; ML, 2009j; ML, 2009k). Die 1. Säule kann folglich bei den Analysen im Rahmen der Halbzeitbewertung nicht außer Acht gelassen werden, weil sie die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen und Bremen maßgeblich beeinflusst.

Tabelle 4: Neuerungen durch den Health Check

Gegenstand	Neuregelung
Modulation	Die bisherige Modulation von 5 % erhöht sich ab 2009 um 2 % (bei einer Betriebsprämie > 300.000 Euro um weitere 4 %) und steigt bis 2012 um weitere 1 % jährlich auf 10 % an (wie bisher Freibetrag von 5.000 Euro je Betrieb)
Cross Compliance	Streichen einzelner Auflagen bei der Einhaltung von EU-Fachrecht ohne direkten Landwirtschaftsbezug, Herausnahme einzelner Regelungen zur FFH-/Vogelschutzrichtlinie, Einführung von Gewässerrandstreifen ab 2012, Regelungen zu Bewässerung)
Flächenstilllegung	Abschaffung der verpflichtenden Flächenstilllegung von Ackerflächen ab 2009.
Milchquote	Aufstocken der Quote über fünf Jahre von 2009/10 bis 2013/14 um jeweils 1 % Auslaufen der Quotenregelung im April 2015
Direktzahlungen	Überführung noch (teil-)entkoppelter Zahlungen in die Betriebsprämie ab 2012 (Hopfen, Eiweißpflanzen, Schalenfrüchte, Flachs, Kartoffelstärke und Trockenfutter) Abschaffung der Energiepflanzenprämie in Höhe von 45 Euro/ha ab 2010
Artikel-68-Maßnahmen	Freiwillige Möglichkeit der Umverteilung von Direktzahlungen innerhalb der 1. Säule, insgesamt max. 10 % der nationalen Obergrenze (wird in Deutschland nicht angewandt) Möglichkeit zur Verwendung nicht ausgenutzter Direktzahlungen der 1. Säule für ELER-Maßnahmen (z. B. Begleitmaßnahmen Milch) oder für zusätzliche Zahlungen nach Art. 68

Quelle: Eigene Darstellung nach Osterburg et al. (2009, S. 12).

Diversifizierungsbeihilfen im Rahmen der Zuckermarktordnung

Nicht nur durch die Modulation werden zusätzliche Mittel für 2.-Säule-Maßnahmen bereitgestellt. Im Rahmen der Zuckermarktreform hat die EU einen Diversifizierungsfonds aufgelegt, mit dem Umstrukturierungsprogramme auf Basis von Maßnahmen der Schwerpunkte 1 und 3 der ELER-Programme gefördert werden können. Niedersachsen setzt diese zusätzlichen Mittel in Höhe von 12,4 Mio. Euro für das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (ELER-Code 121) und den ländlichen Wegebau (ELER-Code 125-B) ein (ML, 2008b).

3.1.1.3 PROFIL im Verhältnis zu den Strukturfonds (EFRE, ESF und EFF⁷)

In Niedersachsen und Bremen stehen im Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 4,8 Mrd. Euro aus den ELER, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fischereifonds (EFF) zusammengekommen⁸ zur Verfügung, darunter 418 Mio. Euro in Bremen⁹. Bezogen auf die Volumina der jeweiligen Landeshaushalte 2010 haben die durchschnittlichen Jahrestanchen der EU-Fonds in Niedersachsen einen Anteil von 2,5 % und in Bremen von 1,5 %.

Wie **Abbildung 3** zeigt, wird die Förderung aus den verschiedenen EU-Fonds in Niedersachsen und Bremen mit 46 % finanziell vom EFRE dominiert, gefolgt vom ELER mit 34 %. Der ESF hat einen Anteil von 19 %. Der EFF macht nur einen Bruchteil der öffentlichen Mittel aus.

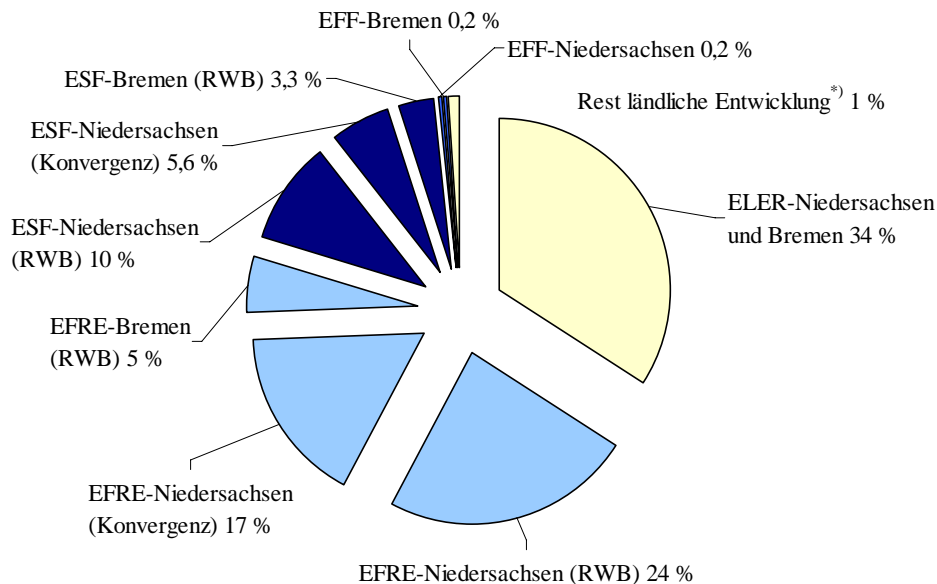
Der ehemalige Regierungsbezirk Lüneburg des Landes Niedersachsen wurde als Konvergenzgebiet abgegrenzt. Im EFRE und ESF waren daher getrennte Programme aufzustellen. Rund 41 % der öffentlichen Mittel der beiden EFRE-Programme und 36 % der öffentlichen Mittel der beiden ESF-Programme sind für das Konvergenzgebiet in Niedersachsen vorgesehen. In *PROFIL* mussten nur die Finanzbeträge getrennt ausgewiesen werden. Für das Konvergenzgebiet sind rund 30 % der öffentlichen Mittel von *PROFIL* eingeplant (ML, 2009j).

⁷ Streng genommen ist der EFF genauso wie der ELER-Fonds kein Strukturfonds mehr, da er seit 2007 der Agrarpolitik zugeordnet wurde und seitdem aus der Rubrik 2 des EU-Haushaltes finanziert wird.

⁸ Im EFRE und ESF sind in den Jahren 2007 bis 2009 noch Restzahlungen der Programme der Vorperiode getätigt worden. Hier liegen aber keine Informationen vor, so dass diese Zahlungen nicht berücksichtigt werden konnten.

⁹ Einschließlich der ELER-Mittel mit öffentlicher nationaler Kofinanzierung, die geplant in Bremen umgesetzt werden können.

Abbildung 3: Öffentliche Mittel 2007 bis 2013 der verschiedenen EU-Fonds in Niedersachsen und Bremen (in Prozent der insgesamt 4,8 Mrd. Euro)



^{*)} Restzahlungen aus LEADER+ und fakultativer Modulation, Zuckerdiversifizierungsbeihilfen.

RWB: Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Quelle: Eigene Berechnungen nach WuH (2007), MUNLV (2010), Senatorin für Arbeit (2007), ML (2009j; 2009k), MW (2007a; 2007b; 2007c; 2007d).

3.1.2 Weitere Förderpolitiken mit Bezug zu *PROFIL*

GAK- und Landesmaßnahmen

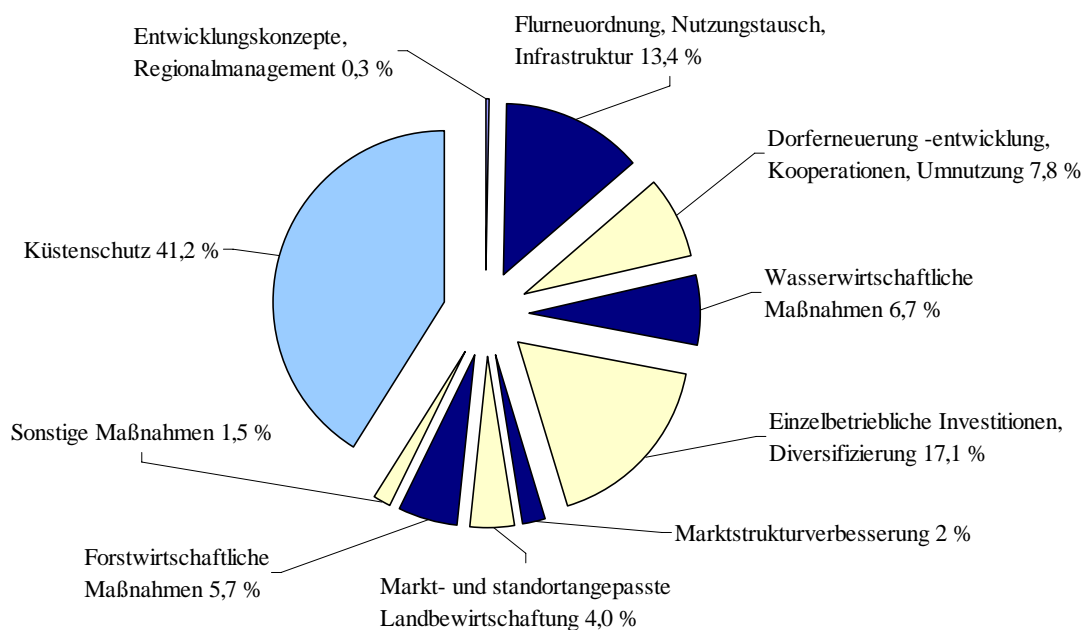
Im Rahmen der GAK stehen Niedersachsen und Bremen im Zeitraum 2007 bis 2013 geschätzt rund 1,2 Mrd. Euro¹⁰ an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung (BMELV, 2009b). Insgesamt wurden im Zeitraum 2007 bis 2009 rund 478 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln eingesetzt, wobei ein großer Teil der Mittel auch zur Kofinanzierung von EU-Mitteln im Rahmen von *PROFIL* diente (siehe **Abbildung 4**).

Über *PROFIL* hinausgehend werden gemäß dem Bericht über staatliche Beihilfen nur wenige Maßnahmen im Agrar- und Forstsektor angeboten (BMELV, 2009a). Dabei handelt

¹⁰ Die GAK kennt zwar eine Mittelvorausschätzung im Rahmenplan. Die letztlich zur Verfügung stehenden Mittel hängen aber von den Haushaltsplänen des Bundes ab, die jährlich beschlossen werden. So lässt sich das zur Verfügung stehende Mittelvolumen nur schätzen. Aktuell steht der Bundeshaushalt vor größeren Einsparzwängen, so dass in dem Sparpaket, das ab 2011 gelten wird, eine Kürzung von rund 80 Mio. Euro bei der GAK vorgesehen ist. Der neue Ansatz von 620 Mio. Euro für Deutschland soll dann bis 2014 fortgeschrieben werden (Agra-Europe, Nr. 24).

es sich in erster Linie um Beratungsmaßnahmen, um Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen und Initiativen zur Absatzförderung. Niedersachsen hat darüber hinaus einige Forschungsprojekte mit spezifisch agrarischen Fragestellungen aufgelegt und finanziert diese ausschließlich mit Landesmitteln (ML, 2010b, Antwort zu Frage 8). Im Bereich der ländlichen Entwicklung ist die Abgrenzung schwieriger, weil nahezu alle Politiken raumwirksam sind. Als Beispiel für einen raumwirksamen Politikbereich wird beispielsweise in der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage im Niedersächsischen Landtag zur Politik der Landesregierung im ländlichen Raum die Kulturförderung in ländlichen Räumen Niedersachsens genannt, die in enger Zusammenarbeit mit den Landschaften und Landschaftsverbänden umgesetzt wird. Im Haushaltsjahr 2009 wurden dafür 4,6 Mio. Euro eingesetzt (ML, 2010b, Antwort zu Frage 9). Weitere Fördermaßnahmen werden jeweils in den Maßnahmenkapiteln oder thematisch in den Vertiefungsthemen auf Programmebene aufgeführt.

Abbildung 4: Vollzug der GAK in Niedersachsen und Bremen im Zeitraum 2007 bis 2009 (*)



(*) Ohne die Ausgleichszulage, für die in Bremen nur noch Restzahlungen getätigt wurden.

Quelle: Eigene Berechnungen nach BMELV (2010b; 2010a).

Finanzhilfen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes

Mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Nachtragshaushaltsgesetzes 2009 und des Niedersächsischen Zukunftsinvestitionsgesetzes (NZuInvG) am 20.02.2009 hat der Niedersächsische Landtag die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung der „Initiative Niedersachsen“ als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen. Die „Initiative Niedersachsen“ beinhaltet das Konjunkturpaket II des Bundes und ein niedersächsisches

Aufstockungsprogramm. Beide sollen 2009 und 2010 insgesamt Investitionen in Höhe von 1,390 Mrd. Euro in Niedersachsen anstoßen.

Die Initiative Niedersachsen setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Eine Investitionspauschale wird an Kommunen und Gemeinden in Höhe von 600 Mio. Euro (Gesamtvolumen einschließlich Eigenanteilen) ausgereicht. Davon sind 65 % für Bildungsinfrastruktur zu verwenden. Über den Rest kann frei verfügt werden. Ein Aufstockungsprogramm sieht zusätzliche Mittel für die Städtebauförderung vor (163 Mio. Euro). Landesmaßnahmen beziehen sich v. a. auf die Hochschulinfrastruktur des Landes und die Sanierung landeseigener Liegenschaften. Für besondere Förderschwerpunkte werden im kommunalen Bereich weitere 364 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt. Davon werden 273 Mio. Euro Bundesmittel eingesetzt. An der Kofinanzierung beteiligen sich das Land mit insgesamt 47,65 Mio. Euro und die Kommunen mit 43,35 Millionen Euro. Es gibt sechs kommunale Förderschwerpunkte mit unterschiedlichen ministeriellen Zuständigkeiten.

- Schulinfrastruktur (MK),
- Breitbandverkabelung (ML/MW),
- Kommunale Sportstätten (MI),
- Krankenhäuser (MS),
- Hochwasserschutz im Binnenland (MU),
- Altlastensanierung (MU).

Das ML hatte ursprünglich weitere Maßnahmen vorgeschlagen, die aber nicht ausgewählt wurden (ML, 2009h). Demnach werden zwei Maßnahmen, die auch in *PROFIL* angeboten werden, mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II verstärkt, nämlich der Hochwasserschutz (MU) unter ELER-Code 126 und Breitbandinfrastruktur unter ELER-Code 321, der allerdings rein national ohne EU-Mittel finanziert wird. Für den Hochwasserschutz bedeuten die zusätzlichen Mittel von 7 Mio. Euro ein Plus von ungefähr 5 % gegenüber dem Mittelansatz in *PROFIL* (MI, 2010). Für die Breitbandinfrastruktur steht im Rahmen des Konjunkturprogramms ein Mittelvolumen von 50 Mio. Euro zur Verfügung. Im Rahmen von *PROFIL* sind nur Pilotvorhaben mit ELER-Beteiligung förderfähig (ML, 2010a)¹¹, so dass die wesentlichen Impulse für Breitband im ländlichen Raum vom Konjunkturprogramm ausgehen werden.

¹¹ Rund 8,5 Mio. Euro aus GAK-Mitteln sind als zusätzliche nationale Förderung in *PROFIL* veranschlagt (ML, 2010a). Sowohl die GAK-Förderung als auch die Projekte im Rahmen des Konjunkturpakets II zielen auf die Erschließung unterversorgter Gebiete ab. Es handelt sich nicht um Pilotverfahren, sondern die Regelförderung nach der RL Breitbandversorgung.

Sonderprogramm Landwirtschaft

Die Bundesregierung hat 2009 verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Liquiditäts- und Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe zu verbessern (siehe **Tabelle 5**). Die Maßnahmen umfassen ein Mittelvolumen von rund 800 Mio. Euro und greifen v. a. in den Jahren 2010 und 2011. Neben Maßnahmen, von denen alle Betriebe profitieren, sind spezifische Maßnahmen für Milchviehbetriebe vorgesehen. Die rechtlichen Grundlagen der Maßnahmen für Milchviehhalter wurden im Frühjahr 2010 mit einem Milch-Sonderprogrammgesetz geschaffen (MilchSoPrG).

Tabelle 5: Maßnahmen des Sonderprogramms Landwirtschaft

Maßnahme	Zielgruppe	Förderausgestaltung	Mittelvolumen Bund
Aufstockung der Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung	Alle Landwirte	Beitragsermäßigung (um rund 45 % der Brutto-Beiträge)	300 Mio. Euro
Krisen-Liquiditätsprogramm ¹²	Alle Landwirte	Zinsverbilligte und ggf. verbürgte Kredite der Landwirtschaftlichen Rentenbank	50 Mio. Euro
Entlastung beim Agrardiesel	Alle Landwirte	Kein Selbstbehalt, Obergrenze entfällt	Mindereinnahmen von rd. 500 Mio. Euro
Grünlandprämie	Milchviehbetriebe	3 ha Grünland je Kuh, ca. 37 Euro/ha	226 Mio. Euro
Kuhprämie	Milchviehbetriebe	21 Euro je Kuh (de-minimis-Beihilfe) Höchstbetrag 7.500 Euro	160 Mio. Euro
Zusätzliche Grünlandprämie (EU-Sofortprogramm Milch)	Milchviehbetriebe	14 Euro/ha (antragslos)	61 Mio. Euro

Quelle: Eigene Darstellung nach BMWI (2009), LWK NI (2010).

Die zusätzliche Grünlandprämie unterliegt keinem gesonderten Antragsverfahren im Jahr 2010, voraussichtlich wird es auch keine Bewilligungsbescheide geben. Auszahlungsvoraussetzungen ist der Sammelantrag 2009 und die HIT-Datenbank. Die Grünlandprämie ist komplizierter in der Umsetzung, da es sich im Prinzip um zwei unterschiedliche Programme mit unterschiedlichen Maßstäben handelt (ein EU-Teil und ein nationaler Teil). Die Kuhprämie unterliegt im Gegensatz zu den beiden anderen Sondermaßnahmen für Milcherzeuger der de-minimis-Regelung, weil es sich um eine nationale Förderung ohne beihilferechtliche Notifizierung handelt.

¹² Nach Ansicht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen gibt es durchaus sinnvollere Strategien zur Sicherung der Liquidität als die Angebote des Krisen-Liquiditätsprogramm (Gerdes, 2010).

3.1.3 Fachpolitiken mit Bezügen zur Politik für ländliche Räume

Im Folgenden werden ausgewählte Fachpolitiken beschrieben, die entweder Umsetzungsbedingungen von *PROFIL* beeinflussen oder in starkem Maße auf *PROFIL* als Finanzierungsquelle zurückgreifen. Letzteres gilt v. a. für Fachpolitiken im Umweltbereich.

Erneuerbare Energien

Sowohl Deutschland als auch die EU haben sich anspruchsvolle Ziele zum Ausbau von erneuerbarer Energie auf Biomasse-Basis gesetzt (EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Biomasseaktionsplan). Niedersachsen hat keine weiteren eigenen Ziele gesetzt, sondern unterstützt die nationalen bzw. EU-weiten Ziele.

Der Energiepflanzenanbau ist aufgrund einer Steuerbegünstigung für Biodiesel und Pflanzenöl, die Einspeisevergütung für regenerativ erzeugten Strom sowie Quoten zur Beimischung von Biotreibstoffen nicht nur auf Stilllegungsflächen deutlich ausgeweitet worden. Dominierende Kulturen sind Raps zur Produktion von Biodiesel, Mais zur Biogaserzeugung sowie Getreide und Zuckerrüben für Bioethanol. Darüber hinaus spielt bei den Festbrennstoffen Holz zur Wärmenutzung eine Rolle.

Der überwiegende Teil der Bioenergie wird trotz des Wachstums bei der Stromerzeugung und den Biokraftstoffen zu 65 % in der Wärmeerzeugung eingesetzt (Niedersächsischer Landtag, 2009b). Strom wurde in Niedersachsen 2007 mit einem Anteil von 5,5 % durch die Bioenergie erzeugt. Davon hatte Biogas einen Anteil von über 60 %. Bezüglich der Biogasproduktion ist Niedersachsen Spitzenreiter in Deutschland.

Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2004 wurden attraktive Vergütungssätze für die Erzeugung von Strom aus Biomasse eingeführt, die zu einem Bauboom bei Biogasanlagen geführt haben. 2005 gab es in Niedersachsen 430 Anlagen, 2007 640 Anlagen und für das Jahr 2012 wird ein Bestand von 1.000 Anlagen prognostiziert (ML, 2009c, S. 23). Der mit der Novelle des EEG eingeführte „Güllebonus“ wird noch zu einer zusätzlichen Dynamik führen, wobei die Regelungen z. T. sehr kritisch hinsichtlich des dahinter stehenden Aufwandes gesehen werden (Höher, 2010).

Niedersachsen hat im Rahmen von PROLAND noch Biogasanlagen gefördert. Im Rahmen von *PROFIL* erfolgt keine Förderung mehr von Anlagen, da das bestehende Instrumentarium des EEG für ausreichend erachtet wird. Gefördert werden aber über *PROFIL* u. a. die Kompetenzentwicklung im Bioenergiebereich und Forschungsvorhaben, die sich z. B. mit der Ökoeffizienz von Biogasanlagen beschäftigen. Für Pilotvorhaben sind in *PROFIL* Mittel unter ELER-Code 321 eingestellt (ML, 2010a).

In Bremen spielt die Erzeugung erneuerbarer Energien auf Biomasse-Basis keine Rolle; hier geht es verstärkt um die Nutzung von Wind und Wasser (SBU, 2005).

Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Bis Ende 2009 wurden Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme nach der WRRL für die niedersächsischen und bremischen Anteile an den Flussgebietseinheiten von Ems, Weser und Elbe erstellt. Niedersachsen setzt dabei in der Umsetzung weniger auf hoheitliche Maßnahmen, sondern mehr auf investive Maßnahmen im Bereich der Oberflächengewässer und auf EU-kofinanzierte Agrarumweltmaßnahmen im Bereich Grundwasser, zusätzlich zu den parallel umzusetzenden Maßnahmen im Bereich Trinkwasserschutz. Darüber hinaus erwartet das Land auch einen Beitrag der Wassernutzer, z. B. bei der Gestaltung der Gewässerunterhaltung. Finanzierungsinstrumente sollen das Aufkommen aus der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr - wobei die Abgabenlast nicht erhöht werden soll - sowie *PROFIL* und EFF sein. Insgesamt sind seitens des Landes Aufwendungen in Höhe von 123 Mio. Euro im ersten Bewirtschaftungszeitraum zwischen 2010 und 2015 vorgesehen, davon 44,2 Mio. Euro für Agrarumweltmaßnahmen (NLWKN, 2009, S. 91).

Klimaschutz

Niedersachsen ist dabei, ein Klimaschutzkonzept zu erstellen, und hat begleitend im Jahr 2008 eine Regierungskommission für drei Jahre eingesetzt. 2009 hat die Landesregierung ein Positionspapier veröffentlicht, das als wesentliche Prinzipien des Klimaschutzes in Niedersachsen Kosten-Effizienz, Innovation und Kooperation aufführt (MU, 2009a). Erneuerbare Energien sowie Land- und Forstwirtschaft sind zwei Bereiche, die in dem Positionspapier thematisiert werden. Ein weiterer Ausbau von erneuerbaren Energien soll vorangetrieben werden, nicht nur die Windenergie, sondern auch Biomasse, v. a. Biogas. Neben der Nutzung zur Stromerzeugung soll Biogas auch direkt in das Erdgasnetz eingespeist werden. Da das EEG einen ausreichenden Anreiz bietet, konzentriert sich das Land auf die Bereitstellung der strukturellen Voraussetzungen.

In der Landwirtschaft sind v. a. Lachgas und Methan ein Problem sowie die prozessbedingten CO₂-Quellen durch Landnutzungsveränderungen wie Grünlandumbruch. Ansatzpunkte zur Minderung von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft werden im Düngermanagement, umweltfreundlichen Ausbringungstechniken von Wirtschaftsdünger, in der Fütterung, im Schutz bestimmter Landnutzungen wie Grünland oder in Moorrenaturierungen gesehen. Teilweise werden diese Ansatzpunkte im Rahmen von *PROFIL* aufgegriffen. Zur Konkretisierung der möglichen Maßnahmen v. a. unter Kosten-Effizienz-Gesichtspunkten wurde vom ML ein Forschungsvorhaben vergeben. Auch die Waldfunktion zum Klimaschutz soll im Privatwald gestärkt werden (MU, 2009a, S. 18-20). Bremen hat zwar ein Klimaschutz- und Energieprogramm 2020; die Bereiche, die *PROFIL* abdecken kann, spielen allerdings in dem Programm keine Rolle (SBU, 2010).

Biodiversität

Niedersachsen setzt die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt (BMU, 2007) im Rahmen der niedersächsischen Strategie für den Arten- und Biotopschutz um. Diese Strategie wird vom NLWKN weiterentwickelt und mit Vollzugshinweisen für die Unteren Naturschutzbehörden, Verbände und die Landesnaturschutzverwaltung versehen werden. Der Schwerpunkt liegt auf Natura-2000-Gebieten. Daneben sollen aber auch Arten und Biotope von nationaler und niedersächsischer Bedeutung berücksichtigt werden. Zentrales Element ist die Freiwilligkeit, d. h. die Umsetzung soll in erster Linie über Programme wie das KoopNat (ELER-Code 214), Entwicklung von Natur und Landschaft (ELER-Code 323) und den Erschwernisausgleich (ELER-Code 213) im Rahmen von *PROFIL* oder Natur erleben im Rahmen des EFRE erfolgen. Der Vertragsnaturschutz im Wald soll künftig vorwiegend im Rahmen der Waldumweltmaßnahmen durchgeführt werden. Darüber hinaus sollen die Ersatzgelder im Rahmen der Eingriffsregelung gezielt für den Artenschutz eingesetzt werden (Niedersächsischer Landtag, 2009c). Auch Bremen setzt stark auf Agrarumweltmaßnahmen und den Erschwernisausgleich im Rahmen von *PROFIL*, um im Grüngürtelring um Bremen mit einer extensiven Nutzung den Lebensraum für bedrohte und geschützte Tiere und Pflanzen zu erhalten.

Bodenschutz

Die Cross-Compliance-Regelungen sehen Erosionsvermeidungsmaßnahmen vor. Zu diesem Zweck wurden alle landwirtschaftlichen Flächen im Hinblick auf die Gefährdung durch Wind- und Wassererosion zum 30.06.2010 klassifiziert. Verschiedene Gefährdungsstufen sind zu unterscheiden:

- CC Wasser 0 - Nicht erosionsgefährdet (keine Auflagen),
- CC Wasser 1 - Erosionsgefährdet (Auflagen),
- CC Wasser 2 - Stark erosionsgefährdet (Auflagen).

Für Wind gibt es nur eine Erosionsgefährdungsklasse (LWK NI, 2010). Während von Wassererosion v. a. die südlichen Landesteile Niedersachsens (Osnabrücker und südniedersächsisches Berg- und Hügelland) betroffen sind, liegen winderosionsgefährdete Gebiete v. a. im Westen Niedersachsens (auf Moor- und Sandböden). Die Auflagen bei Wassererosionsgefährdung beinhalten z. B. Pflugverbote in bestimmten Zeiten, keine Schwarzbrache über den Winter. CC Wasser 2 beinhaltet vergleichbare Auflagen, die nur wesentlich restriktiver gehandhabt werden. Ausnahmen sind gar nicht möglich. Zur Eindämmung von Winderosion soll der Boden in den Monaten März bis Ende Mai bedeckt sein. Betroffen sind 6 % des Ackerlandes bei CC Wasser 1-2 und 9,5 % bei CC Wind.

3.2 Sozio-ökonomische und umweltbezogene Veränderungen in Niedersachsen und Bremen¹³

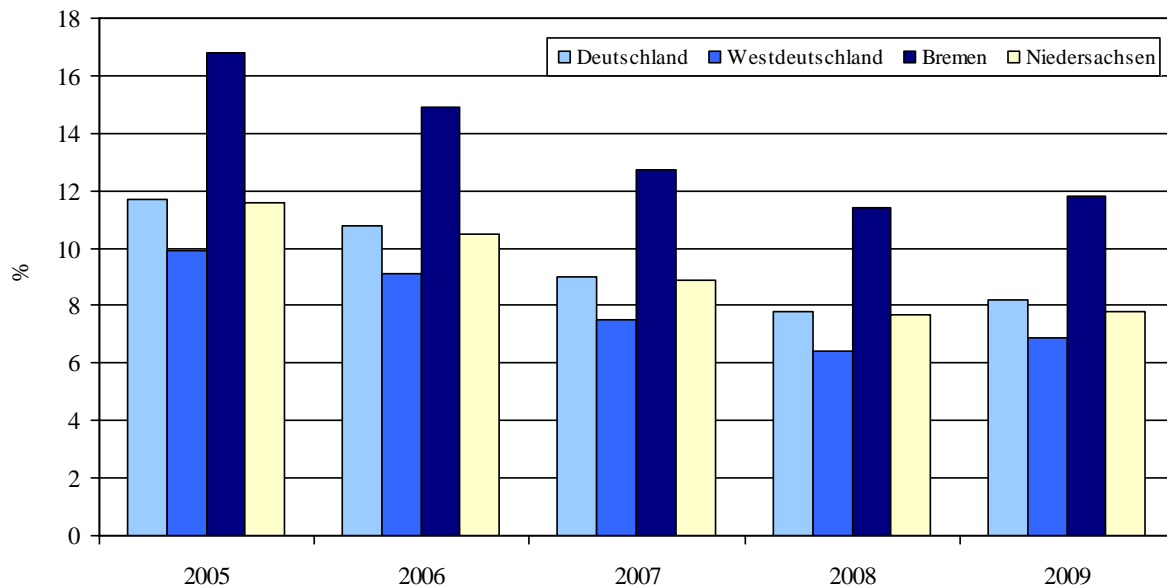
Finanz- und Wirtschaftskrise

Verwerfungen am US-Immobilienmarkt führten Mitte 2008 zu einer globalen Finanzmarktkrise. Diese griff anschließend trotz massiver staatlicher Interventionen auf die reale Wirtschaft über. Die konjunkturelle Lage trübte sich in Niedersachsen und Bremen wie in Deutschland insgesamt ein. Wesentlich geprägt wurde diese Entwicklung durch die deutlichen Einbrüche in den exportabhängigen Wirtschaftsbereichen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als umfassender Ausdruck der im Inland erbrachten Gesamtleistung ist 2009 in Niedersachsen um 4,7 % und in Bremen um 3,4 % zurückgegangen, während in den Vorjahren noch positive Wachstumsraten zu verzeichnen waren. Damit fiel der Rückgang des BIP 2009 in beiden Ländern allerdings geringer aus als im Bundesdurchschnitt. In Niedersachsen ist dies darauf zurückzuführen, dass sehr stark exportorientierte Wirtschaftszweige wie der Maschinenbau proportional weniger stark vertreten sind als in anderen Bundesländern (LSKN, 2010b). In der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, die in Niedersachsen eine größere Rolle spielt, war sogar eine positive Umsatzentwicklung zu verzeichnen (ARL, 2010).

Die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen und Bremen ist seit 2005 gestiegen. Allerdings hat sich der Zuwachs im Jahr 2009 verlangsamt, liegt in Niedersachsen aber mit 0,4 % immer noch im positiven Bereich (Deutschland 0 %). Bremen verzeichnete 2009 einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 0,4 %. Das BIP je Erwerbstätigen in Niedersachsen ist von 2005 bis 2008 kontinuierlich gestiegen, von 2008 auf 2009 ist es allerdings auf 55.914 Euro zurückgegangen. Es liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 59.784 Euro (2009) (Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder", 2010). In Bremen liegt das BIP je Erwerbstätigen mit 68.441 Euro hingegen weit über dem Bundesdurchschnitt trotz des Rückgangs in 2009.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich in Niedersachsen bislang nicht in drastisch steigenden Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen, da die arbeitsmarktpolitischen Instrumente (wie Kurzarbeit) und die Nutzung von Arbeitszeitkonten puffernd gewirkt haben. Bis 2008 war, wie **Abbildung 5** zeigt, die Arbeitslosenquote in Niedersachsen rückläufig. 2009 gab es einen geringfügigen Anstieg um 0,2 Prozentpunkte auf 7,8 %.

¹³ Siehe auch Darstellungen in Kapitel 1 des Zwischenberichts 2009 (ML, 2010g).

Abbildung 5: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Eigene Darstellung nach BA (2010).

In Bremen liegt die Arbeitslosenquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt und über dem Durchschnitt Westdeutschlands. Allerdings ist die Quote auch hier zurückgegangen und 2009 nur geringfügig um 0,4 Prozentpunkte angestiegen.

Krise der öffentlichen Haushalte

Die Situation der öffentlichen Haushalte bestimmt im Wesentlichen die Kofinanzierungsmöglichkeiten von *PROFIL*.

Vom Bundeshaushalt werden GAK-Mittel für die Kofinanzierung von *PROFIL* bereitgestellt. Seitens des Bundes wurde 2010 eine Kürzung des GAK-Volumens um 100 Mio. Euro beschlossen (Agra-Europe, Nr. 24). Weitere Kürzungen sind geplant (Agra-Europe, Nr. 29/10). Davon sind auch Niedersachsen und Bremen anteilig betroffen. Im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse des Landes Niedersachsen für 2011 wurde der Landesansatz für die GAK im Verhältnis zu den erfolgten Kürzungen des Bundes um 2,6 Mio. Euro reduziert (MF, 2010).

Die Lage des niedersächsischen Landeshaushaltes hat sich 2009 in der Gesamtschau gegenüber 2008 deutlich verschlechtert. Das negative Finanzierungssaldo hat zugenommen und damit auch die Verschuldung des Landes (Haupt, 2010). Derzeit sind die Einsparmöglichkeiten begrenzt, da das angestoßene Konjunkturprogramm finanziert werden muss. 2010 sollte eigentlich schon ein Haushalt ohne Nettoneuverschuldung präsentiert werden; die Nettokreditaufnahme liegt aber ungefähr auf dem gleichen Niveau wie 2009. Dies ver-

schärft den Konsolidierungsdruck in den folgenden Jahren (Niedersächsische Staatskanzlei, 2010).

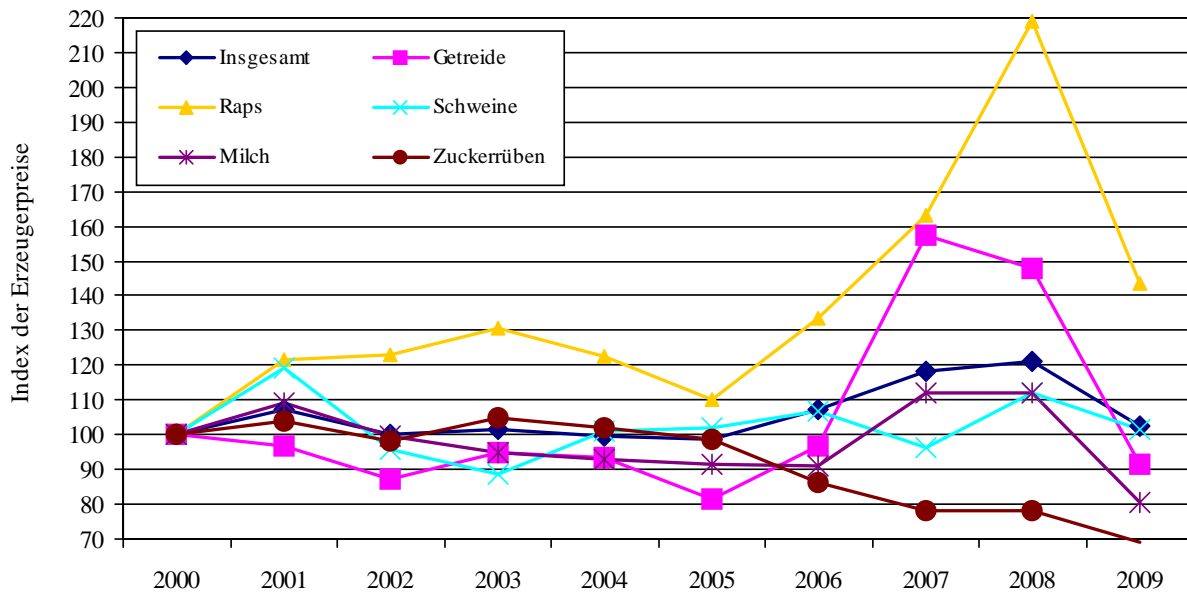
Kürzungen bei Bundes- und Landesmitteln durch einen stärkeren Rückgriff auf kommunale Mittel zu kompensieren, ist längst nicht für alle Maßnahmenbereiche möglich. Zudem wird auch die kommunale Finanzsituation angespannter. 2009 hat sich die finanzielle Lage der Kommunen drastisch verschlechtert. Nach drei Jahren mit einem positiven Finanzierungssaldo erzielten die niedersächsischen Kommunen 2009 einen negativen Finanzierungssaldo (Haupt, 2010). Die Situation der niedersächsischen Kommunen ist räumlich sehr unterschiedlich. Detaillierte räumliche Analysen, die Auskunft geben über die Finanzkraft¹⁴, liegen nur bis 2007 vor (NIW, 2010). Demnach liegt die Deckungsquote im Westen Niedersachsens, in den Landkreisen Cloppenburg, Vechta, Rotenburg und Emsland, deutlich höher als in Südniedersachsen oder Cuxhaven und Lüchow-Dannenberg (NIW, 2010, S. 67). In § 13 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich gibt es den Begriff der „außergewöhnlichen Lage“ als Ausdruck einer schwierigen Finanzlage, die Bedarfszuweisungen ermöglicht. 2009 lagen die regionalen Schwerpunkte entsprechender Zuweisungen in den Räumen Cuxhaven, Harz, Lüchow-Dannenberg und Uelzen (ML, 2010b).

Ein gewisser Zusammenhang der kommunalen Finanzsituation und der Inanspruchnahme von *PROFIL*-Maßnahmen lässt sich erkennen, wenn man die Förderintensitäten in **Karte 5** (S. 61) mit der räumlichen Verteilung der Deckungsquoten bzw. der Bedarfszuweisungen spiegelt. Im Konvergenzgebiet ist der Finanzlage der Kommunen in sofern Rechnung getragen worden, als dass die Förderhöhe nach der jeweiligen Finanzsituation für bestimmte Maßnahmen gestaffelt ist.

Auf und Ab bei den Preisen für landwirtschaftliche Produkte

Der Beginn der Förderperiode fiel 2007 zusammen mit einer vergleichsweise günstigen Entwicklung der Agrarmärkte. In nahezu allen Produktbereichen stiegen die Erzeugerpreise, was sich im Wirtschaftsjahr 2007/2008 auch im Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe niedergeschlagen hat. Im Wirtschaftsjahr 2008/2009 fielen die Erzeugerpreise allerdings auf breiter Front und erreichten mehr oder weniger wieder das Ausgangsniveau vor dem Preisanstieg (vgl. **Abbildung 6**). In den Agrarmärkten, die in Niedersachsen von besonderer Bedeutung sind, zählen Getreide, Ölsaaten (Raps), Milch, Schweine/Geflügel, Zucker und Stärkekartoffeln. In Bremen spielen Ackerkulturen eine geringe Rolle, hier ist es insbesondere die grünlandgebundene Viehhaltung (Milch).

¹⁴ Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) benutzt als zentralen Indikator zur Bewertung der Finanzsituation von Kommunen die Relation zwischen den allgemeinen Deckungsmitteln netto und den Zuschussbedarfen im Einzelplan 0-8 des Verwaltungshaushaltes (Deckungsquote) (NIW, 2010, S. 65).

Abbildung 6: Index der Erzeugerpreise ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte

Quelle: Eigene Darstellung nach Destatis (2010).

Die Schlüsselfaktoren für die zukünftigen Preisentwicklungen liegen in den Energiemärkten, der Bioenergiepolitik, der weltweiten Konjunktur, den Wechselkursen und der Eckpunkte im WTO-Prozess (weitere Handelsliberalisierung, Weiterentwicklung der Agrarpolitik der Konkurrenten).

Die starken Preisschwankungen, die auch für die Zukunft erwartet werden, haben Einfluss v. a. auf die Inanspruchnahme von flächenbezogenen und mehrjährigen Maßnahmen. Zum einen ist die Kalkulation von Prämiensätzen bei stark schwankenden Agrarpreisen schwierig, zum anderen reduziert der Abschluss einer fünfjährigen Verpflichtung die Flexibilität innerbetrieblicher Anpassungen. Allerdings werden mit langfristigen Verträgen, und dies zeigt ja auch der Biogasboom, gerade in Zeiten von starken Preisschwankungen, stabilisierende Wirkungen erzielt. Es kommt also v. a. auf die Prämienhöhen an. Die Prämiensätze für Agrarumweltmaßnahmen sind in den Änderungsanträgen z. T. auch entsprechend angepasst worden.

Einkommensentwicklung landwirtschaftlicher Hauptidebetriebe

Die Gewinnsituation der landwirtschaftlichen Hauptidebetriebe in Niedersachsen¹⁵ ist nahezu in allen Betriebsformen und den meisten Wirtschaftsjahren besser als der Bundesdurchschnitt. Insbesondere der Gewinn der Ackerbau- und Milchviehbetriebe liegt deut-

¹⁵ Für landwirtschaftliche Betriebe in Bremen liegen keine separaten Angaben vor, nur aggregiert mit den anderen Stadtstaaten.

lich über dem Bundesdurchschnitt. Auch das Einkommen je AK hebt sich gegenüber dem Bundesdurchschnitt nach oben ab (siehe **Tabelle 6**).

Tabelle 6: Einkommen je Arbeitskraft und Gewinn je Unternehmen nach Betriebsformen in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben Niedersachsens und Deutschland

Wirtschaftsjahr	Ackerbau		Milchvieh		sonstige Futterbaubetriebe		Veredlung		Gemischt (Verbund)	
	je AK	Euro je Unternehmen	je AK	Euro je Unternehmen	je AK	Euro je Unternehmen	je AK	Euro je Unternehmen	je AK	Euro je Unternehmen
Niedersachsen										
2001/02	40.374	61.845	19.996	29.483	16.192	24.072	29.177	44.304	20.637	29.259
2002/03	26.391	36.153	15.982	23.222	14.853	22.274	18.429	27.162	12.934	16.745
2003/04	37.098	54.892	15.019	22.236	13.218	18.186	13.278	20.117	14.284	19.672
2004/05	33.349	47.413	23.571	38.452	22.664	35.704	34.398	54.707	23.536	36.459
2005/06	32.715	44.675	28.240	47.072	20.632	29.889	30.615	50.260	24.148	37.949
2006/07	44.143	64.389	29.845	49.974	24.289	39.019	27.196	42.612	24.071	36.773
2007/08	45.783	66.739	45.602	77.179	27.100	41.381	10.193	13.594	23.802	36.778
2008/09	38.538	56.134	21.154	32.975	21.095	30.598	30.348	49.214	24.755	38.242
Veränderung 2008/2009 zum Vorjahr in %	-15,8	-15,9	-53,6	-57,3	-22,2	-26,1	197,7	262,0	4,0	4,0
Deutschland										
2001/02	27.967	44.269	21.050	32.341	15.475	22.486	33.334	52.215	21.490	33.388
2002/03	22.764	33.391	18.698	28.503	16.005	22.821	19.531	29.352	16.060	23.393
2003/04	26.914	41.395	17.400	26.254	14.989	21.328	17.865	27.312	16.236	24.035
2004/05	28.471	44.905	21.123	32.169	20.191	29.857	34.960	55.884	23.654	36.763
2005/06	24.992	37.407	23.392	35.752	19.750	27.960	29.805	48.924	22.217	34.243
2006/07	32.217	50.448	26.129	40.276	19.826	28.623	28.550	45.929	23.717	36.954
2007/08	39.027	61.996	36.617	56.659	25.256	37.010	11.489	15.247	25.845	40.941
2008/09	34.455	53.968	20.970	30.895	19.250	27.214	32.148	52.134	23.797	36.829
Veränderung 2008/2009 zum Vorjahr in %	-11,7	-12,9	-42,7	-45,5	-23,8	-26,5	179,8	241,9	-7,9	-10,0

Quelle: Testbetriebsnetz.

2007/2008 hatten alle Betriebsformen, mit Ausnahme der Veredlungs- und Gemischtbetriebe, im betrachteten Zeitraum das deutlich höchste Einkommen zu verzeichnen. Für Milchviehbetriebe war die Gewinnsituation in diesem Wirtschaftsjahr außerordentlich gut, so dass diese Betriebsform im darauf folgenden Wirtschaftsjahr 2008/09 auch den höchsten Gewinnrückgang mit fast 60 % gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2007/08 zu verzeichnen hatte. Nicht zuletzt daher stehen Milchviehbetriebe besonders im Fokus der Politik. Hier muss allerdings kritisch angemerkt werden, dass das Wirtschaftsjahr 2007/08 kaum als Referenz dienen kann, betrachtet man die langfristige Einkommensentwicklung der Milchviehbetriebe. Veredlungsbetriebe in Niedersachsen weisen (aufgrund des „Schweinezyklus“) schon immer hohe Gewinnschwankungen auf.

Zunehmende Nutzungs- und Flächenkonkurrenzen

Drei Aspekte sollen an dieser Stelle thematisiert werden: der Wegfall der konjunkturellen Flächenstilllegung, die Zunahme des Maisanbaus und der Verlust von Grünland.

Zum Erntejahr 2009 wurde die Verpflichtung zur Flächenstilllegung endgültig abgeschafft. Damit nimmt mit 33.008 ha die (nunmehr freiwillig) stillgelegte Fläche nur noch 26 % der Stilllegungsfläche des Jahres 2005 ein (LSKN, 2010a; ML, 2009c). Das heißt, rund 92.000 ha sind zusätzlich in eine dauerhafte ackerbauliche oder andere Nutzung überführt worden. Mit der Reduzierung der Flächenstilllegung geht ein Verlust an ökologischen Ausgleichsfunktionen einher, der in diesem Umfang durch zusätzliche Blüh- oder Schonstreifen kaum kompensiert werden kann.

Die Anbaufläche von Mais hat seit 2005 kontinuierlich zugenommen. Wurden 2005 270.239 ha Silomais angebaut, so sind es 2009 374.719 ha. (LSKN, 2010a; ML, 2009c) Da die Rinderbestände, für die der Silomais die Futtergrundlage darstellt, rückläufig sind, ist der Anstieg v. a. auf die Nutzung von Mais als Substrat in den Biogasanlagen zurückzuführen. 2007 wurde in der Agrarstrukturerhebung nach dem Merkmalskomplex „Anbau zur Biogaserzeugung“ gefragt. Von den 5.400 Betrieben, die angaben, Biogas-Rohstoffe zu produzieren, wurden 90.000 ha Mais angebaut (d. h. 31 % der gesamten Silomaisfläche). Der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) geht allerdings davon aus, dass der tatsächliche Anteil von Silomais als Biogas-Substrat höher liegt (LSKN, 2009). Der zunehmende Maisanbau wird aus ökologischer Sicht sehr kritisch gesehen. Ökonomisch kann die Biogasförderung zu Verwerfungen auf den Pachtmärkten führen, die regional allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Zu den Einflüssen des „Biogasbooms“ auf die Pachtpreisentwicklung hat das ML eine Studie in Auftrag gegeben (Plumeyer und Emmann, 2010), die bislang noch keine eindeutigen Zusammenhänge zwischen der Biogasanlagendichte und den regionalen Pachtpreisentwicklungen aufzeigen konnte. Die Einschätzung der Umweltwirkung des Maisanbaus hängt immer vom Referenzszenario ab (Schnaut, 2008)¹⁶. Auf jeden Fall beeinflusst ein zunehmender Maisanbau das Landschaftsbild. In einzelnen Regionen allerdings erreicht die Maisfläche - zusätzlich ausgeweitet durch Silomais als Biogas-Substrat - inzwischen Anteile von bis zu 50 % (ML, 2010d), v. a. in den Milchviehregionen (Höher, 2010).

Dauergrünland hat gegenüber der Ackernutzung kontinuierlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Dies ist auf veränderte Produktionsstrukturen in der Milchviehhaltung und die Liberalisierung der Agrarmärkte zurückzuführen. Darüber hinaus ist mit den Biogasanlagen aber auch ein neuer Flächennutzer auf den Markt getreten, der den Druck zum Grün-

¹⁶ Mit einer NAU/BAU-Maßnahme wurde auf negative Folgen eines zunehmenden Maisanbaus reagiert. Diese Maßnahmen sieht nach Mais eine reduzierte Bodenbearbeitung zur Verminderung der Nitratfreisetzung im Herbst vor (Niedersächsischer Landtag, 2009a).

landumbruch partiell noch verstärken kann. Gegenüber dem Referenzjahr 2003 ist der Dauergrünlandanteil an der LF bis 2009 um mehr als 5 % zurückgegangen. Das beantragte Dauergrünland hatte 2003 einen Umfang von 763.890 ha (29 % an der LF) gegenüber 704.798 ha (27,1 % an der LF) in 2009 (ML, 2009d). Daher gilt aufgrund der einschlägigen Cross-Compliance-Regelung seit dem 22.10.2009 in NI/HB ein Umbruchverbot für Dauergrünlandflächen. Die Dauergrünlanderhaltungsverordnung sieht ein Antragsverfahren vor, wenn ein Antragsteller von Direktzahlungen dennoch eine Dauergrünlandfläche umbrechen möchte (DGERhVO)¹⁷. Betroffen von dieser Regelung sind alle Grünlandflächen im InVeKoS unabhängig von ihrer ökologischen Qualität. Aus ökologischer Hinsicht geht es aber um den Erhalt von Grünland auf prioritären Standorten zum Schutz von Biodiversität und Landschaft, zum Wasserschutz, Erosionsschutz und, v. a. im Falle der Moorböden, Klimaschutz. Hier kommt es darauf an, wie diese ökologischen Aspekte bei der Erteilung der nunmehr erforderlichen Umbruchgenehmigungen z. B. über die Beteiligung der Unteren Naturschutzbehörden zum Tragen kommen.¹⁸

Die freiwilligen Maßnahmen in *PROFIL* zum Grünlandschutz sind ein weiterer Ansatzpunkt zum Schutz des ökologisch wertvollen Grünlandes (aber von der Haushaltslage abhängig). Zum Erhalt von wertvollem Grünland können auch konkrete Förderkulissen und Auflagen im Sinne eines hoheitlichen Schutzes beitragen.

¹⁷ Die Cross-Compliance-Regelungen zum Grünlanderhalt werden in ihrer Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit eher kritisch diskutiert. Zu diskutieren sind die relativen Zielwerte, das InVeKoS als Datengrundlage und grundsätzlich die Frage, ob Grünland an sich ohne Beachtung der ökologischen Qualitäten schützenswert ist. Der Cross-Compliance-Regelung liegen die InVeKoS-Daten zu Grunde. Diese müssen mit Vorsicht interpretiert werden, da die Veränderungen im Grünlandbestand z. T. auch auf Aktivierungen oder Deaktivierungen zurückzuführen sind (Osterburg et al., 2009) und zudem Grünland unterschiedlich kodiert sein kann und damit entweder einem Umbruchverbot unterliegt oder nicht. Außerdem zielt Cross Compliance (CC) auf Grünland an sich ab und nicht auf besonders wertvolle Grünlandstandorte. Insgesamt, so die Einschätzung von Osterburg et al. (2009, S. 67), schafft auch die rein formale 1-zu-1-Umsetzung der EU-Cross-Compliance-Auflagen einen hohen bürokratischen Aufwand mit geringer Wirkung für Ziele im Natur-, Wasser- und Klimaschutz.

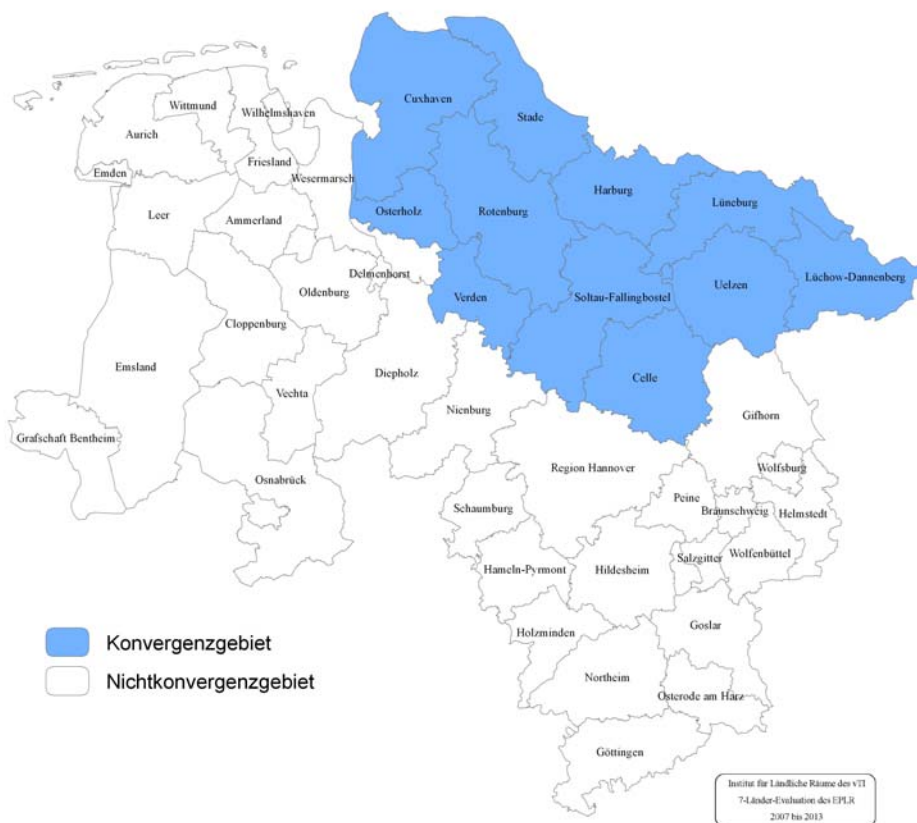
¹⁸ Die zuständige Genehmigungsbehörde für Grünlandumbrüche ist die Bewilligungsstelle der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Dabei hat die zuständige Untere Naturschutzbehörde mitzuwirken. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird dann durch die Untere Naturschutzbehörde geprüft, ob z. B. standörtliche Faktoren auf absoluten Grünlandstandorten (Hochmoor etc.) oder artenschutzrechtliche Aspekte gegen einen Umbruch zu Acker sprechen. Um den Flächenanteil der Dauergrünlandflächen nicht weiter zu verringern, sind daneben auch Ersatzflächen für den geplanten Umbruch sowie u. U. Ausgleichmaßnahmen für den Verlust von Lebensräumen zu leisten.

4 *PROFIL* Niedersachsen/Bremen: Ausgestaltung, Finanzen, Umsetzung und Zielgruppen

4.1 Programmkonstruktion

Zwei Besonderheiten weist *PROFIL* auf. Zum einen handelt es sich um ein gemeinsames Programm der Länder Niedersachsen und Bremen, zum anderen ist es das einzige Programm in Deutschland, das sowohl über Konvergenzgebiet als auch ein Nichtkonvergenzgebiet verfügt. Das Konvergenzgebiet erstreckt sich über den ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg (siehe **Karte 1**).

Karte 1: Konvergenz- und Nichtkonvergenzgebiet in Niedersachsen



Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2008a, S. 3).

4.2 Ausgestaltung von *PROFIL*

Das Programm wurde am 19.12.2006 bei der EU-Kommission eingereicht. Nach einem intensiven Konsultationsverfahren wurde es am 26.10.2007 genehmigt. Gestartet ist *PROFIL* mit einem öffentlichen Mittelvolumen von 2,127 Mrd. Euro, davon 679 Mio. Euro im Rahmen von Artikel-89-Maßnahmen. Durch die verschiedenen Mit-

telaufstockungen u. a. in Folge des Health Checks und des EU-Konjunkturprogramms (EKP) beträgt das Programmvolumen inzwischen 2,325 Mrd. Euro. Der Umfang der Artikel-89-Maßnahmen ist gleich geblieben. Für das Konvergenzgebiet stehen rund 504 Mio. Euro einschließlich der Artikel-89-Maßnahmen zur Verfügung¹⁹, d. h. rund 22 % der öffentlichen Mittel.

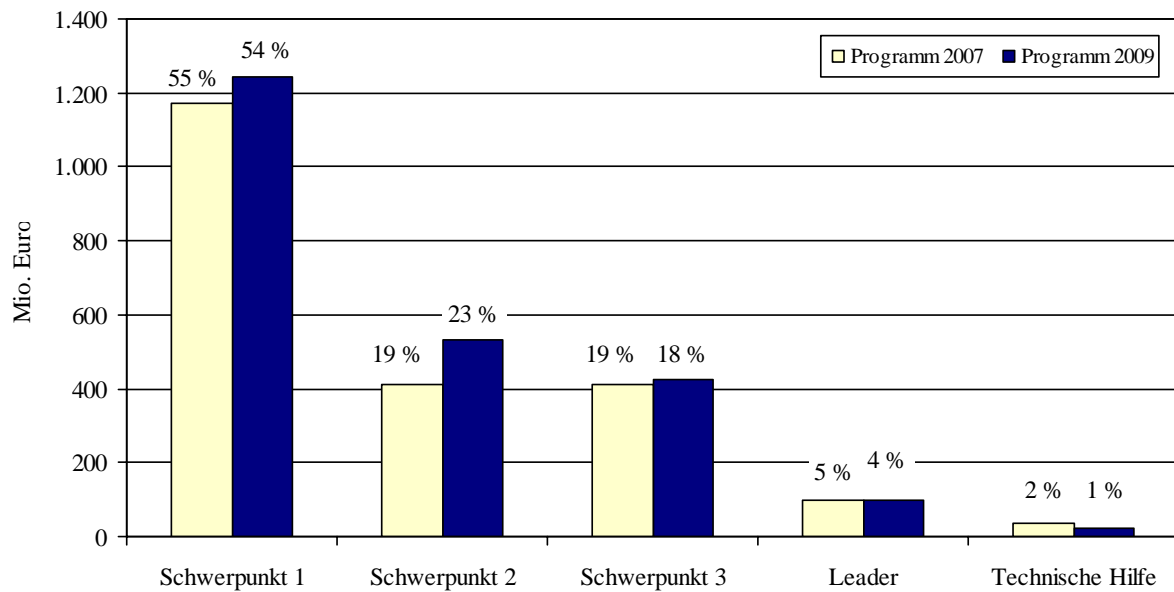
Insgesamt erfolgte im Zeitraum 2007 bis 2009 ein Zufluss an ELER-Mitteln in Höhe von rund 160 Mio. Euro (+19,6 %). Diese zusätzlichen Mittel speisten sich aus folgenden Quellen: zusätzliche Modulation (105,7 Mio. Euro), ungenutzte Restmittel der 1. Säule der GAP (20,7 Mio. Euro), EKP (12,6 Mio. Euro), Korrektur der bestehenden Modulation (20,6 Mio. Euro) (Tietz, 2010, S. 9).

Niedersachsen stehen darüber hinaus Mittel im Diversifizierungsprogramm Zucker zur Verfügung, die für die Maßnahmen AFP (ELER-Code 121) und Wegebau (ELER-Code 125) eingesetzt werden. In den Jahren 2007 bis 2008 wurden noch Restzahlungen aus der fakultativen Modulation und LEADER+ getätigt, die wie die bislang ausgezahlten Mittel aus der Zuckerdiversifizierung bei der räumlichen Analyse der Zahlungsströme berücksichtigt werden (siehe Kapitel 4.2.2.2).

Die Verteilung der öffentlichen Mittel (einschließlich Artikel-89-Maßnahmen) auf die vier Schwerpunkte von *PROFIL* hat sich durch die Mittelaufstockungen im Zuge des HC und EKP nur geringfügig verändert (siehe **Abbildung 7**). Mit mehr als der Hälfte der öffentlichen Mittel steht nach wie vor der Schwerpunkt 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ im Zentrum der Förderung. Die größte absolute Mittelaufstockung hat Schwerpunkt 2 „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ erfahren, dessen Anteil an den Programmmitteln sich insgesamt um vier Prozentpunkte erhöht hat.

¹⁹ Da es keine Aufteilung der Mittelansätze für Artikel-89-Maßnahmen auf die beiden Gebietskategorien gibt, wurde vereinfacht angenommen, dass die Mittelansätze genauso verteilt sind wie die ELER-kofinanzierten Schwerpunkte.

Abbildung 7: Absolute und relative Verteilung der öffentlichen Mittel (*) 2007 bis 2013 auf die Schwerpunkte von *PROFIL*

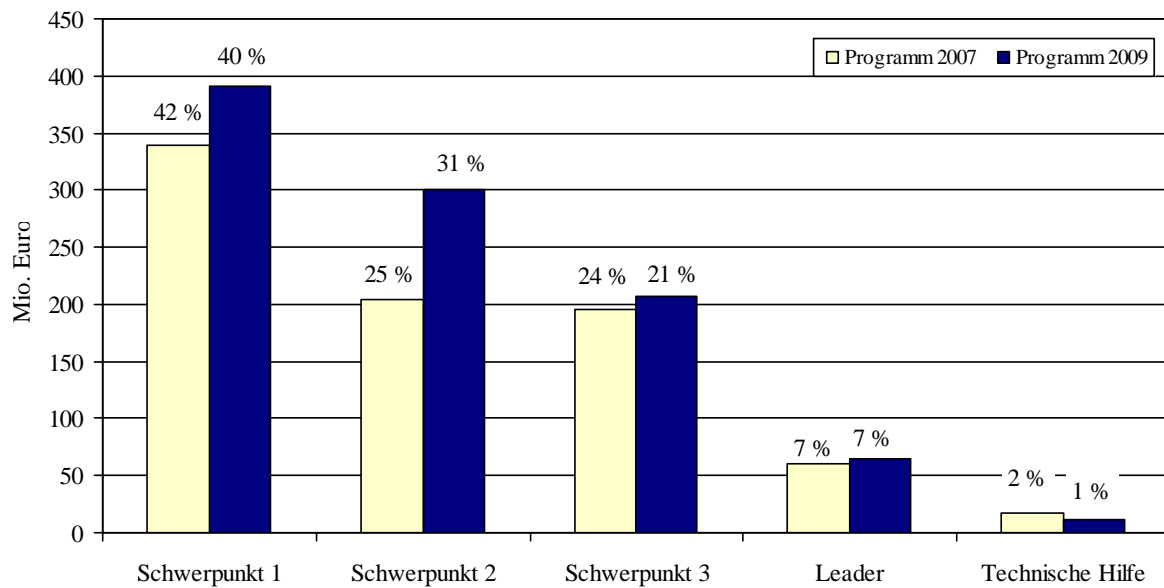


(*) Einschließlich Mittelansätze für Artikel-89-Maßnahmen.

Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2007; 2009j).

Aufgrund der unterschiedlichen Kofinanzierungssätze in den Schwerpunkten stellt sich die Verteilung der ELER-Mittel auf die Schwerpunkte unterschiedlich dar (siehe **Abbildung 8**).

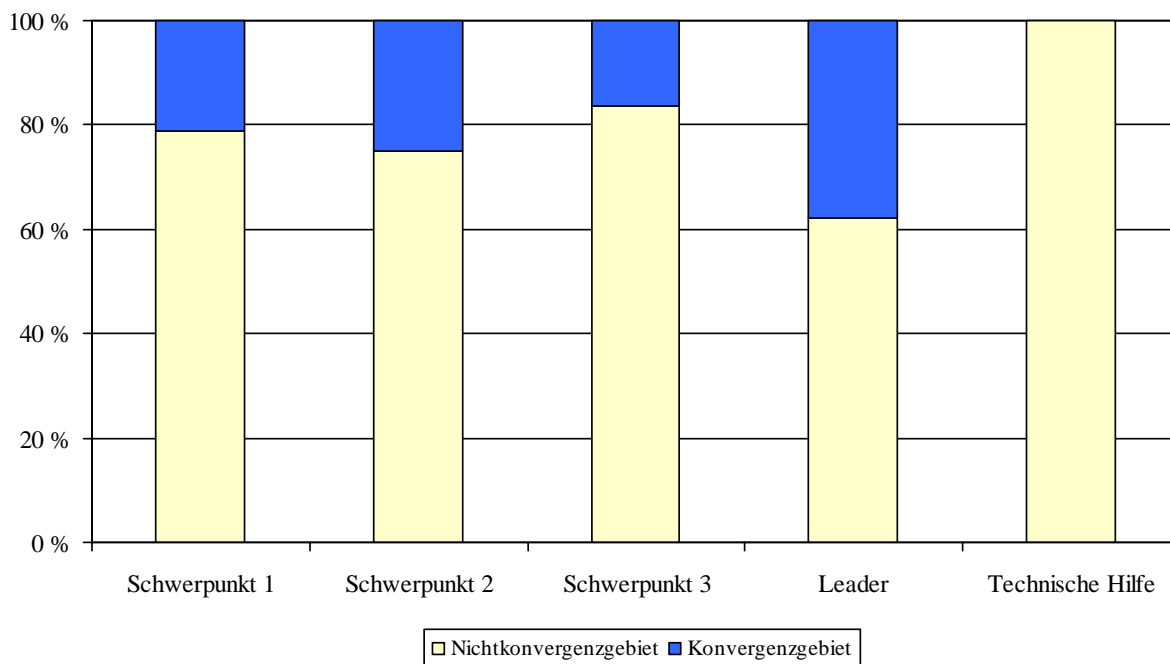
Abbildung 8: Absolute und relative Verteilung der ELER-Mittel 2007 bis 2013 auf die Schwerpunkte von *PROFIL*



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2007; 2009j).

Die Schwerpunkte haben ein unterschiedliches finanzielles Gewicht im Konvergenzgebiet (siehe **Abbildung 9**). So sollen fast 40 % der öffentlichen Mittel des Leader-Schwerpunktes in das Konvergenzgebiet fließen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass von den 32 Leader-Gruppen 15 dem Konvergenzgebiet zugeordnet sind.

Abbildung 9: Anteil der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 innerhalb und außerhalb des Konvergenzgebiets nach Schwerpunkten



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009j).

Das indikative Mittelvolumen von *PROFIL* ist, wie auch die Programme anderer Bundesländer, mit Altverpflichtungen vorbelegt, die den Spielraum bei einzelnen Maßnahmen, neue Verpflichtungen einzugehen bzw. neue Projekte zu bewilligen, deutlich einschränken. Die Vorbelegungen durch Altverpflichtungen aus der Vorgängerperiode (zum Teil auch noch länger zurückliegender Perioden) ist absolut bei den Agrarumweltmaßnahmen am größten, gefolgt vom Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) (ELER-Code 121). Auf das Programm (Stand Ende 2009) bezogen, liegt der Anteil von Altverpflichtungen im Durchschnitt bei 7,5 %. Bei den nicht produktiven Investitionen im Forst (ELER-Code 227) liegt der Anteil mit 23 % am höchsten, gefolgt von den Agrarumweltmaßnahmen mit 22,2 % und dem AFP mit 19,8 % der öffentlichen Mittel. In abnehmender Höhe stehen Zahlungen für Altverpflichtungen bis 2013 an (ML, 2009a, Anhang 2).

4.2.1 Schwerpunkte und Maßnahmen

Nachfolgend wird eine kurze Übersicht über die in *PROFIL* angebotenen Maßnahmen (und Teilmaßnahmen) sowie deren finanzielles Gewicht anhand der geplanten Ausgaben (Stand 2009) gegeben.

4.2.1.1 Schwerpunkt 1

Niedersachsen/Bremen (NI/HB) haben in sechs ELER-Codes Maßnahmen konzipiert, darunter die ELER-Codes 125 und 126 mit mehreren Teilmaßnahmen (siehe **Tabelle 7**). Mit Ausnahme der Maßnahme Qualifizierung werden alle anderen Maßnahmen auf der Grundlage der Nationalen Rahmenregelung (NRR) angeboten. Als bestehende Maßnahme wurde das AFP (nur das auf Milchviehbetriebe ausgerichtete Förderspektrum) im Rahmen des HC zur Anrechnung gebracht und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet.

Tabelle 7: Überblick über die Maßnahmen des Schwerpunktes 1 (Stand: Ende 2009)

ELER-Code	Maßnahme	Maßnahmen-code	Teilmaßnahme
111	Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen für Personen, die in der Land-, Ernährungs- oder Forstwirtschaft tätig sind		Qualifizierung
114	<i>Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Beratungsdiensten</i>		<i>Einzelbetriebliche Managementsysteme</i>
121	<i>Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe</i>		<i>Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) *</i>
123	<i>Erhöhung der Wertschöpfung bei land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen</i>		<i>Verarbeitung und Vermarktung</i>
125	<i>Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft</i>	125-A	<i>Flurbereinigung</i>
		125-B	<i>Wegebau</i>
		125-C	<i>Wegebau Forst</i>
		125-D	<u><i>Beregnung</i></u>
126	<i>Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen geschädigtem landwirtschaftlichen Produktionspotenzial sowie geeignete vorbeugende Aktionen</i>	126-A	<i>Hochwasserschutz im Binnenland</i>
		126-B	<i>Küstenschutz</i>

Kursiv: Maßnahme wird auf der Grundlage der NRR angeboten.

Blau hinterlegt: HC-Maßnahme.

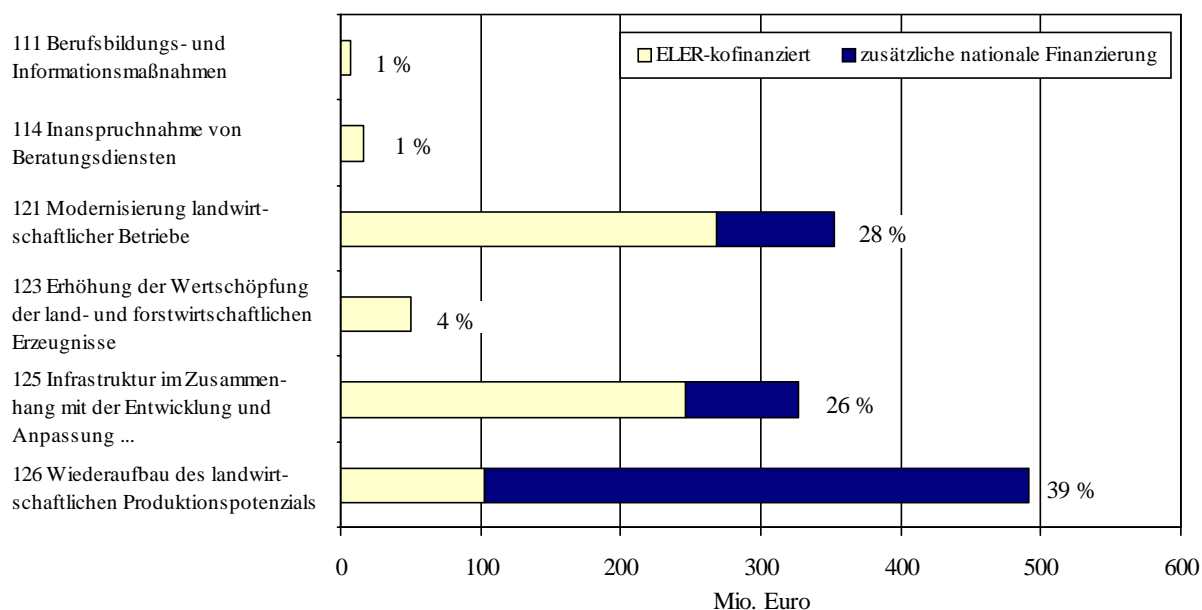
Unterstrichen: Neue Maßnahme oder Teilmaßnahme.

* Nicht das gesamte AFP wurde als HC-Maßnahme gemeldet, sondern nur das auf Milchviehbetriebe ausgerichtete Förderspektrum.

Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

Insgesamt ist Schwerpunkt 1 mit 1,245 Mrd. Euro ausgestattet, davon 554 Mio. Euro als zusätzliche nationale Finanzierung. Der finanzielle Fokus von Schwerpunkt 1 liegt auf überbetrieblichen Maßnahmen. Hier stehen rund 65 % der öffentlichen Mittel zur Verfügung. 32 % der Mittel fließen in die einzelbetriebliche Förderung (ELER-Codes 121 und 123). Nur zwei Prozent der öffentlichen Mittel fließen in Maßnahmen zur Verbesserung des Humankapitals (siehe **Abbildung 10**).

Abbildung 10: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf ELER-Codes im Schwerpunkt 1 (2007 bis 2013)



Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

4.2.1.2 Schwerpunkt 2

NI/HB bieten in neun ELER-Codes Maßnahmen an. Als neue Maßnahme im Zuge der 2009 erfolgten Programmänderung wurde die Ausgleichszulage (AZ) in Niedersachsen wieder eingeführt. Niedersachsen hatte die AZ 1996 aufgrund von knappen Haushaltsmitteln abgeschafft. Vorgegangen war ein kontinuierliches Zurückfahren der Zahlungen je Hektar, die vor der Abschaffung noch bei 68 DM lagen. Bremen hatte demgegenüber die Ausgleichszulage weitergeführt und erst im Zuge der Kooperation mit Niedersachsen ab 2007 eingestellt. Im Rahmen der neu eingeführten AZ werden Dauergrünlandflächen in der benachteiligten Gebietskulisse mit 35 Euro je Hektar gefördert. Diese Flächen sind mindestens einmal im Jahr zu beweiden oder für die Futterwerbung zu nutzen.

Weitere neue Maßnahmen bzw. Teilmaßnahmen wurden eingeführt und als HC-Maßnahme gemeldet. Dazu gehören beispielsweise der spezielle Arten- und Biotopschutz (ELER-Code 216) oder die Förderung einer klimaschonenden Grünlandbewirtschaftung im Rahmen des NAU/BAU (ELER-Code 214) (siehe **Tabelle 8**).

Das Maßnahmenspektrum im Agrarumweltbereich teilt sich in drei wesentliche Pakete auf: a) das Niedersächsisch/Bremische Agrarumweltprogramm (NAU/BAU), b) die grundwasserschutzorientierten Maßnahmen und c) den Vertragsnaturschutz. Die Pakete b) und c) satteln teilweise auf dem NAU/BAU als Grundförderung auf. Das NAU/BAU wird

mit Ausnahme einer Teilmaßnahme vollständig auf der Grundlage der NRR umgesetzt. Die beiden anderen Maßnahmenpakete werden im Zuständigkeitsbereich des MU umgesetzt und aus Abgabemitteln und Landesmitteln kofinanziert.

Tabelle 8: Überblick über die Maßnahmen und Teilmaßnahmen von Schwerpunkt 2 (Stand: Ende 2009)

ELER-Code	Maßnahme	Maßnahmen-code	Teilmaßnahme
212	Zahlungen zugunsten von Landwirten in benachteiligten Gebieten, die nicht Berggebiete sind		<u>Ausgleichszulage (AZ)</u>
213	Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 ...		Erschwernisausgleich
		214-A	Niedersächsisch/Bremisches Agrarumweltprogramm (NAU/BAU)
		214-A-A2	<u>Mulch- oder Direktsaat- oder Mulchpflanzverfahren im Ackerbau (MDM)</u>
		214-A-A3	Förderung der Ausbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger auf Acker- und Grünland mit besonders umweltfreundlichen Ausbringungsverfahren
		214-A-A4	Förderung der Anlage von Blühflächen auf Stilllegungsflächen des Betriebes
		214-A-A5	Förderung von einjährigen Blühstreifen (mit jährlicher Neuan-saat)
		214-A-A6	Förderung von mehrjährigen Blühstreifen (mehrjährig)
		214-A-A7	Förderung des Anbaus von Zwischenfrüchten oder Untersaaten auf Ackerflächen des Betriebes
		214-A-B0	<u>Förderung einer klimaschonenden Grünlandbewirtschaftung der gesamten Dauergrünlandflächen eines Betriebes durch Verzicht auf tiefwendende Bodenbearbeitung zur Grünlanderneuerung</u>
214	Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	214-A-B1	Förderung extensiver Grünlandnutzung auf Einzelflächen durch Verringerung der Betriebsmittelanwendung
		214-A-B2	Förderung extensiver Grünlandnutzung auf Einzelflächen nach dem Prinzip der ergebnisorientierten Honorierung
		214-A-B3	<u>Förderung der Dauergrünlandnutzung auf Einzelflächen durch Einhaltung einer Ruhephase im Frühjahr und zur Anlage eines Schonstreifens</u>
		214-A-C	Ökolandbau
		214-B	Grundwasser schonende Landbewirtschaftung (GSL)
		214-B-a	Umwandlung von Ackerflächen in extensiv bewirtschaftetes Grünland
		214-B-b	Grundwasser schonende Bewirtschaftung von stillgelegten Ackerflächen, die über die Auflagen des Art. 6 (2) der VO (EG) 1251/1999
		214-B-c	Maßnahmen zur Gewässer schonenden ökologischen Bewirtschaftung, die über die Bewirtschaftungsauflagen gemäß VO (EWG) Nr. 2092/1991 hinausgehen
		214-B-d	Zwischenfruchtanbau (winterhart, später Umbruch)

Fortsetzung Tabelle 8:

ELER-Code	Maßnahme	Maßnahmen-code	Teilmaßnahme
		214-B-e	Verzicht auf Bodenbearbeitung nach Mais bei nachfolgendem Anbau einer Sommerung
		214-B-f	Winterrübsen vor Wintergetreide
		214-B-g	<u>Ausfallraps</u>
		214-C	Kooperationsprogramm Naturschutz (KoopNat)
		214-C-a	Naturschutzgerechte Nutzung von Dauergrünlandflächen sowohl mit einem handlungs- als auch einem ergebnisorientierten Ansatz
		214-C-b	Naturschutzgerechte Nutzung von Ackerflächen bzw. -randstreifen
		214-C-c	Naturschutzgerechte Nutzung von besonderen Biotoptypen
		214-C-d	Naturschutzgerechte Nutzung von störungsarmen Rast- und Nahrungsflächen für nordische Gastvögel auf Acker und Dauergrünland
216	Beihilfen für nichtproduktive Investitionen		<u>Spezieller Arten- und Biotopschutz</u>
221	<i>Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen</i>		
223	<i>Erstaufforstung nichtlandwirtschaftlicher Flächen</i>		
		225-M1	Erhaltung von Altholzbeständen
		225-M2	Erhalt von Habitatbäumen, Höhlenbäumen, Totholz
225	Zahlungen für Waldumweltmaßnahmen	225-M3	Ausweisung zeitlich begrenzter Ruhezonen
		225-M4	Flächen zum Schutz der natürlichen Dynamik (Prozessschutz)
		225-M5	Erhalt bzw. Wiederaufnahme traditioneller Waldbewirtschaftungsformen
226	Wiederaufbau des forstwirtschaftlichen Potentials und Einführung vorbeugender Aktionen	226	Wiederaufbau forstwirtschaftlichen Potentials
227	Beihilfen für nichtproduktive Investitionen in Wäldern	227-Teil1	<i>innerhalb der NRR</i>
		227-Teil2	<i>außerhalb der NRR</i>

Kursiv: Maßnahme wird auf der Grundlage der NRR angeboten.

Blau hinterlegt: HC-Maßnahme.

Unterstrichen: Neue Maßnahme oder Teilmaßnahme.

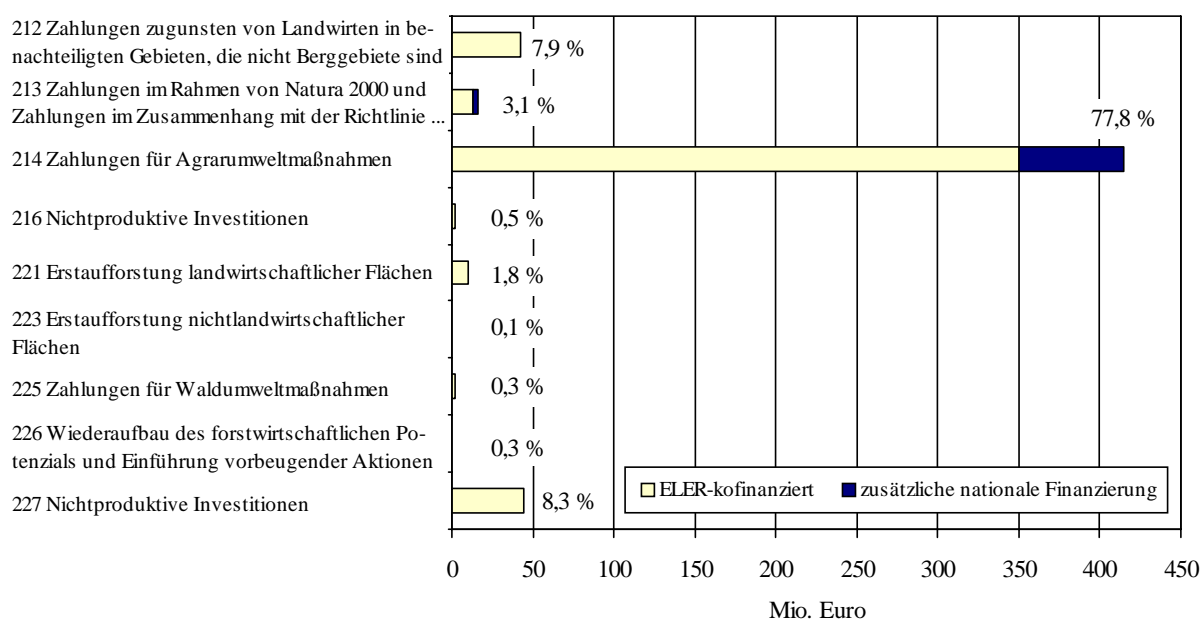
Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

Auch im Bereich der Forstmaßnahmen wird ein differenziertes Maßnahmenspektrum angeboten, das nur z. T. auf den Fördergrundsätzen der NRR basiert.

Schwerpunkt 2 ist mit 533 Mio. Euro ausgestattet, davon 68 Mio. Euro als zusätzliche nationale Finanzierung in den ELER-Codes 213 und 214. Die zusätzlichen nationalen Mittel im Agrarumweltbereich beziehen sich im Wesentlichen auf die Grundwasser schonende Landwirtschaft und Vertragsnaturschutzmaßnahmen (ML, 2009j, Tabelle 8.1).

Finanziell haben die Agrarumweltmaßnahmen mit 78 % des öffentlichen Mittelvolumens die größte Bedeutung im Schwerpunkt 2 (siehe **Abbildung 11**). Unter Berücksichtigung der Mittelansätze für Artikel-89-Maßnahmen verteilen sich die öffentlichen Mittel wie folgt auf die drei großen Blöcke: 62 % auf NAU/BAU, 23 % auf die Grundwasser schonende Landbewirtschaftung und 15 % auf das KoopNat (Eigene Berechnung nach ML, 2009g). Die forstlichen Maßnahmen zusammen haben einen indikativen Anteil an den öffentlichen Mitteln des Schwerpunktes 2 von 12 %. Die neu eingeführte Ausgleichszulage umfasst ungefähr 8 % der öffentlichen Mittel für den Zeitraum 2010 bis 2013.

Abbildung 11: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf die ELER-Codes des Schwerpunktes 2 (2007 bis 2013)



Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

4.2.1.3 Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“

Schwerpunkt 3 umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (siehe **Tabelle 9**). Eine direkte Unternehmensförderung ist nur bei Beteiligung von Landwirten vorgesehen. Ein großer Schwerpunkt liegt auch auf Naturschutz- und Wasserschutzmaßnahmen, die z. T. schon in der Vorperiode unter dem Haushaltskürzel t angeboten und jetzt deutlich ausgeweitet wurden. Als Besonderheit werden in Niedersachsen neben dem Leader-Ansatz auch unter ELER-Code 341 Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) und umsetzungsbegleitend das Regionalmanagement gefördert.

Tabelle 9: Überblick über die Maßnahmen und Teilmaßnahmen von Schwerpunkt 3 (Stand: Ende 2009)

ELER-Code	Maßnahme	Maßnahmen-code	Teilmaßnahme
311	Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	311	Maßnahmen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe zur Umnutzung ihrer Bausubstanz
		311	Maßnahmen der Kooperation von Land- und Forstwirten mit anderen Partnern im ländlichen Raum zur Einkommensdiversifizierung oder Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten
313	Förderung des Fremdenverkehrs	313	Vorarbeiten
		313	Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Tourismus
321	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung	321	Vorarbeiten
		321	Maßnahmen zur Schaffung, Erweiterung und Modernisierung von Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung
322	Dorferneuerung und -entwicklung	322	Maßnahmen der Dorferneuerung und -entwicklung sowie notwendige Vorarbeiten
		322	Maßnahmen zur Bewahrung und Entwicklung der Dörfer als Wohn-, Sozial- und Kulturraum und Stärkung des innerörtlichen Gemeinschaftslebens sowie zur Erhaltung des Orts- und Landschaftsbildes
323	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	323-A	Entwicklungsmaßnahmen für Natur und Landschaft
		323-B	Förderung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen zur naturnahen Gewässerentwicklung
		323-C	Informations- und Beratungsleistungen im Gewässerschutz einschließlich der Erstellung erforderlicher Beratungsgrundlagen
		323-C	Modell und Pilotprojekte zur Entwicklung und Demonstration Gewässer schonender Landwirtschaftssysteme und zur Entwicklung einer systematischen Effizienzkontrolle für Gewässerschutzmaßnahmen
		323-C	Erwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen zum Schutz von Trinkwassergewinnungen zur öffentlichen Wasserversorgung
331	Ausbildung und Information	323-D	Vorhaben zum Schutz und zur Erhaltung des kulturellen Erbes
		331-A	Transparenz schaffen - von der Ladentheke bis zum Erzeuger
341	Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltungen und Durchführung	331-B	Qualifizierung für Naturschutzmaßnahmen
		341-A	Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK)
		341-B	Regionalmanagement

Kursiv: Maßnahme wird auf der Grundlage der NRR angeboten.

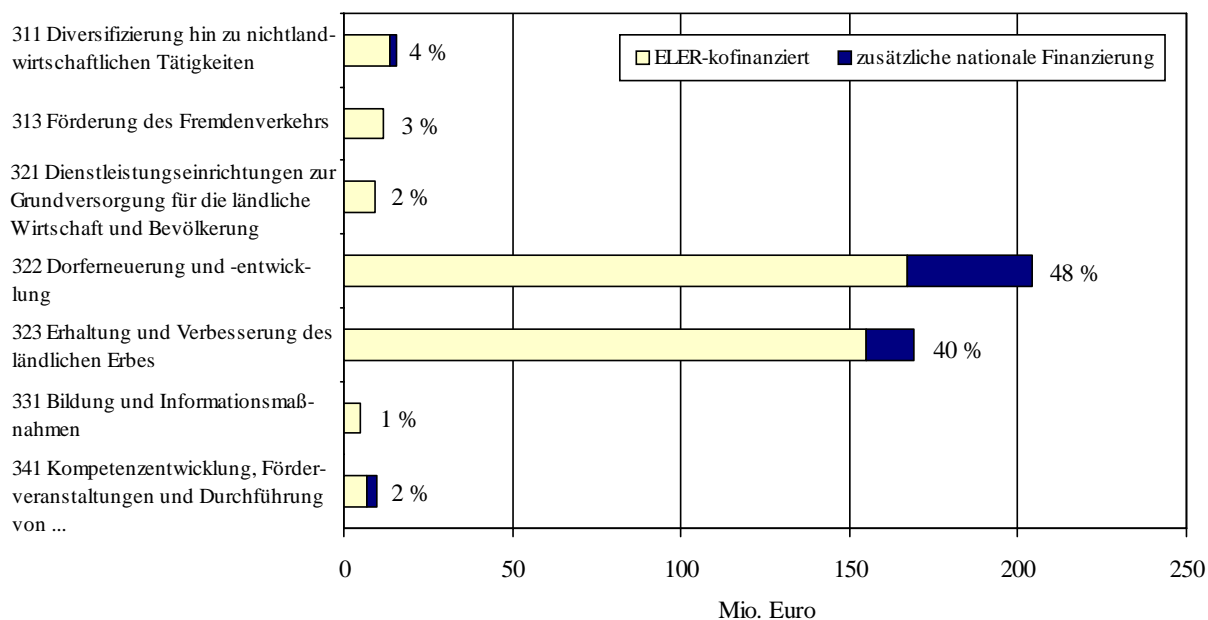
Blau hinterlegt: HC-Maßnahme.

Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

Finanziell hat die Dorferneuerung die größte Bedeutung im Schwerpunkt 3 von PROFIL. Rund die Hälfte der öffentlichen Mittel sind hier eingeplant. An zweiter Stelle stehen

Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes. Die anderen Maßnahmen verfügen nur über geringe Mittelansätze (siehe **Abbildung 12**).

Abbildung 12: Relative und absolute Verteilung der öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 auf die ELER-Codes des Schwerpunktes 3 2007 bis 2013

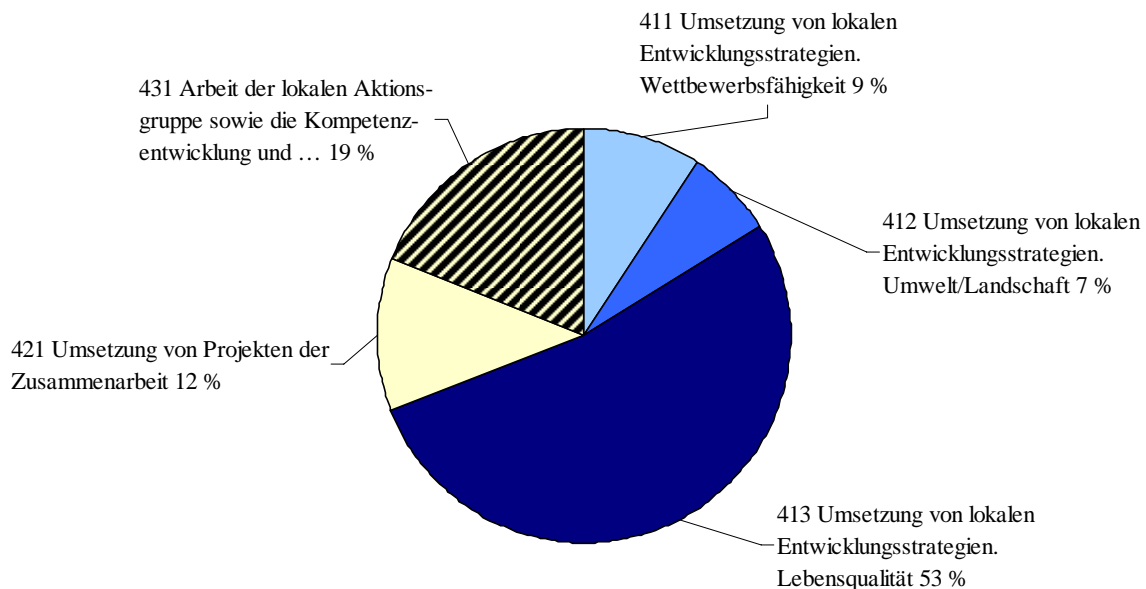


Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

Differenziert man die Maßnahmen des Schwerpunktes 3 nach ihren jeweiligen strategischen Ansätzen, so sind 69 % der Mittelansätze der integrierten ländlichen Entwicklung zuzuordnen, während 20 % der öffentlichen Mittel zur Umsetzung der WRRL und des Grundwasserschutzes eingeplant sind. 11 % der Mittel dienen vorrangig der Umsetzung von Naturschutzziele.

4.2.1.4 Schwerpunkt 4 „Leader“

Der Leader-Schwerpunkt ist insgesamt mit rund 100 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln ausgestattet. Das Gros der Mittel ist für den Schwerpunkt 3 eingeplant. Leader ist aber auch offen für die Maßnahmen der anderen Schwerpunkte. Ex ante lässt sich die Mittelverteilung auf die Leader-Schwerpunkte nur schwer vorausschätzen, da diese abhängig von den inhaltlichen Schwerpunkten der LAGen ist. Indikativ liegt, wie **Abbildung 13** zeigt, ein Schwerpunkt auf ELER-Code 413.

Abbildung 13: Finanzielle Gewichtung der Leader-Teilmaßnahmen 2007 bis 2013

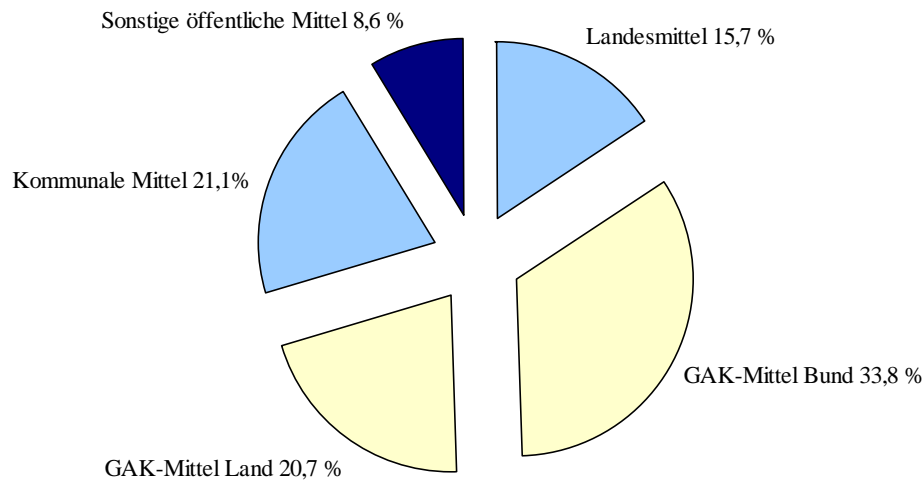
Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2009j).

In einem einmaligen Auswahlverfahren wurden 32 LAGen ausgewählt. Davon liegen 15 im Konvergenz- und 17 im Nichtkonvergenzgebiet. Anders als in anderen Bundesländern fördert Niedersachsen Leader nicht flächendeckend. Trotzdem gibt es eine nahezu flächendeckende Abdeckung des Landes mit regionalen Entwicklungsprozessen, da neben Leader auch noch das Regionalmanagement in ILEK-Regionen gefördert wird. In Bremen werden weder Leader noch ILEK-Prozesse umgesetzt.

4.2.1.5 Kofinanzierungsstruktur von *PROFIL*

Wie schon in Kapitel 3.2 beschrieben, wird die Lage der öffentlichen Haushalte wegen struktureller Defizite und der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise immer schwieriger. Die Kofinanzierungsstruktur von *PROFIL* ist schon jetzt auf viele Töpfe verteilt. Landes- und Bundesmittel sind hinsichtlich ihres relativen Anteils ungefähr gleichwertig, wenn man die Landesmittel aus den GAK-Mitteln²⁰ herausrechnet. 21 % der Kofinanzierungsmittel kommen derzeit von Kommunen (siehe **Abbildung 14**).

²⁰ Das Verhältnis liegt bei 60:40 und 70:30 (Bund/Land). Durch die Finanzplanung wurde ein Verhältnis von 62:38 festgesetzt.

Abbildung 14: Geplante Kofinanzierungsstruktur von *PROFIL*

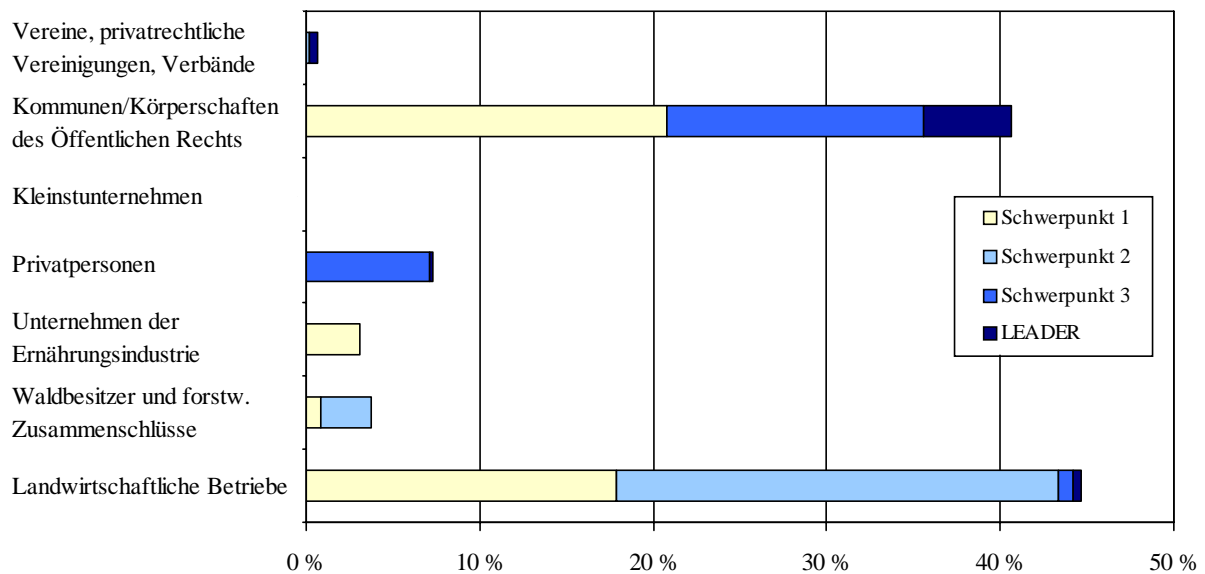
Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009g).

4.2.1.6 Zuwendungsempfänger von *PROFIL*

Abbildung 15 stellt die geschätzte Verteilung der öffentlichen Mittel auf mögliche Zuwendungsempfänger dar. Bei der Interpretation von **Abbildung 15** ist zu berücksichtigen, dass nur für einen Teil der *PROFIL*-Maßnahmen ein Zuwendungsempfänger existiert. Dies ist der Fall bei den sektoralen Maßnahmen in Schwerpunkt 1 oder den flächenbezogenen Maßnahmen des Schwerpunktes 2, wo landwirtschaftliche Betriebe oder - im Fall der Verarbeitungs- und Vermarktungsförderung - Betriebe der Ernährungsindustrie als Zuwendungsempfänger vorgesehen sind. Die anderen Maßnahmen sprechen viele unterschiedliche Zuwendungsempfänger an, so dass sich erst in der Umsetzung die tatsächliche Gewichtung ergeben wird.

Bei einer von uns geschätzten Zuteilung der geplanten öffentlichen Mittel auf Gruppen von Zuwendungsempfängern stehen landwirtschaftliche Betriebe mit knapp 45 % der öffentlichen Mittel an erster Stelle gefolgt von den Kommunen und Körperschaften des Öffentlichen Rechts mit knapp über 40 % der Mittel. Kommunen und Körperschaften des Öffentlichen Rechts haben v. a. im Schwerpunkt 1 (Flurbereinigung, Wegebau, Küstenschutz) und im Schwerpunkt 3 sowie bei der Umsetzung von Leader eine große Bedeutung.

Abbildung 15: Verteilung der geplanten öffentlichen Mittel¹⁾ 2007 bis 2013 nach Schwerpunkten auf Zuwendungsempfängergruppen (geschätzt)

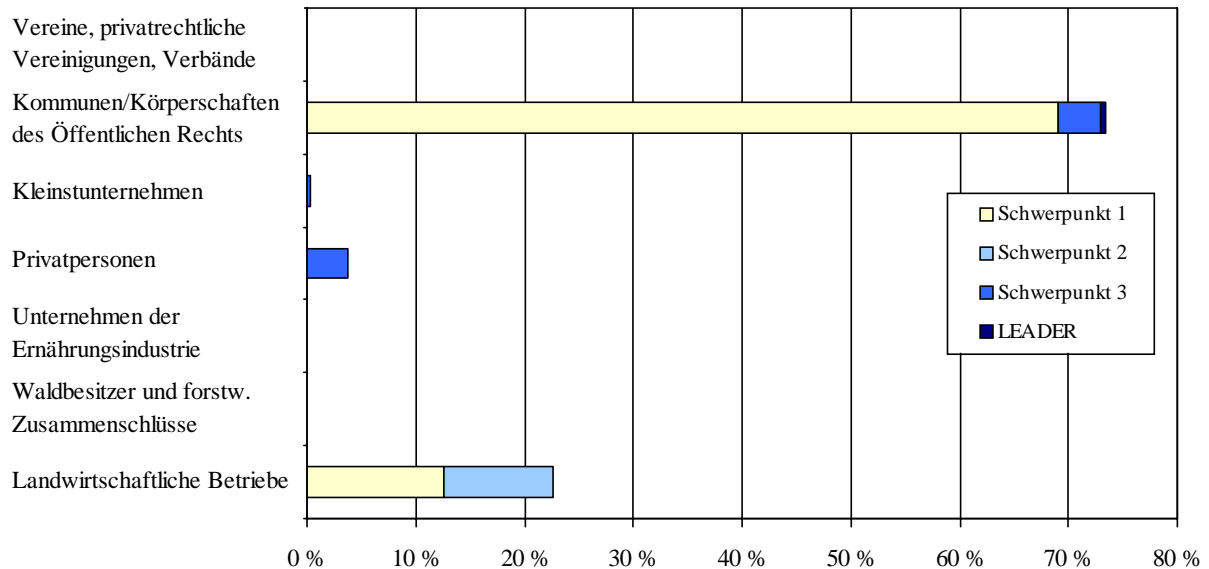


¹⁾ Ohne Artikel-89-Maßnahmen.

Quelle: Eigene Berechnung nach ML (2009j).

Bei den Artikel-89-Maßnahmen in Höhe von rund 680 Mio. Euro stehen Kommunen und Körperschaften des Öffentlichen Rechts im Fokus der Förderung. Dies ist v. a. auf den Küsten- und Hochwasserschutz im Binnenland zurückzuführen (siehe **Abbildung 16**).

Abbildung 16: Verteilung der geplanten öffentlichen Mittel 2007 bis 2013 für Artikel-89-Maßnahmen nach Schwerpunkten auf Zuwendungsempfängergruppen (geschätzt)



Quelle: Eigene Berechnung nach ML (2009j).

4.2.2 Programmänderungen

Im Vordergrund der ersten beiden Programmänderungen standen Detailregelungen bzw. Überarbeitungen des Indikatorensets und der Zielvorgaben. Mit der dritten Programmänderung wurden die zusätzlichen Mittel v. a. des HC und EKP programmiert (siehe **Tabelle 10**). In Zuge dieser Programmänderung wurden auch noch weitere Umschichtungen zwischen den Maßnahmen vorgenommen sowie neue Maßnahmen bzw. Teilmaßnahmen eingeführt (siehe **Abbildung 17**).

Tabelle 10: Überblick über die Programmänderungen bei *PROFIL*

Programmänderung	Einreichung	Genehmigung/ Annahme	Wesentliche Änderungen
1. Programmänderung	16.2.2009	14.12.2009	<ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitung der Indikatoren • Anpassung der Zielvorgaben, ergänzende Angaben zur Komplementarität mit der ersten Säule (Obst und Gemüse) • Einführung neuer Fördertatbestände bei einzelnen Maßnahmen im Vorgriff auf den HC-Änderungsantrag • Prämienanpassungen bei AUM
2. Programmänderung	03.04.2009	11.08.2009	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungen aufgrund der Nachberechnungen der obligatorischen Modulation (Aufstockung AFP), • Restzahlungen AZ für Bremen, Gebietskulisse ländlicher Raum Bremen
3. Programmänderung	10.07.2009	18.12.2009	<ul style="list-style-type: none"> • HC-Änderungen • Mittelaufstockung AFP • Aufnahme Teilmaßnahme Beregnung • Einführung der AZ • Änderungen bei ELER-Code 214 (neue Teilmaßnahmen) • Einführung investiver Maßnahmen des Arten- und Biotopschutzes unter ELER-Code 216 • Mittelaufstockung bei 323-B • Mittelaufstockung bei Leader
4. Programmänderung	05.07.2010		<ul style="list-style-type: none"> • Enthält v. a. die Änderungen, die schon im Antrag der 3. Programmänderung enthalten waren, aber wegen Arbeitsüberlastung der KOM-Dienststellen vom HC-Antrag getrennt werden mussten

Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2010a; 2010g).

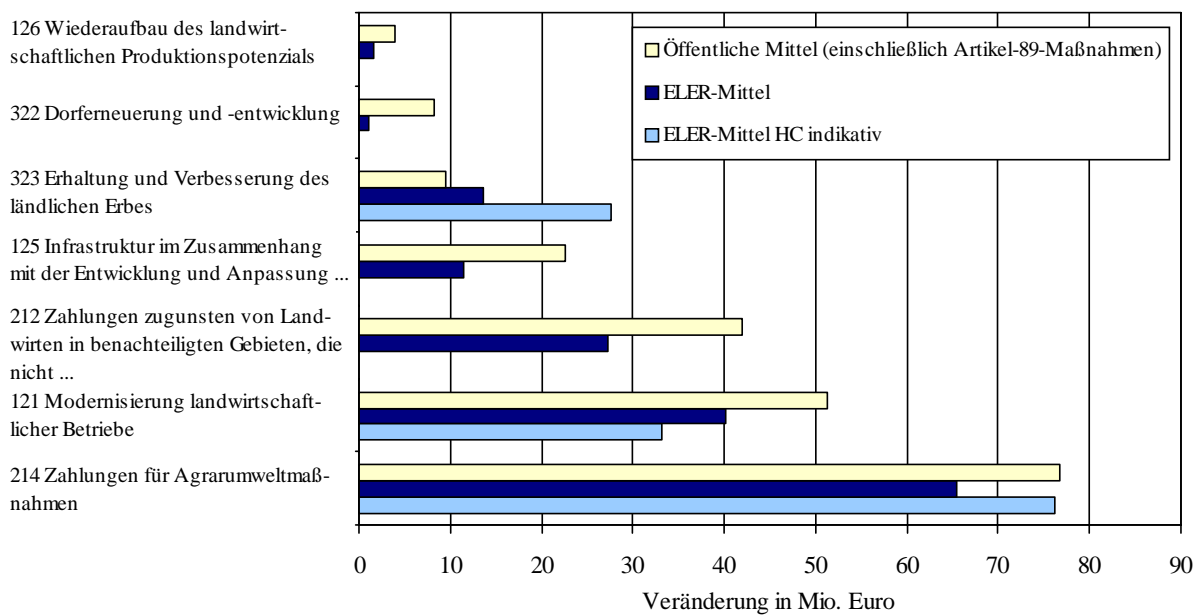
Da die Programmänderungen nicht nur die großen strategischen Linien von *PROFIL* betreffen, sondern sich zum größten Teil auf die operative Ebene beziehen, sind die Anträge sehr umfangreich und aufwändig zu bearbeiten. Dies führt teilweise zu einem erheblichen Verzug in der Annahme oder Genehmigung von Anträgen.

4.2.3 Änderungen im indikativen Finanzplan

Durch die Möglichkeiten, die zusätzlichen HC-Mittel auf bestehende Maßnahmen anzurechnen und die so frei werdenden Mittel anderweitig einzusetzen, und unter Berücksichtigung der sonstigen Mittelzuflüsse ergeben sich die in **Abbildung 17** auszugsweise dargestellten Veränderungen gegenüber dem Ursprungsprogramm des Jahres 2007. Zeitgleich wurden auch Anpassungen an Mehr- oder Minderbedarfe in einzelnen Maßnahmen oder

Teilmaßnahmen vorgenommen. Insgesamt machen die Mittelaufstockungen bei den ELER-Mitteln ein Plus von rund 20 % gegenüber dem ursprünglichen Planansatz aus. Aufgrund der erhöhten Kofinanzierungssätze bei den HC-Maßnahmen ist bei den öffentlichen Mitteln nur ein Plus von neun Prozent zu verzeichnen.

Abbildung 17: Veränderung der geplanten ELER- und öffentlichen Mittel für ausgewählte Maßnahmen zwischen dem Planungsstand 2007 und dem Planungsstand 2009 in Mio. Euro



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2007; 2009j).

Abbildung 17 stellt für die Maßnahmen mit den größten Mittelzuwächsen die indikativen Zuweisungen der HC-Mittel (hellblau) und die sich aufgrund der Mittelumschichtungen ergebenden Zuwächse an ELER-Mitteln (dunkelblau) und öffentlichen Mitteln (beige) dar. Deutlich wird, dass die Maßnahmen, die absolut die größten Mittelaufstockungen erfuhren, sich ausschließlich an landwirtschaftliche Betriebe richten. Maßnahmen, deren Mittelansätze abgesenkt wurden, sind die Technische Hilfe mit rund 10 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln, die Diversifizierung, die Verarbeitungs- und Vermarktungsförderung und die Dienstleistungseinrichtungen. Insgesamt summieren sich die Mittelabstockungen auf rund 25 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln (17 Mio. Euro ELER-Mittel), die in andere Maßnahmen umgeschichtet wurden.

4.3 Finanzielle Umsetzung²¹

Der Umsetzungsstand wird ausführlich in den jährlich vorzulegenden Jahresberichten beschrieben. An dieser Stelle erfolgt lediglich ein Überblick über den Mittelabfluss nach ELER-Codes auf der Grundlage der HC-Änderung und den vierteljährlichen Ausgabenerklärungen. Berücksichtigt wurden darüber hinaus - allerdings nur bei der Betrachtung der räumlichen Mittelverteilung - die Diversifizierungsbeihilfen im Rahmen der Zuckermarktordnung und die im Rahmen der fakultativen Modulation und LEADER+ getätigten Restzahlungen in den Jahren 2007 und 2008. Auf Grundlage der Zahlstellendaten (ohne LEADER+) wurde ergänzend eine Analyse der Inanspruchnahme nach Gruppen von Zuwendungsempfängern vorgenommen.

4.3.1 Finanzielle Umsetzung nach ELER-Codes

Für das gesamte *PROFIL* (ohne Artikel-89-Maßnahmen) liegt der Umsetzungsstand der öffentlichen Mittel zum 31.12.2009 bei 27 % (siehe **Tabelle 11**). Im Konvergenzgebiet ist die Ausgabendynamik mit 33 % etwas höher als im Nichtkonvergenzgebiet (26 %) ²²

Idealtypisch, aber realitätsfern, müsste der Umsetzungsstand eines siebenjährigen Programms deutlich höher liegen, wenn man von einer gleichmäßigen Umsetzung ausgeht. Allerdings wurde *PROFIL* später genehmigt als geplant. In einzelnen Maßnahmenbereichen kam es zu Verzögerungen in der Richtlinienfertigstellung (ML, 2009e). Darüber hinaus hängt der Umfang der verausgabten Mittel in den Anfangsjahren in starkem Maße von

²¹ Die Darstellung der finanziellen Umsetzung erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage der Angaben der Zahlstelle, d. h. nur für die EU-kofinanzierten Maßnahmen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die zentrale Datenbank, die eingerichtet werden und auch rein nationale Maßnahmen umfassen soll, für die Halbzeitbewertung noch nicht verfügbar war. Die Evaluation erstreckt sich auf das Gesamtprogramm unabhängig ob mit oder ohne ELER-Kofinanzierung. Aus Sicht der Evaluation ist dies sachgerecht. Nicht bedacht wurde aber, dass die Erfassung der Finanzströme durch die Zahlstelle einer anderen Systematik folgt verglichen mit der Landeshaushaltsordnung. Beide Systeme kompatibel zu machen, ist neben der Erfüllung der Monitoring-Vorgaben des CMEF eine wesentliche Herausforderung in der Schaffung einer zentralen Datenbank. Darüber hinaus sind weitere Finanzierungsquellen zu berücksichtigen: zum einen die Restzahlungen aus der fakultativen Modulation und LEADER+, zum anderen die zusätzlich zur Verfügung stehenden Diversifizierungsbeihilfen im Rahmen der Zuckermarktordnung. Nur für die EU-kofinanzierten Maßnahmen liegt mit der X-Liste der Zahlstelle eine Datenbank vor, die tiefer gehende Auswertungen zum finanziellen Vollzug ermöglicht. Rein national finanzierte Artikel-89-Maßnahmen werden zwar in den Outputtabellen des CMEF erfasst (allerdings erst zum 30.6. eines jeden Jahres für die zurückliegenden Kalenderjahre). Diese Angaben beruhen allerdings auf vielfältigen Vorkonzepten mit unterschiedlichsten Datenbankstrukturen, die zentral nicht auswertbar sind, und daher nur bei den Maßnahmenbewertungen berücksichtigt werden.

²² Die Ausgaben 16.10. bis 31.12.2006 wurden proportional zu dem Verhältnis der ab 2007 getätigten Zahlungen beiden Gebietskategorien zugeteilt.

den Altverpflichtungen, dem erforderlichen planerischen Vorlauf und bei investiven Maßnahmen von der Zeitdauer bis zum Schlussverwendungsnachweis ab.

Der Umsetzungsstand liegt im Schwerpunkt 1 deutlich über dem Umsetzungsstand der anderen Schwerpunkte. Besonders der geringe Umsetzungsstand der Schwerpunkt-2-Maßnahmen fällt auf, da er in den anderen Bundesländern wesentlich höher liegt. Im Agrarumweltbereich wurden bislang nur 21 % der eingeplanten Mittel ausgezahlt, was auf eine Umstellung der Auszahlungstermine von Oktober auf Januar/Februar zurückzuführen ist. Dadurch fehlt im Betrachtungszeitraum IV. Quartal 2006 bis IV. Quartal 2009 eine komplette Auszahlungstranche. Der hohe Mittelabfluss der Agrarinvestitionsförderung (ELER-Code 121) mit 46 % des vorgesehenen Plafonds (gegenüber den ursprünglichen Planungen deutlich aufgestockt) ist augenfällig und ein Indiz u. a. für die hohe Attraktivität der Förderkonditionen und die hohe Investitionsneigung in der Landwirtschaft,

Die mit der Förderperiode 2007 bis 2013 neu eingeführte n+2-Regelung schafft eine gewisse Entlastung im Umsetzungsdruck v. a. für die investiven Maßnahmen der Schwerpunktes 3 und 4. Dies wird allerdings schon von Anfang an dadurch kontakariert, dass das Programm Ende erst 2007 genehmigt wurde, aber für 2007 schon Mittelansätze im Finanzplan stehen. Allerdings konnte mit der Programmgenehmigung 2007 gemäß Artikel 25 (VO (EG) Nr. 1290/2005) ein Vorschuss in Höhe von sieben Prozent gezogen werden. Diese Möglichkeit hat einen etwas größeren Spielraum in der Umsetzungsdynamik eröffnet.

Um die Möglichkeit zu haben, auf Umsetzungsprobleme rechtzeitig mit finanziellen Umschichtungen zwischen Maßnahmen reagieren zu können, wird seitens der Programmkoordination im Rahmen der Finanzsteuerung die n+2-Regelung restriktiver gehandhabt (interne n+1-Regelung) (ML, 2009e). Bezogen auf das Anrechnungsjahr 2008 wurde im Jahr 2010 diese interne Regelung auf n+1 ½ ausgeweitet. Die EU-KOM geht sogar noch darüber hinaus und verweist darauf, dass die n+2-Regelung eine Risikoversicherung ist und strategische Spielräume bietet, dass das Jährlichkeitsprinzip bei der Mittelverausgabung dennoch weitestgehend angestrebt werden sollte (BMELV, 2008a). Bei einzelnen Maßnahmen, die 2007 und 2008 kaum Projekte akquirieren konnten - wegen mangelnder Nachfrage oder fehlender Kofinanzierung durch Kommunen - wurde schon durch Absenkung der Mittelansätze reagiert.

Neben den EU-kofinanzierten Maßnahmen von *PROFIL* wurden auch Artikel-89-Maßnahmen in den ersten drei Programmjahren umgesetzt (siehe **Tabelle 12**). Die zusätzlich getätigten Ausgaben bewegen sich fast in der Größenordnung wie die Ausgaben mit EU-Mitteln. V. a. in den Schwerpunkten 1 und 3 kommt den rein national finanzierten Maßnahmen eine große Bedeutung zu.

Tabelle 11: Umsetzungsstand zum 31.12.2009 nach ELER-Codes für PROFIL

Schwerpunkt/Maßnahme	Geplante öffentliche Ausgaben gesamt 2007 bis 2013 (1)	Getätigte öffentliche Ausgaben bis zum 31.12.2009 (1)	Umsetzungsstand in %
Schwerpunkt 1			
111 Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen	6.553.742	1.412.951	22
114 Inanspruchnahme von Beratungsdiensten	16.640.045	3.562.626	21
121 Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	268.051.317	124.331.580	46
123 Erhöhung der Wertschöpfung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse	50.083.467	17.539.258	35
125 Infrastruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung der Land und Forstwirtschaft	246.877.760	84.465.385	34
126 Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials	102.599.079	35.756.612	35
Schwerpunkt 1	690.805.410	267.068.413	39
212 Zahlungen zugunsten von Landwirten in benachteiligten Gebieten, die nicht Berggebiete sind	42.000.000	0	0
213 Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und Zahlungen im Zusammenhang mit der Richtlinie 2000/60/EG	12.824.596	4.493.763	35
214 Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	349.967.310	74.249.144	21
216 Nichtproduktive Investitionen	2.466.667	0	0
221 Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen	9.650.000	2.000.210	21
223 Erstaufforstung nichtlandwirtschaftlicher Flächen	350.000	132.810	38
225 Zahlungen für Waldumweltmaßnahmen	1.800.118	12.081	1
226 Wiederaufbau des forstwirtschaftlichen Potenzials und Einführung vorbeugender Aktionen	1.340.909	0	0
227 Nichtproduktive Investitionen	44.264.205	19.431.319	44
Schwerpunkt 2	464.663.805	100.319.327	22
311 Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	13.680.703	540.445	4
313 Förderung des Fremdenverkehrs	11.555.078	1.299.380	11
321 Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung	9.245.813	444.704	5
322 Dorferneuerung und -entwicklung	167.091.252	38.806.690	23
323 Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	154.786.598	26.778.996	17
331 Bildung und Informationsmaßnahmen	5.104.167	805.403	16
341 Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltungen und Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien	6.823.684	936.691	14
Schwerpunkt 3	368.287.295	69.612.309	19
411 Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien. Wettbewerbsfähigkeit	9.140.049	0	0
412 Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien. Umwelt/ Landschaft	6.875.000	0	0
413 Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien. Lebensqualität	52.719.114	11.465.943	22
421 Umsetzung von Projekten der Zusammenarbeit	11.740.093	0	0
431 Arbeit der lokalen Aktionsgruppe sowie die Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung in dem betreffenden gebiet gemäß Artikel 59	18.843.927	35.188	0
Leader (2)	99.318.183	11.501.130	12
511 Technische Hilfe	23.578.784	1.654.687	7
Technische Hilfe	23.578.784	1.654.687	7
Gesamt	1.646.653.477	450.155.865	27

(1) Ohne Artikel-89-Maßnahmen.

(2) Aufgrund von buchungstechnischen Problemen und SFC-Einstellungen falsche Zuordnung zu den Leader-Codes.

Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009j), SFC.

Tabelle 12: Getätigte öffentliche Ausgaben für Artikel-89-Maßnahmen bis 31.12.2009

Schwerpunkt/Maßnahme	Getätigte öffentliche Ausgaben bis 31.12.2009
Schwerpunkt 1	
121 Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe	161.278.973
125 Infrastruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung und Anpassung ...	60.488.880
126 Wiederaufbau des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials	55.396.889
Schwerpunkt 1	277.164.742
213 Zahlungen im Rahmen von Natura 2000	237.391
221 Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen	3.979.648
227 Nichtproduktive Investitionen	4.603.306
Schwerpunkt 2	8.820.345
311 Diversifizierung hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten	853.045
321 Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung	4.082.126
322 Dorferneuerung und -entwicklung	93.432.809
323 Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes	4.052.592
331 Bildung und Informationsmaßnahmen	21.918
341 Kompetenzentwicklung, Förderveranstaltungen und Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien	1.149.913
Schwerpunkt 3	103.592.403
Gesamt	389.577.490

Quelle: Eigene Darstellung nach ML (2010g).

Bis zum 31.12.2009 wurden noch Restzahlungen in Höhe von 13,6 Mio. Euro für fakultative Modulationsmaßnahmen und 26,9 Mio. Euro für LEADER+ getätigt. Des Weiteren begann die Umsetzung der Zuckerdiversifizierungsbeihilfe. Das Bewilligungsfenster war vom 15.12.2008 bis zum 16.02.2009 für die Maßnahme Wegebau geöffnet. Bewilligt wurden 6,2 Mio. Euro, ausbezahlt wurden bis zum 30.09.2009 insgesamt 5,85 Mio. Euro (ML, 2010h). Das Bewilligungsfenster wird 2010 ein weiteres Mal für beide Maßnahmen geöffnet, bis der vorgesehene Bewilligungsrahmen ausgeschöpft ist. Die endgültigen Auszahlungen sind spätestens bis zum 30. September 2011 zu leisten²³.

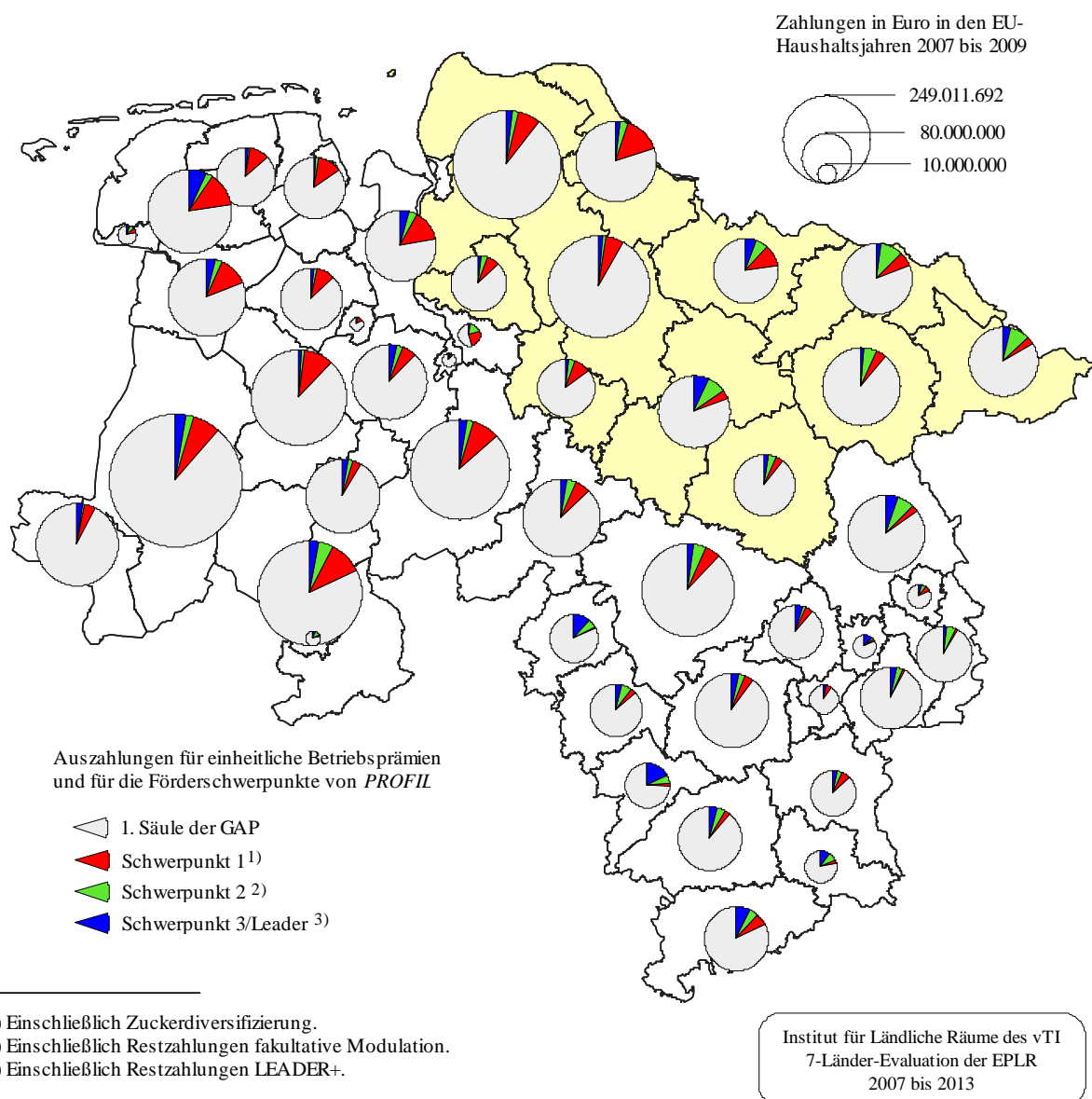
²³ Nach einer Änderung der zugrundeliegenden Verordnung können die Auszahlungen noch bis 2012 geleistet werden.

4.3.2 Räumliche Mittelverteilung

4.3.2.1 Absolute Mittelverteilung der 1. und 2. Säule der GAP

In den EU-Haushaltsjahren 2007 bis 2009 wurden ungefähr 3,1 Mrd. Euro an EU-Mitteln und der für die 2. Säule erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierung ausgezahlt. Die absolute Verteilung der Mittel stellt **Karte 2** dar.

Karte 2: Zahlungen in der 1. und 2. Säule der GAP in den EU-Haushaltsjahren 2007 bis 2009



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2009k; 2010e; 2010f).

Auf die 1. Säule der GAP - berücksichtigt wurden nur die gekoppelten und entkoppelten Direktzahlungen - entfielen in Niedersachsen und Bremen rund 86 % der Zahlungen. Der Anteil der 1. Säule ist in Bremen mit unter 70 % relativ niedrig. Von den niedersächsischen Landkreisen weist Holzminden mit rund 75 % den geringsten Anteil an 1.-Säule-Zahlungen auf. Mit 93 % hat die Grafschaft Bentheim den höchsten Anteil der 1. Säule an den Gesamtzahlungen.

In der absoluten Betrachtung entfallen die meisten Mittel der 1. Säule auf die Landkreise Emsland, Cuxhaven und Rotenburg-Wümme. Diese drei Landkreise vereinen rund 19 % der Mittel der 1. Säule auf sich.

Die 2. Säule der GAP spielt im ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems eine größere Rolle. In die Landkreise Osnabrück, Emsland und Aurich fließen absolut die meisten Mittel (rund 18 % der gesamten 2.-Säule-Mittel). In den südniedersächsischen Raum fließen, wie auch schon in der zurückliegenden Förderperiode, in absoluten Größen deutlich weniger Mittel.

Karte 3 stellt nur die Maßnahmen der 2. Säule der GAP in Niedersachsen und Bremen dar. Fokussiert wird auf die fünf Maßnahmen, die in den EU-Haushaltsjahren 2007 bis 2009 die meisten öffentlichen Mittel erhalten haben. Dazu gehören

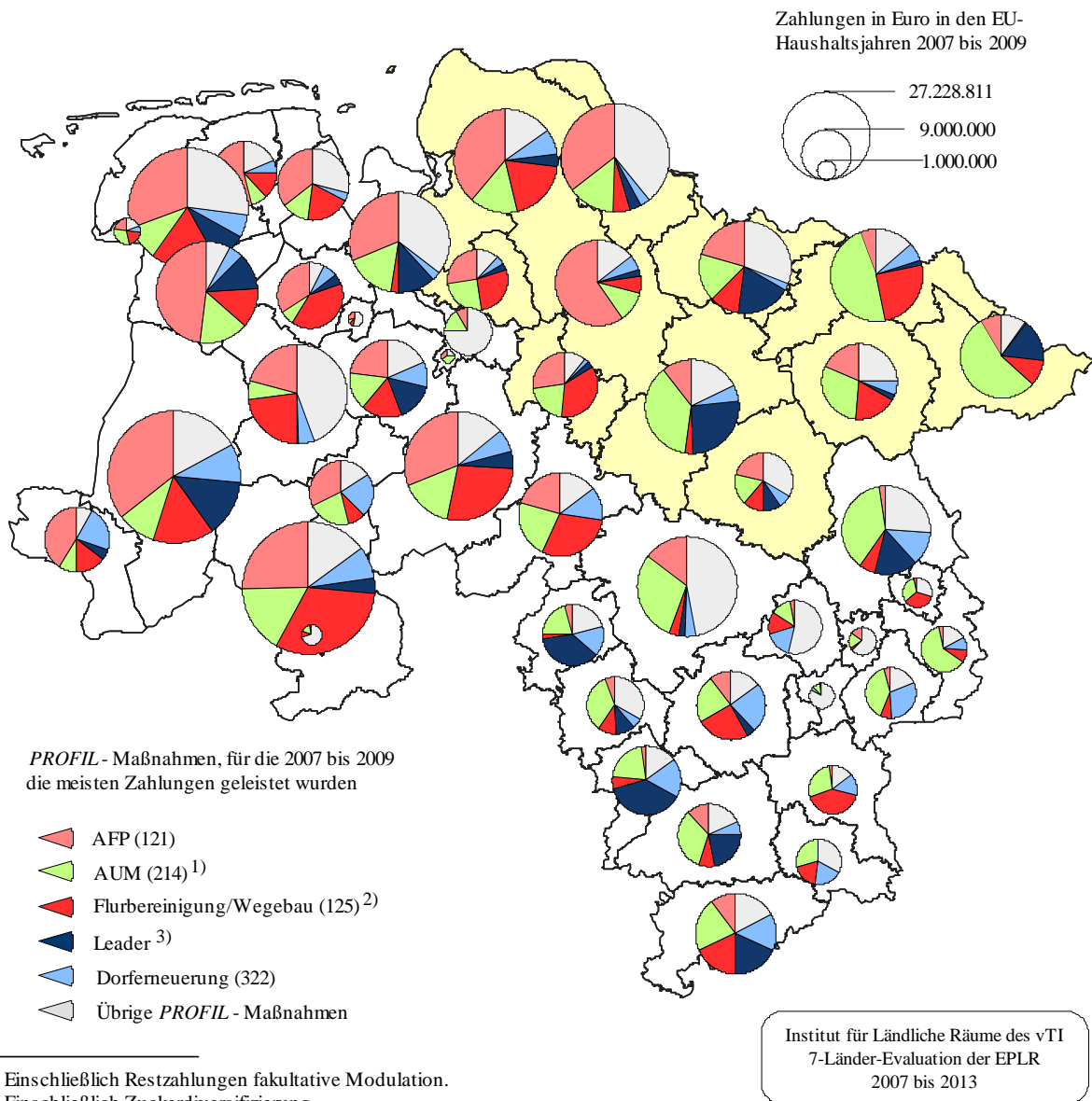
- das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (ELER-Code 121) mit 24 %,
- Agrarumweltmaßnahmen (ELER-Code 214) mit 20 %,
- Flurbereinigung/Wegebau (ELER-Code 125) mit 16 %,
- Leader (einschließlich LEADER+) mit 8 % und die
- Dorferneuerung mit ebenfalls 8 % der öffentlichen Mittel.

Auf diese Maßnahmen, die mit Ausnahme von Leader zu den „klassischen“ Maßnahmen der ländlichen Entwicklung gehören, entfallen insgesamt 78 % der bislang ausgezahlten Mittel.

Die meisten Mittel für das AFP wurden im Zeitraum 2007 bis 2009 im Emsland ausgezahlt, gefolgt von den Landkreisen Leer und Rotenburg/Wümme. Die relative Bedeutung des AFP an der ländlichen Entwicklungsförderung ist mit rund 40 % Mittelanteil in der Grafschaft Bentheim und dem Landkreis Cuxhaven am höchsten. In den Landkreisen Osterode am Harz, Gifhorn, Goslar und Holzminden sowie der Stadt Salzgitter hatte das AFP in diesem Zeitraum einen Anteil von unter drei Prozent der Mittel der 2. Säule der GAP. Deutlich wird hier die starke Konzentration des AFP auf die Zentren der Milchviehhaltung.

Die meisten Mittel für Agrarumweltmaßnahmen sind in die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg geflossen. Auf diese drei Landkreise entfielen insgesamt ein Fünftel der öffentlichen Mittel. Die relative Bedeutung der Agrarumweltmaßnahmen an der gesamten ländlichen Entwicklungsförderung liegt in Helmstedt mit 61 % der Mittel am höchsten, gefolgt von Lüchow-Dannenberg mit 55 % und Lüneburg mit 47 %. Wittmund weist mit rund acht Prozent der Mittel den geringsten Anteil an Agrarumweltmaßnahmen auf.

Karte 3: Ländliche Entwicklungsmaßnahmen der 2. Säule, für die 2007 bis 2009 die meisten öffentlichen Mittel ausgezahlt wurden



1) Einschließlich Restzahlungen fakultative Modulation.

2) Einschließlich Zuckerdiversifizierung.

3) Einschließlich Restzahlungen LEADER+.

Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2009k; 2010e; 2010f).

Flurbereinigung und Wegebaumaßnahmen haben ihren finanziellen Schwerpunkt in den Landkreisen Osnabrück, Diepholz und Emsland, also im Westen des Landes Niedersachsen. Rund 26 % der Mittel fließen in diese drei Landkreise. Die relative Bedeutung der Infrastrukturmaßnahmen unter ELER-Code 125 ist in den Landkreisen Goslar, Ammerland und Verden mit um die 40 % der ausgezahlten öffentlichen Mittel am höchsten. Die räumlichen Schwerpunkte sind in starkem Maße von den jeweiligen Verfahrensständen der Flurbereinigung abhängig.

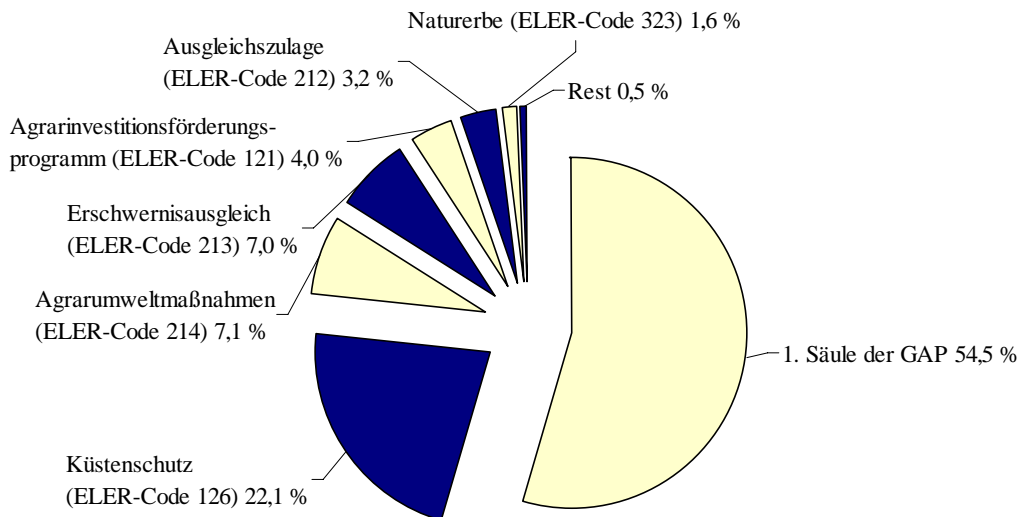
Leader verfolgt einen regionalisierten Ansatz. In der Vorperiode gab es 17 Lokale Aktionsgruppen, in der laufenden 32 LAGn. Daher gibt es Landkreise, in denen keine Auszahlungen für Leader getätigt wurden. Die meisten Mittel wurden 2007 bis 2009 im Emsland ausgezahlt, gefolgt von Holzminden und Harburg. Die relative Bedeutung von Leader im Kontext der ländlichen Entwicklung ist mit 38 % der öffentlichen Mittel in Holzminden am höchsten.

Die Dorferneuerung wird flächendeckend im Dorferneuerungsprogramm in Niedersachsen angeboten. Ein finanzieller Schwerpunkt liegt im Emsland, gefolgt von Osnabrück und Hildesheim. Auf diese drei Landkreise entfallen rund 19 % der Mittel. In den Landkreisen Wolfenbüttel und Hildesheim hat die Dorferneuerung prozentual den größten Anteil (31 % resp. 24 %).

Bremen und Bremerhaven haben im Zeitraum 2007 bis 2009 rund 8 Mio. Euro an öffentlichen Mitteln eingesetzt, davon etwas mehr als die Hälfte aus der 1. Säule der GAP (siehe **Abbildung 18**). Der Schwerpunkt der Interventionen lag in der Stadt Bremen.

Die Mittel der 2. Säule verteilen sich, mit Ausnahme des Küstenschutzes und des investiven Natur- und Wasserschutzes, ausschließlich auf sektorale Maßnahmen. Im Vordergrund stehen flächenbezogene Maßnahmen (Agrarumweltmaßnahmen und der Erschwernisausgleich).

Abbildung 18: Relative Verteilung der öffentlichen Mittel der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009 in Bremen und Bremerhaven auf die 1. Säule der GAP und Maßnahmen der 2. Säule



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2009k; 2010e; 2010f).

4.2.2.2 Errechnete jahresdurchschnittliche Förderintensitäten

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der Landkreise, Bevölkerungszahlen, Betriebsstrukturen und Landnutzungsformen ist die räumliche Verteilung der absoluten Mittel der 1. und 2. Säule der GAP nur von begrenzter Aussagefähigkeit. Daher werden im Folgenden die räumlichen Zahlungsströme mit verschiedenen statistischen Kenngrößen verknüpft, um jahresdurchschnittliche Förderintensitäten zu berechnen.

Sektorale Förderintensitäten

Die Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe beinhalten sowohl die landwirtschaftlichen Zahlungen der 1. Säule (entkoppelte und gekoppelte Direktzahlungen) als auch die Zahlungen der 2. Säule, die sich unmittelbar an Landwirte richten (ELER-Codes 111, 114, 121, 212, 213, 214, 221 und 311)²⁴.

²⁴ Sicher gibt es noch andere Maßnahmen, bei denen Landwirte Zuwendungsempfänger sein können. Und im Fall der Erstaufforstung oder der Berufsbildung sind auch nicht immer Landwirte zwingend Zuwendungsempfänger. Mit den uns zur Verfügung stehenden Daten war aber keine differenzierte Analyse möglich.

Die landwirtschaftsbezogenen Zahlungen der 1. Säule liegen in Niedersachsen/Bremen im Durchschnitt bei 344 Euro je ha LF. Die Zahlungen je ha LF variieren in Niedersachsen sehr stark, da das (noch) gekoppelte Prämienvolumen sich räumlich unterschiedlich verteilt. Im Landkreis Osterode liegen die durchschnittlichen 1.-Säule-Zahlungen mit 262 Euro je ha LF am niedrigsten, während in den Grafschaft Bentheim im Schnitt 517 Euro je ha LF gezahlt wurden. Zum Vergleich: Der regionale Zielwert 2013 soll für die Region Niedersachsen/Bremen bei 352,38 Euro je ha LF liegen (BMELV, 2010c). In den nächsten Jahren wird es aufgrund der „Abschmelzung“ zu deutlichen regionalen Umverteilungen kommen. **Karte 4** zeigt eine höhere flächenbezogene Förderintensität im Westen Niedersachsen sowie in den ackerbaulich geprägten Standorten im Osten des Landes. In Bremen und Bremerhaven liegen die durchschnittlichen Zahlungen je ha LF mit unter 200 Euro sehr niedrig. Dies mag aber auch an der gewählten Bezugsgröße LF aus der Agrarstatistik liegen, die in einem Stadtstaat schwierig zu interpretieren ist (Betriebs-sitz- und nicht Belegenheitsprinzip)²⁵:

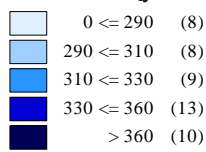
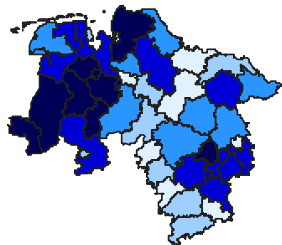
Bezieht man die 1.-Säule-Zahlungen auf die Zahl der Betriebe, so ergibt sich im Vergleich zur LF ein anderes räumliches Verteilungsmuster. Hier fallen die Zahlungen in den östlichen Landkreisen Niedersachsens besonders hoch aus, denn sie verfügen über flächenstarke Betriebe. Im Schnitt wurden in Niedersachsen rund 18.000 Euro je Betrieb gezahlt. An der Spitze standen die landwirtschaftlichen Betriebe in Wolfenbüttel gefolgt von Salzgitter-Stadt mit durchschnittlich um die 34.000 Euro. Im Landkreis Osnabrück wurden im gleichen Zeitraum nur rund 12.400 Euro je Betrieb ausgezahlt. Ein vergleichbares Bild ergibt sich bei Betrachtung der Zahlungen je Arbeitskrafteinheit (AKE). Hier lag die Durchschnittszahlung bei rund 12.000 Euro je AKE, mit 5.400 Euro im Ammerland als niedrigstem und 24.500 Euro je AKE in Salzgitter-Stadt als höchstem Wert.

²⁵

In der Agrarstatistik - im Gegensatz zum **Belegenheitsprinzip** in der Flächenstatistik - gilt das Betriebs-sitzprinzip, nach dem die von einem Betrieb bewirtschafteten Flächen unabhängig von ihrer administrativen Zuordnung erhoben werden. Es ist also nicht erkennbar, ob die von einem Betrieb angegebene Fläche in der eigenen Gemeinde oder in einer anderen administrativen Einheit, z. B. in Niedersachsen, bewirtschaftet wird. Gerade in einem Stadtstaat wie Bremen sind daher die Flächenangaben aus der Agrarstatistik schwierig zu interpretieren.

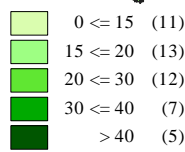
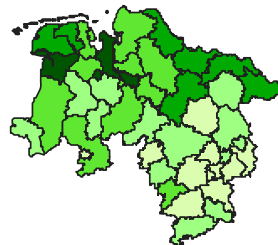
Karte 4: Errechnete landwirtschaftsbezogene Förderintensitäten der 1. und 2. Säule der GAP (Durchschnitt der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009)

Zahlungen aus der 1. Säule der GAP ...

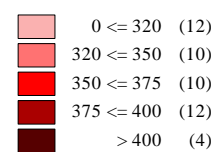
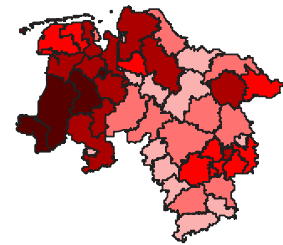


Landwirtschaftsbezogene Zahlungen der 2. Säule der GAP ...

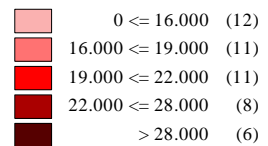
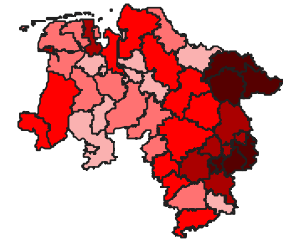
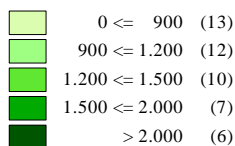
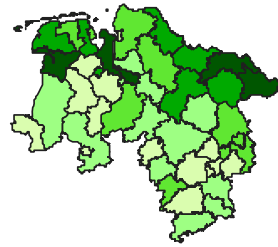
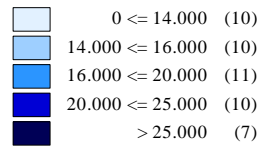
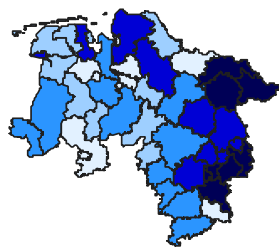
... in Euro je ha LF und Jahr (Anzahl Kreise)



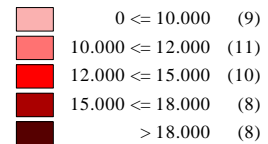
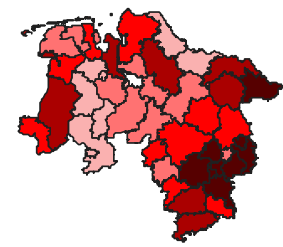
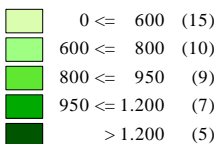
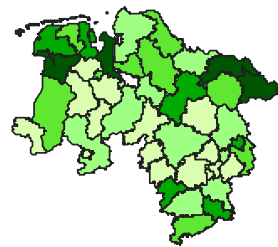
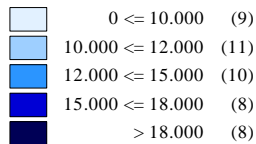
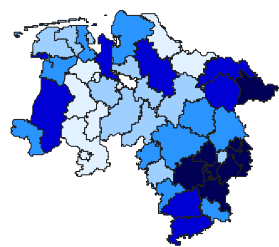
Gesamtbetrachtung der Zahlungen ...



... in Euro je Betrieb und Jahr (Anzahl Kreise)



... in Euro je AKE und Jahr (Anzahl Kreise)



Institut für Ländliche Räume des vTI
7-Länder-Evaluation der EPLR
2007 bis 2013

Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2010e; 2010f).

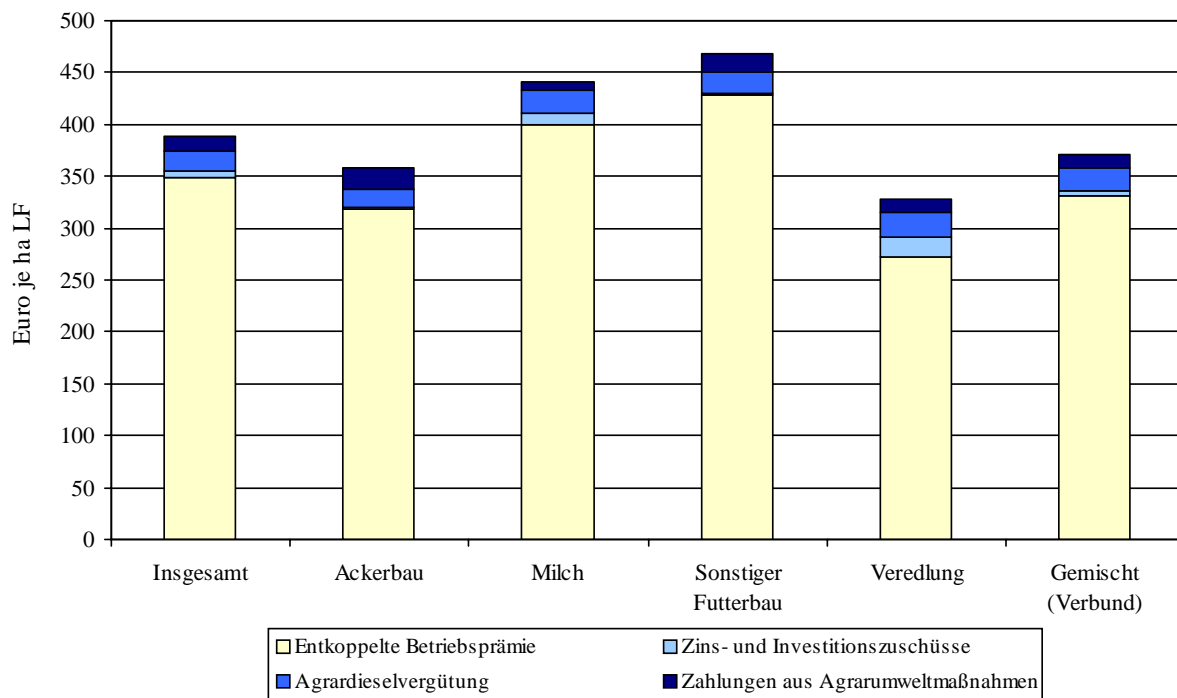
Die landwirtschaftsbezogenen Zahlungen der 2. Säule je ha LF liegen mit durchschnittlich 24 Euro je ha LF weit unter den Durchschnittsbeträgen der 1. Säule der GAP. Die höchste Förderintensität je ha LF weist der Landkreis Leer mit 51 Euro auf²⁶. Am unteren Ende liegt Salzgitter-Stadt mit drei Euro je ha LF aus der 2. Säule. Die flächenbezogene sektorale Förderintensität liegt im Norden des Landes Niedersachsen höher als in den stärker ackerbaulich geprägten östlichen und südöstlichen Landesteilen. Je Betrieb fallen ungefähr 1.200 Euro an 2.-Säule-Zahlungen je Jahr an, je AKE ungefähr 800 Euro. Im Landkreis Lüneburg liegen die betrieblichen Zahlungen mit rund 3.000 Euro am höchsten. Je AKE liegt der Landkreis Wesermarsch mit 2.500 Euro an der Spitze.

Aufgrund der relativ geringen Zahlungen der 2. Säule im Vergleich zur 1. Säule verändert auch eine gemeinsame Betrachtung der 1. und 2. Säule das räumliche Verteilungsmuster nicht, das schon bei der 1. Säule diskutiert wurde.

Auswertungen des Testbetriebsnetzes für landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe kommen zu durchschnittlichen Summen aus Direktzahlungen und Zuschüssen von 408 Euro je ha LF für das Wirtschaftsjahr 2008/2009 (siehe **Abbildung 19**). Die eigenen Auswertungen aufgrund der Zahlstellendaten ergaben Durchschnittszahlungen der 1. und 2. Säule von 368 Euro je ha. Rechnet man die nicht berücksichtigte Agrardieselvergütung hinzu, liegen die Angaben aus beiden Datenquellen annähernd in gleicher Höhe.

²⁶ Die Stadt Bremen weist Durchschnittszahlungen von 70 Euro je ha LF auf.

Abbildung 19: Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben Niedersachsens im Wirtschaftsjahr 2008/2009



Quelle: Testbetriebsnetz.

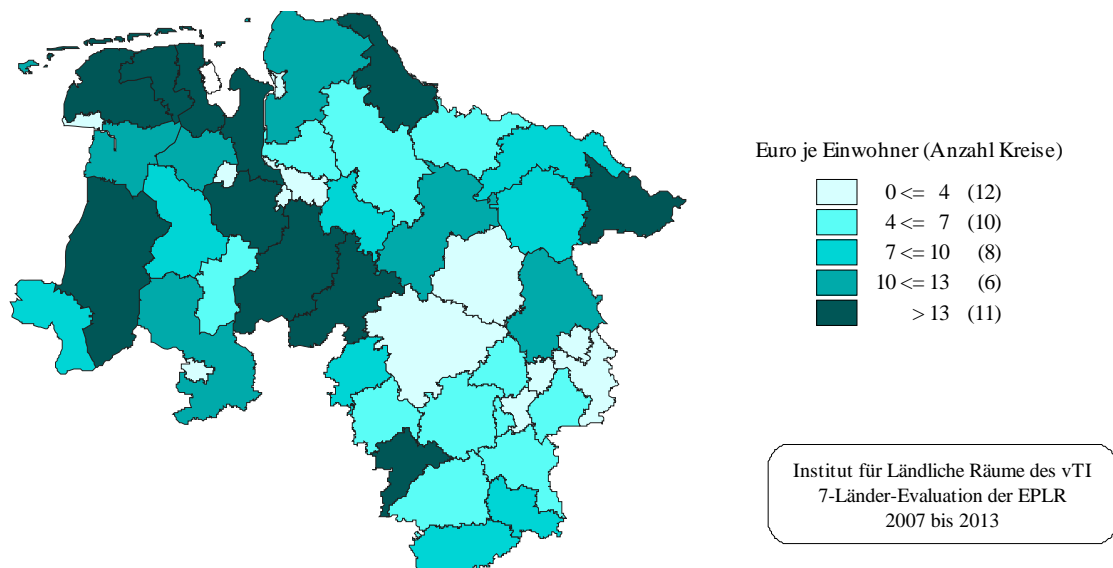
Die Zahlungen sind in Abhängigkeit der Betriebsformen den Auswertungen des Testbetriebsnetzes zufolge sehr unterschiedlich. Am höchsten liegen die Durchschnittsbeträge bei den sonstigen Futterbau- und Milchviehbetrieben. Ackerbau- und Veredlungsbetriebe erhalten deutlich geringere Zahlungen. Die Zahlungen außerhalb der 2. Säule liegen bei ungefähr 40 Euro je ha (mit Ausnahme der Veredlungsbetriebe); davon kommt rund die Hälfte aus der Agrardieselvergütung.

Einwohnerbezogene Förderintensität

Die durchschnittliche jährliche Förderintensität je Einwohner zum Stichtag 31.12.2008 liegt in den Landkreisen Niedersachsens²⁷ bei rund zehn Euro. Der Landkreis Friesland liegt mit 14 Euro an der Spitze, während auf den Landkreis Celle nur 3,80 Euro je Einwohner entfallen (siehe **Karte 5**). Einbezogen in die Analyse wurden die ELER-Codes 125 (einschließlich der Mittel für den landwirtschaftlichen Wegebau aus der Zuckerdiversifizierung) und 126, alle Schwerpunkt-3-Maßnahmen (mit Ausnahme von 311) und Leader (einschließlich LEADER+).

²⁷ Ohne Region Hannover.

Karte 5: Errechnete einwohnerbezogene Förderintensität ländlicher Entwicklungsmaßnahmen (Durchschnitt der EU-Haushaltsjahre 2007 bis 2009)



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2009k; 2010e; 2010f).

Die durchschnittlichen Zahlungen fallen insgesamt gering aus, mit einem räumlichen Schwerpunkt im Westen Niedersachsens und in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Holzminden.

4.3.2 Inanspruchnahme von *PROFIL* nach Zuwendungsempfängern

Insgesamt wurden 53 % der öffentlichen Mittel (*PROFIL*, Zuckerdiversifizierungsbeihilfe und Restzahlungen fakultative Modulation) zwischen 2007 und 2009 direkt an landwirtschaftliche Betriebe ausgezahlt, der Rest an nichtlandwirtschaftliche Zuwendungsempfänger (vgl. **Abbildung 20**).

Die zentral verfügbare Zahlstellendatenbank²⁸ lässt nur eine Differenzierung zwischen landwirtschaftlichen Betrieben und Nichtlandwirten zu. Tiefergehende Analysen erfolgen in den Maßnahmenbewertungen. Als landwirtschaftlicher Betrieb wurde derjenige Zahlungsempfänger definiert, der zwischen 2007 und 2009 Zahlungen aus der 1. Säule der

²⁸ In der Zahlstellendatenbank sind die Artikel-89-Maßnahmen nicht enthalten. Des Weiteren konnten die Restzahlungen aus LEADER+ nicht berücksichtigt werden, da für diese Zahlungen keine Betriebsnummern vorlagen.

GAP²⁹ erhalten hat. Alle übrigen ELER-Zahlungsempfänger sind dieser Definition folgend Nicht-Landwirte³⁰.

Im Schwerpunkt 1 sind rund die Hälfte der ausgezahlten öffentlichen Mitteln direkt an landwirtschaftliche Betriebe geflossen, wobei landwirtschaftliche Betriebe natürlich auch von den bodenordnerischen und infrastrukturellen Maßnahmen der Flurbereinigung und des Wegebbaus profitieren, ohne hier Zuwendungsempfänger zu sein.

Die Mehrzahl der Zahlungsempfänger im Schwerpunkt 2 sind ebenfalls landwirtschaftliche Betriebe. Rund 87 % der in diesem Schwerpunkt ausgezahlten Mittel zwischen 2007 und 2009 sind an landwirtschaftliche Betriebe geflossen, in erster Linie im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (einschließlich der Restzahlungen aus der fakultativen Modulation).

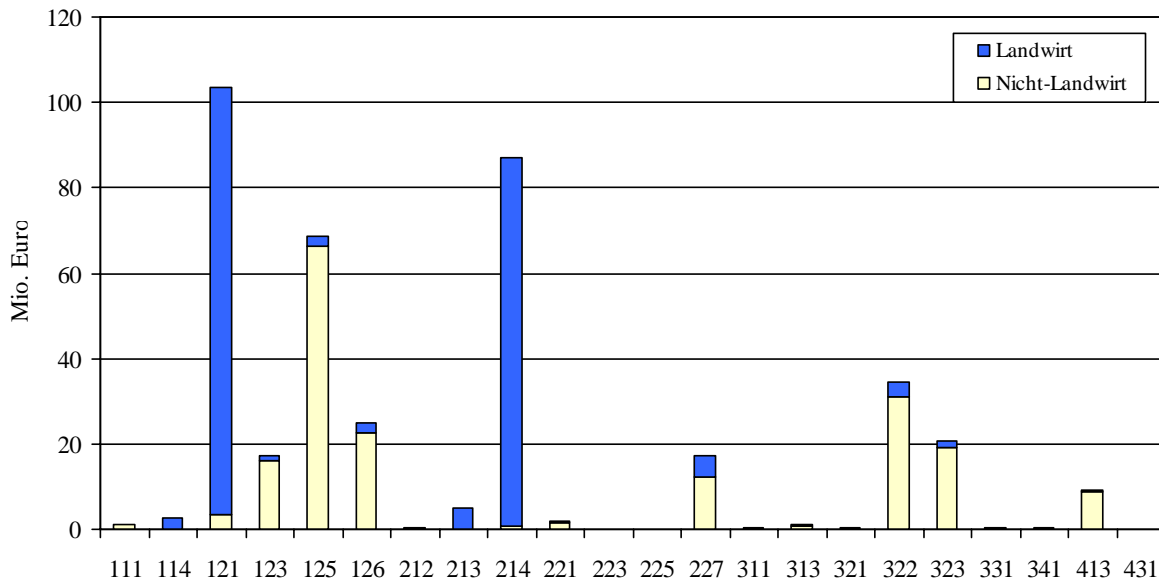
In den Schwerpunkten 3 und 4 dominieren erwartungsgemäß nichtlandwirtschaftliche Zuwendungsempfänger, an die auch 86 % der öffentlichen Mittel ausgezahlt wurden.

Die gesamten Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe gemäß der o. g. Definition und nichtlandwirtschaftliche Zuwendungsempfänger stellt **Abbildung 20** dar.

²⁹ Aus den EG-Haushaltsposten 05030...

³⁰ Bei der Interpretation der Ergebnisse muss bedacht werden, dass nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe 1.-Säule-Zahlungen erhalten, wobei der Anteil gering sein dürfte. Des Weiteren sind landwirtschaftliche Betriebe/Arbeitskräfte natürlich bei vielen Maßnahmen indirekt Begünstigte (z. B. bei der Verarbeitung und Vermarktung - ELER-Code 123 oder der Flurbereinigung - ELER-Code 125).

Abbildung 20: Ausgezählte öffentliche Mittel 2007 bis 2009 nach Zuwendungsempfängern und ELER-Codes ¹⁾



¹⁾ Ohne Artikel-89-Maßnahmen, aber einschließlich Restzahlungen für fakultative Modulation und Zuckerdiversifizierungsmittel.

Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2010e; 2010f).

Die landwirtschaftlichen Zuwendungsempfänger im Rahmen der 2. Säule der GAP werden im Folgenden nach ihrer Größe und Inanspruchnahme einzelner Maßnahmen analysiert. Da in den Zahlstellendaten keine Angaben über die strukturellen Parameter der geförderten Betriebe enthalten sind, wurde die Betriebsgröße näherungsweise über die Höhe an Direktzahlungen 2007 bestimmt³¹.

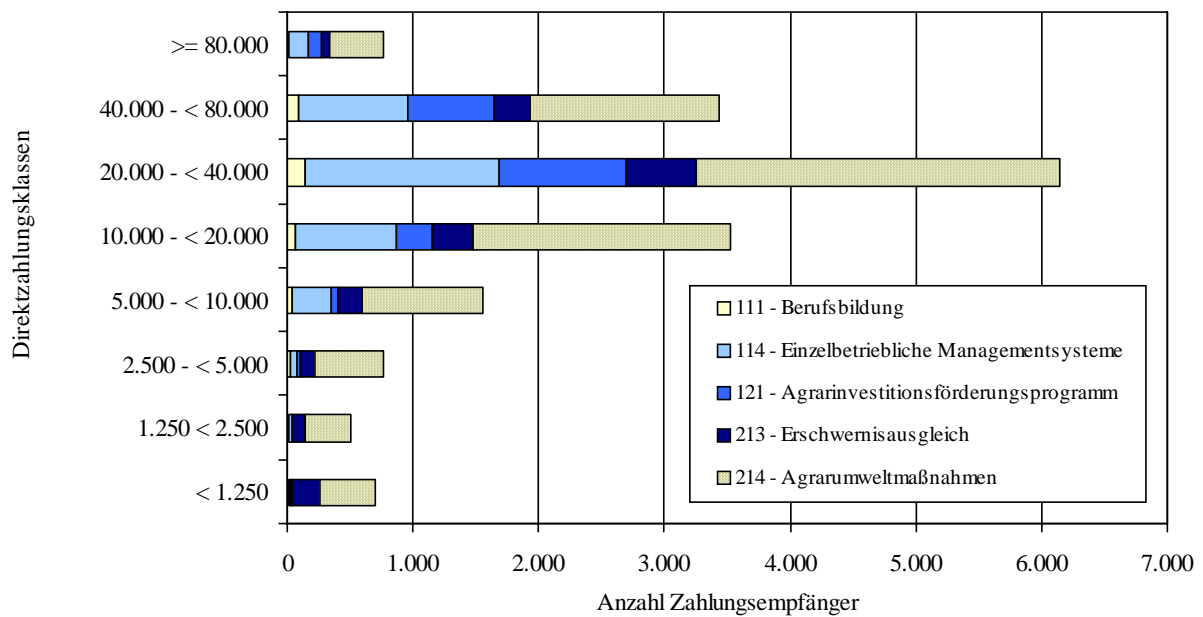
Betrachtet werden ausschließlich die Maßnahmen Berufsbildung (ELER-Code 111), Einzelbetriebliche Managementsysteme (ELER-Code 114), Agrarinvestitionsförderungsprogramm (ELER-Code 121) und die landwirtschaftlichen Flächenmaßnahmen des Schwerpunktes 2³², also die Maßnahmen, die sich ausschließlich oder schwerpunktmäßig an landwirtschaftliche Betriebe richten. **Abbildung 21** ordnet die Zahlungsempfänger für die ausgewählten ELER-Maßnahmen den gebildeten Direktzahlungsgruppen zu. Erkennbar ist eine unterschiedliche Schwerpunktsetzung bei der Inanspruchnahme investiver bzw. flächenbezogener Maßnahmen. Von den sog. Kleinerzeugern, d. h. Betrieben mit weniger als

³¹ Damit wurde ein Teil der Betriebe allerdings aus der Analyse ausgeschlossen, da diese 2007 nicht in der Direktzahlungsdatenbank mit ihrer Betriebsnummer vertreten waren.

³² Die Ausgleichszulage (ELER-Code 212) wird außen vor gelassen, da es sich ausschließlich um Altverpflichtungen in Bremen handelte.

5.000 Euro Direktzahlungen pro Jahr, werden überwiegend Agrarumweltmaßnahmen und der Erschwernisausgleich in Anspruch genommen. Rund zwei Prozent der Zahlungsempfänger bei Beratungs- und investiven Maßnahmen sind Kleinerzeuger, beim Erschwernisausgleich liegt der Anteil immerhin bei einem Viertel und bei den Agrarumweltmaßnahmen ebenso wie bei der Berufsbildung bei 15 %.

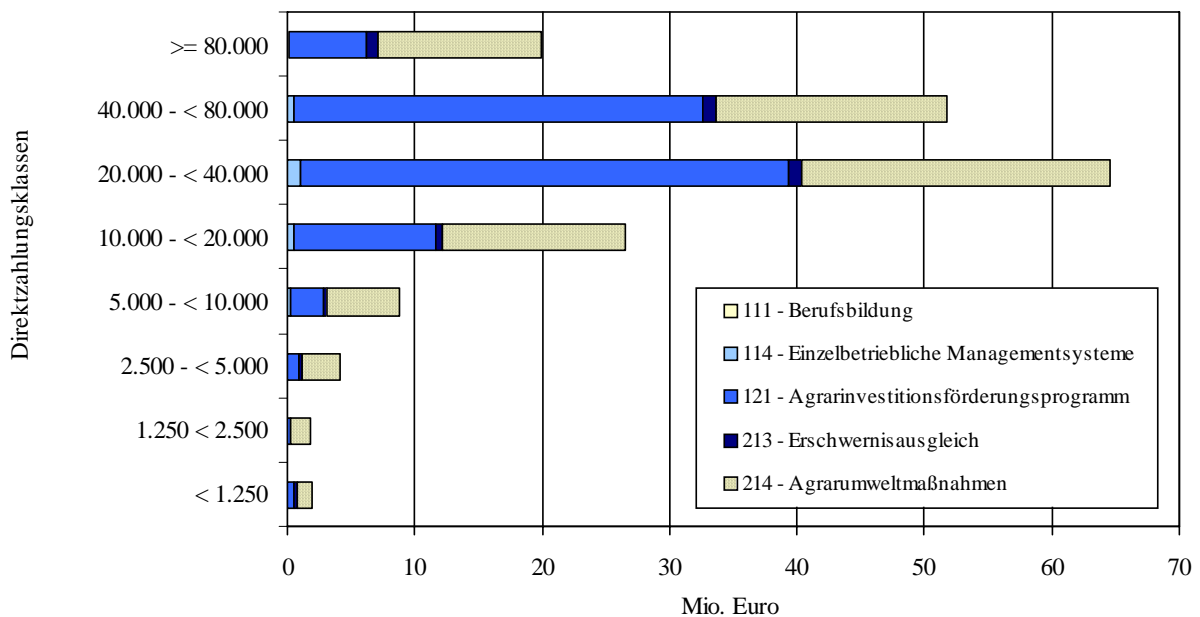
Abbildung 21: Anzahl der Zahlungsempfänger 2007 bis 2009 in den ELER-Codes 111, 114, 121, 213 und 214 nach Direktzahlungsklassen



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2010e; 2010f).

Der Großteil der öffentlichen Mittel fließt in Betriebe, die über 20.000 Euro an Direktzahlungen im EU-Haushaltsjahr 2007 erhalten haben (rund 76 % der Mittel bei den in **Abbildung 22** betrachteten Maßnahmen).

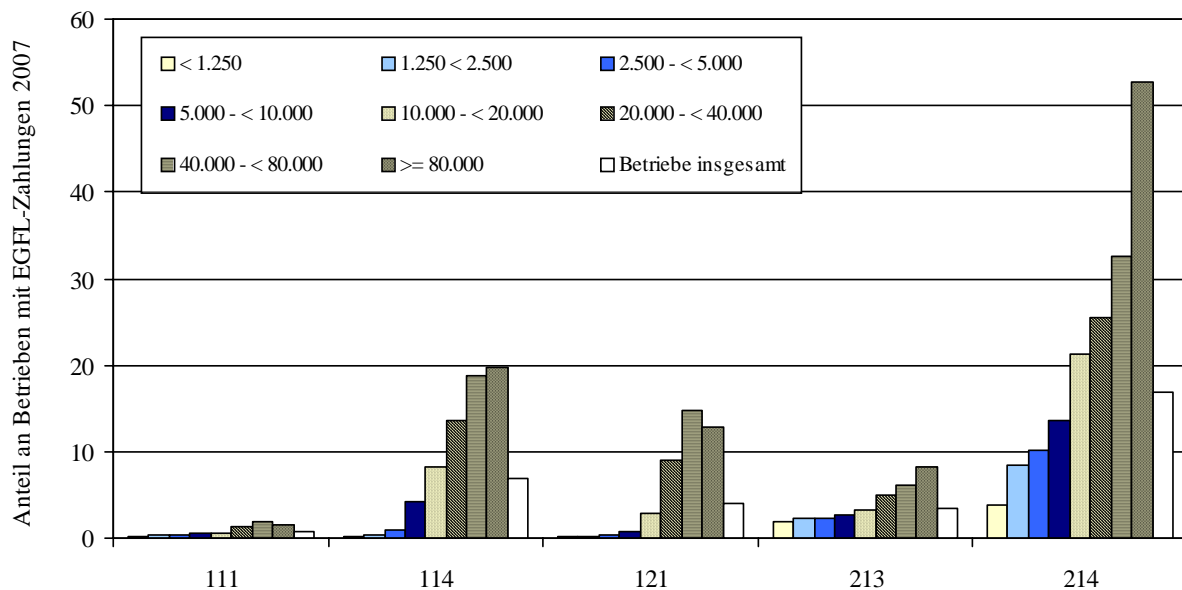
Abbildung 22: Höhe der ausgezahlten öffentlichen Mittel 2007 bis 2009 in den ELER-Codes 111, 114, 121, 213 und 214 nach Direktzahlungsklassen



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2010e; 2010f).

Der Anteil der Betriebe, die an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen, liegt mit 17 % aller Betriebe, die 2007 Direktzahlungen erhielten, am höchsten. Am unteren Ende liegen Qualifizierungsmaßnahmen, die Betriebsinhaber nur in geringem Umfang ansprechen. Der Grad der Inanspruchnahme variiert bei einigen Maßnahmen stark in Abhängigkeit der Betriebsgröße. So sprechen Beratungsmaßnahmen, das AFP und die Agrarumweltmaßnahmen ganz besonders größere Betriebe an. Über die Hälfte der Betriebe mit mehr als 80.000 Euro an Direktzahlungen in 2007 nehmen beispielsweise Agrarumweltmaßnahmen in Anspruch (siehe **Abbildung 23**).

Abbildung 23: Inanspruchnahme landwirtschaftsbezogener Maßnahmen (Anteil an Betrieben, die 2007 Direktzahlungen erhielten)



Quelle: Eigene Berechnungen nach ML (2009i; 2010e; 2010f).

5 Programmimplementation, Akteure und institutioneller Kontext

5.1 Kooperation von Niedersachsen und Bremen im Bereich des EGFL und ELER

Die Kooperation von Niedersachsen und Bremen ist in einem Staatsvertrag geregelt (EGFLELERStVG). Die Zuständigkeiten wurden sowohl für den EGFL als auch den ELER von Bremen auf das Land Niedersachsen übertragen. Den senatorischen Dienststellen obliegt weiterhin die inhaltliche Steuerung; die administrative Umsetzung wird von den niedersächsischen Verwaltungen wahrgenommen. Mindestens einmal pro Jahr finden gemeinsame Dienstbesprechungen der Verwaltungsbehörde mit den senatorischen Dienststellen in Bremen statt (ML, 2009e). Im Staatsvertrag ist ein finanzieller Ausgleich festgelegt, der pauschaliert 198.000 Euro pro Jahr beträgt. Sofern Bremen eigene Maßnahmen anbietet, sind die Kosten für EDV-Programme, Prüfpfade, Antragsunterlagen zusätzlich zu tragen. Darüber hinaus beteiligt sich Bremen zu einem Drittel an den Kosten für Programmherstellung, Begleitung und Bewertung.

5.2 Strukturlandkarte

Auf der Grundlage der Gespräche mit der Verwaltungsbehörde (ML, 2009e), der Zahlstelle im ML (ML, 2009f) und der Koordination im MU (MU, 2009b) sowie der Auswertung

der vorliegenden Dokumente wurde eine sogenannte Strukturlandkarte erstellt, die alle beteiligten Ebenen und Akteure an der Umsetzung von *PROFIL* in Beziehung zueinander setzt (siehe **Abbildung 24**).

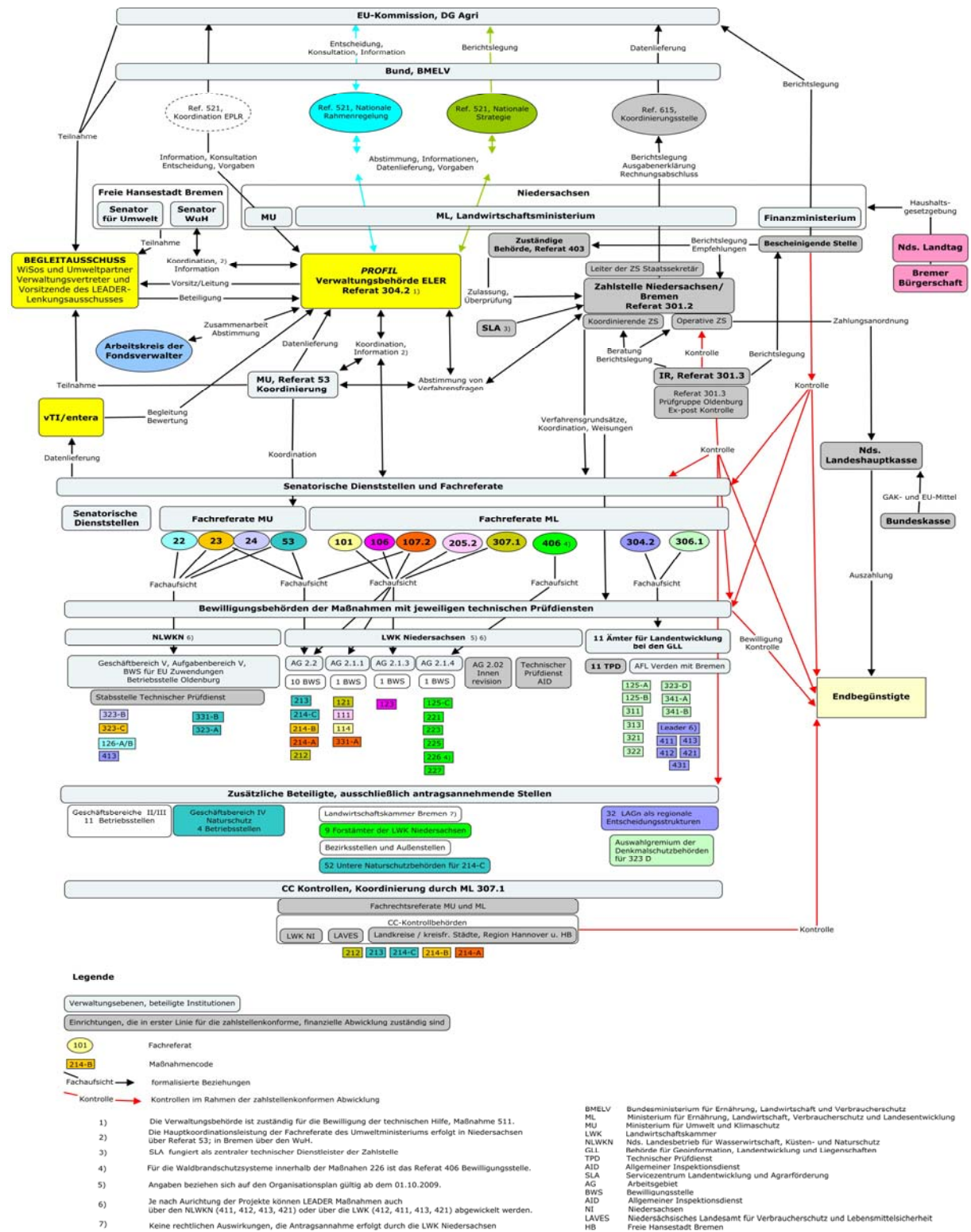
Wesentliche Akteure auf der Steuerungsebene sind die Verwaltungsbehörde im ML, die Zahlstelle im ML und die Koordinierungsstelle im MU. Die Bescheinigende Stelle ist im Finanzministerium angesiedelt. An der Steuerung der Maßnahmen beteiligt und zuständig für die Fachaufsicht sind vier Referate im MU, acht Referate im ML. Darüber hinaus sind im Wesentlichen zwei senatorische Dienststellen aus Bremen beteiligt. Die Zahlstellenfunktion ist auf drei Institutionen verlagert: den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), die Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK) und die Ämter für Landentwicklung (ÄfL) bei den Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL).

Die Einrichtungen der Zahlstelle sind, zumindest bezogen auf die Antragsannahme, relativ breit in der Fläche gestreut. Aufgrund der Kommunalisierung der Naturschutzverwaltung in Niedersachsen sind zudem bei der Umsetzung des KoopNat die Unteren Naturschutzbehörden bei den Landkreisen zu beteiligen. Das heißt, trotz der starken Bündelung der Zahlstellenfunktion auf drei Stränge sind viele Akteure zu koordinieren und fachaufsichtlich zu betreuen.

Von den Beschlüssen der Landesregierung für den Nachtragshaushalt 2010 und den Haushalt 2011 sind die in die Umsetzung von *PROFIL* einbezogenen Verwaltungen unterschiedlich betroffen. Das NLWKN muss zusätzlich Personalkürzungen hinnehmen, während der Zuschuss an die Landwirtschaftskammer um 1,6 Mio. Euro aufgestockt wird. Des Weiteren wird das Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung (SLA) aufgrund eines externen Gutachtens personell und finanziell besser ausgestattet. Das Budget der Ämter für Landesentwicklung wurde daher um 1,4 Mio. Euro (netto) aufgestockt (Niedersächsische Staatskanzlei, 2010).

Im August 2010 hat die Landesregierung beschlossen, die GLLs und den Landesbetrieb Landesvermessung und Geoinformation (LGN) unter dem Dach einer Landesanstalt zusammenzuführen. Die 14 Standorte der GLLs verlieren damit ihre Eigenständigkeit und fungieren in Zukunft als Außenstelle eines Landesamtes (ML, 2010c). Damit einher geht auch die Verlagerung von Personal aus den GLLs in das Landesamt. Inwieweit sich die Gründung des Landesamtes auf die Förderabläufe von *PROFIL* auswirken wird, ist z. Z. nicht absehbar. Wie bei jeder Verwaltungsreform, wird allerdings im Zeitraum der Umstrukturierung viel Personalkapazität für Organisationsfragen gebunden, vor allem in den Abteilungen, die mit Querschnittsaufgaben betreut sind.

Abbildung 24: Strukturlandkarte zur Umsetzung von PROFIL (Stand Oktober 2009)



Quelle: Eigene Darstellung.

Literaturverzeichnis

- Agra-Europe, Nr. 24 vom 14.6.2010, Zukunft der Agrardieselvergünstigung unklar. S. 27-29 (Länderberichte).
- Agra-Europe, Nr. 29/10 vom 19.7.2010, Kabinett beschließt Streichung von Selbstbehalt und Obergrenze beim Agrardiesel. S. 1 (Länderberichte).
- Albert, R., Efken, J., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2003a): Kapitel 7: Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse - Kapitel VII der VO (EG) Nr. 1257/1999, Halbzeitbewertung von PROLAND NIEDERSACHSEN. Braunschweig.
- Albert, R., Efken, J., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2003b): Kapitel 7: Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse - Kapitel VII der VO (EG) Nr. 1257/1999, Halbzeitbewertung des Plans des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raums. Braunschweig.
- Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" (2010): Bruttoinlandsprodukt - preisbereinigt, verkettet - 1991 bis 2009 (Wirtschaftswachstum). Internetseite Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab02.asp#tab01. Stand 30.3.2010.
- ARL, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2010): Regionalpolitik im Lichte der Finanz- und Wirtschaftskrise. Positionspapier aus der ARL, H. 82. Hannover. Internetseite Akademie für Raumforschung und Landesplanung: http://www.arl-net.org/pdf/pospapier/PosPaper_82.pdf. Stand 7.7.2010.
- ASG, Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (2009): Frauen sind ein Gewinn! Beitrag der Frauen am landwirtschaftlichen Gesamteinkommen. Neue Befragungsergebnisse 2009. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C56018478_L20.pdf. Stand 4.6.2009.
- BA, Bundesagentur für Arbeit (2010): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitablauf, Datenstand Dezember 2009. Nürnberg. Internetseite Bundesagentur für Arbeit: <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/z.html?call=r>. Stand 7.7.2010.
- Beaufoy, G. und Cooper, T. (2008): Guidance document to the member states on the application of the high nature value impact indicator. Brüssel. Internetseite European evaluation network for rural development:
- Bergschmidt, A., Dirksmeyer, W., Ebers, H., Fitschen-Lischewski, A., Forstner, B., Margarian, A. und Heuer, J. (2008): Ex-Post-Bewertung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) im Förderzeitraum 2000 bis 2006 Niedersachsen. Internetseite Institut für Betriebswirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts: http://www.vti.bund.de/de/institute/bw/publikationen/sonstige/ex_post/niedersachsen_bericht_de.pdf. Stand 20.7.2010.

- Bernhards, U., Doll, H., Klockenbring, C., Plankl, R. und Rudow, K. (2003): Zwischenbewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten 2000 bis 2002 in Bremen. Braunschweig.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008a): Jahresgespräch zwischen KOM und BMELV am 28. Oktober 2008, wichtige Ergebnisse/Aussagen. Email vom 4.11.2008.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008b): Deutschland - Verwendung der durch Differenzierung freigewordenen Mittel, nur fakultative Modulation, Stand 14.11.2006. Email vom 20.06.2008.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2009a): Jahresbericht über staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor 2008 in Niedersachsen. Internetseite Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://www.bmelv.de/cln_182/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Foerderung/Beihilfen2008/Niedersachsen.html. Stand 14.7.2010a.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2009b): Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und Sonderrahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes": Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels. Internetseite Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: <http://www.bmelv.de/cae/servlet/contentblob/559830/publicationFile/27740/Rahmenplan2009-2012.pdf;jsessionid=6F9456326AF435D3BFC41F8B856240> 28. Stand 24.2.2010b.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010a): Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" Ist-Ausgaben 2009 (Kassenergebnisse) - in Mio. Euro -. Email vom 24.02.2009.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010b): Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (o. Sonderrahmenplan) Verteilung der Ist-Ausgaben auf Maßnahmengruppen sowie nach Ländern in den Jahren 1973 bis 2008. Email vom 24.02.2009.
- BMELV, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010c): Regionale Zielwerte im Rahmen der Betriebsprämienregelung. Anpassung des Werts der Zahlungsansprüche an den regionalen Zielwert im Zeitraum 2010 bis 2013. Internetseite Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: <http://www.bmelv.de/cae/servlet/contentblob/872744/publicationFile/55422/BetriebspraemienRegionaleZielwerte.pdf>. Stand 17.3.2010c.
- BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2007): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt - vom Bundeskabinett am 7. November 2007 beschlossen. Berlin.

- BMWI, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009): Kabinett beschließt Sonderprogramm für die Landwirtschaft. Internetseite Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:
<http://www.foerderdatenbank.de/Foerder-DB/Navigation/aktuelles>.
Stand 8.4.2010.
- Destatis, Statistisches Bundesamt (2010): Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (2000=100) Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft - Fachserie 17. Internetseite Statistisches Bundesamt:
<https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,sfgsuchergebnis.csp&pagenr=5>. Stand 30.3.2010.
- DGERhVO: Verordnung zur Erhaltung von Dauergrünland. Nds.GVbl., 21/2009. <http://www.recht-niedersachsen.de/78600/dgruenerhv.htm>.
- Efken, J., Klepper, R., Krahe, V., Nölle, J., Trefflich, A., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2005a): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Plans des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raums, Kapitel 7, Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse - Kapitel VII der VO (EG) Nr. 1257/1999. Internetseite Johann Heinrich von Thünen-Institut:
http://www.vti.bund.de/fallitdok_extern/bitv/dk037242.pdf. Stand 20.7.2010a.
- Efken, J., Klepper, R., Krahe, V., Nölle, J., Trefflich, A., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2005b): Aktualisierung der Halbzeitbewertung von PROLAND NIEDERSACHSEN Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, Kapitel 7, Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse - Kapitel VII der VO (EG) Nr. 1257/1999. Internetseite Johann Heinrich von Thünen-Institut:
http://www.vti.bund.de/fallitdok_extern/bitv/dk036921.pdf. Stand 20.7.2010b.
- Efken, J., Steinbauer, C., Schäfer, M., Trefflich, A., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2008a): Ex-post-Bewertung der Förderung zur Marktstrukturverbesserung in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2006, Bericht für Niedersachsen. Internetseite Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des Johann Heinrich von Thünen-Instituts:
http://www.vti.bund.de/de/institute/ma/publikationen/ex_post/Niedersachsen_Expost_Bewertung_de.pdf. Stand 20.7.2010a.
- Efken, J., Steinbauer, C., Schäfer, M., Trefflich, A., Uetrecht, I. und Wendt, H. (2008b): Ex-post-Bewertung der Förderung zur Marktstrukturverbesserung in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2006. Bericht für Bremen. Internetseite Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des Johann Heinrich von Thünen-Instituts:
http://www.vti.bund.de/de/institute/ma/publikationen/ex_post/Bremen_Expost_Bewertung_de.pdf. Stand 20.7.2010b.

- EGFLELERStVG: Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlicher Raums (ELER) (Nds. GVbl. Nr. 23/2006 S. 436). Nds.GVbl. Internetseite Recht-Niedersachsen: <http://www.recht-niedersachsen.de/78120/sthbn,egfl,eler.htm>. Stand 8.10.2007.
- EU-KOM, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft (2006a): Hinweis B, Leitlinien für die Bewertung, September 2006. In: Entwicklung des ländlichen Raums 2007 bis 2013, Handbuch für den Gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen. Brüssel.
- EU-KOM, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft (2006b): Rural Development 2007 to 2013. Handbook on Common Monitoring and Evaluation Framework, Guidance Document, September 2006. Brüssel.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung und BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft (2003): Halbzeitbewertung von PROLAND Niedersachsen - Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig, Hannover, Hamburg. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): Stand 2.10.2007.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung, BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft und TUB, Technische Universität Braunschweig (2003): Halbzeitbewertung des Plans des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raums gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen. Braunschweig, Hannover, Hamburg. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): http://miraculix.fal.de/fallitdok_extern/zi035873.pdf. Stand 2.10.2007.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung, BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft und TUB, Technische Universität Braunschweig (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Plans des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raums gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen. Braunschweig, Hannover, Hamburg. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): http://miraculix.fal.de/fallitdok_extern/bitv/dk037245.pdf. Stand 2.10.2007.
- FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, BFH, Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft und ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung von PROLAND Niedersachsen, Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig, Hannover, Hamburg.

- Forstner, B., Grajewski, R. und Efken, J. (2004): Arbeitsbericht zum Workshop Zwischenbewertung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 - Erfahrungsaustausch und Verbesserungsvorschläge, durchgeführt am 27./28. Januar 2004 in Braunschweig. Braunschweig.
- Forstner, B., Dirksmeyer, W., Margarian, A. und Zimmer, Y. (2005): Aktualisierung der Zwischenbewertung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2004 - Bericht für das Land Bremen. Braunschweig.
- Gerdes, H. (2010): Das Liquiditätshilfedarlehen der Rentenbank? Die Lösung in der Krise. Internetseite Landwirtschaftskammer Niedersachsen: <http://www.lwk-niedersachsen.de/index.cfm/portal/betriebumwelt/nav/91/article/12542/page/print.html>. Stand 14.8.2010.
- Grieve, J. und Weinspach, U. (2010): Capturing impacts of LEADER and of measures to improve Quality of Life in Rural areas (Draft Working Paper 4). Brüssel.
- Haupt, K.-H. (2010): Entwicklung der Staats- und Kommunalfinanzen 2009. Statistische Monatshefte Niedersachsen 2010, H. 5, S. 226-237. Internetseite Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen: http://www.nls.niedersachsen.de/Monatsheft/MH_05_2010.pdf. Stand 20.7.2010.
- Höher, G. (2010): Mehr Sachlichkeit in der Diskussion. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1371&article_id=5187&_psmand=7. Stand 20.7.2010.
- Klare, K., Roggendorf, W., Tietz, A. und Wollenweber, I. (2005): Untersuchung über Nutzen und Wirkungen der Flurbereinigung in Niedersachsen. Braunschweig.
- Klockenbring, C. (2003): Zwischenevaluierung der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates für den Förderzeitraum 2000 bis 2002 für das Bundesland Bremen. Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig, Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume.
- LR, Institut für Ländliche Räume der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie und OEF, Institut für Ökonomie der Bundesforschungsanstalt für Forst und Holzwirtschaft (2006): Ex-ante-Bewertung des Niedersächsischen und Bremischen Programms für die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes 2007 bis 2013. In: ML, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): PROFIL 2007 bis 2013, Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013. Hannover.

- LR, Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, BW, Institut für Betriebswirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, OEF, Institut für Ökonomie der Forst und Holzwirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI und entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie (2008a): Bericht 2008 zur laufenden Bewertung von *PROFIL* 2007 bis 2013 Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen im Rahmen der 7-Länder-Bewertung (Stand: Mai 2008). Braunschweig.
- LR, Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie, BW, Institut für Betriebswirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, MA, Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI und OEF, Institut für Ökonomie der Forst und Holzwirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI (2008b): Ex-post-Bewertung des Plans des Landes Bremen zur Entwicklung des ländlichen Raums gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Internetseite Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts:
http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/sonstige/zal/hb_ex_post/ex_post_hb_gesamtdatei_de.pdf. Stand 20.7.2010b.
- LR, Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie, BW, Institut für Betriebswirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, MA, Institut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, OEF, Institut für Ökonomie der Forst und Holzwirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI und Leichtweiß-Institut für Wasserbau (2008c): Ex-post-Bewertung von PROLAND Niedersachsen Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes gem. Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Internetseite Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts:
http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/sonstige/zal/ni_ex_post/ex_post_ni_gesamtdatei_de.pdf. Stand 20.7.2010c.
- LR, Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, BW, Institut für Betriebswirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI, OEF, Institut für Ökonomie der Forst und Holzwirtschaft des Johann Heinrich von Thünen-Instituts vTI und entera, Ingenieurgesellschaft für Planung und Informationstechnologie (2009): Bericht 2009 zur laufenden Bewertung von *PROFIL* 2007-2013 Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen im Rahmen der 7-Länder-Bewertung (Stand: Mai 2009). Internetseite Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C49098235_L20.pdf. Stand 13.7.2010.

- LSKN, Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2009): Energieland Niedersachsen - (un)endliche Energie? Datenlage und Datenbedarf, Sonderausgabe Tagung des LSKN am 26. Februar 2009. Internetseite Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen: http://www.nls.niedersachsen.de/Monatsheft/Tagungsband_2009.pdf. Stand 21.9.2010.
- LSKN, Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2010a): Bodennutzung und Ernte 2009. Die Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen, Anbau und Erntemengen auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Internetseite Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen: http://www.nls.niedersachsen.de/Download/StatistischeBerichte/CI1_CII3_2009.pdf. Stand 21.7.2010a.
- LSKN, Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2010b): Niedersachsen 2009 - Das Land in Zahlen -. Statistische Monatshefte Niedersachsen, H. 3. Hannover. Internetseite Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen: http://www.nls.niedersachsen.de/Monatsheft/MH_03_2010.pdf. Stand 20.7.2010b.
- Lukesch, R., Schuh, B., Beaufoy, G., Goemann, H., Kaufmann, P., Koorberg, P., Michalek, J., Moran, D., Paracchini, M. L., Pinay, G., Pufahl, A., Schiller, S., Rossi, P. und Storti, D. (2010): Working paper on Approaches for assessing the impacts of the Rural Development Programmes in the context of multiple intervening factors. Internetseite European Evaluation Network for Rural Development: http://ec.europa.eu/agriculture/rurdev/eval/network/impacts_en.pdf. Stand 29.4.2010.
- LWK NI, Landwirtschaftskammer Niedersachsen (2010): Neuerungen Direktzahlungen 2010 NAU 2010. Internetseite Landwirtschaftskammer Niedersachsen: Stand 14.7.2010.
- Margarian, A., Dirksmeyer, W., Forstner, B. und Zimmer, Y. (2005): Aktualisierung der Zwischenbewertung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) in Deutschland für den Förderzeitraum 2000 bis 2004 - Bericht für Niedersachsen. Braunschweig.
- MCON, Dieter Meyer Consulting (2003): Gemeinschaftsinitiative LEADER+, Halbzeitbewertung der Förderperiode 2000 bis 2006 für Niedersachsen. Oldenburg.
- MCON, Dieter Meyer Consulting (2005): Gemeinschaftsinitiative LEADER+, Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Förderperiode 2000-2006 für Niedersachsen. Oldenburg.

- MF, Ministerium für Finanzen des Landes Niedersachsen (2010): Anlage 04 - Erbringung der 2%igen Einsparungen in den Ressorts. Internetseite Ministerium für Finanzen des Landes Niedersachsen: http://www.stk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1130&article_id=88789&psmand=6. Stand 4.8.2010.
- MI, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2010): Projektliste über geplante bzw. begonnene Maßnahmen im Rahmen der "Initiative Niedersachsen" Stand 22.06.2010. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: <http://www.zukunftsinvestitionsgesetz.niedersachsen.de/download/26515>. Stand 14.7.2010.
- MilchSoPrG: Gesetz über ein Sonderprogramm mit Maßnahmen für Milchviehhalter (Milch-Sonderprogrammgesetz - MilchSoPrG). BGBl, I S. 420. Internetseite Bundesministerium der Justiz: www.juris.de. Stand 21.7.2010.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, MU, Niedersächsisches Umweltministerium, WuH, Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen und KORIS, Kommunikative Stadt und Regionalentwicklung (2007): *PROFIL* 2007 bis 2013 Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013. Hannover. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: http://www.ml.niedersachsen.de/master/C20359226_N20358583_L20_D0_I655.html. Stand 11.4.2008.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2008a): Förderwegweiser *PROFIL*- Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013. Hannover.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2008b): Programm des Landes Niedersachsen zur Gewährung der Diversifizierungsbeihilfen im Rahmen der Zuckermarktordnung. Hannover.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009a): 3. Änderungsantrag für das Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 *PROFIL*. Hannover.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009b): Daten zur Erhebung der Kontrollkosten ländlicher Entwicklungsmaßnahmen 2008 der Europäischen Kommission. Schreiben vom 22.11.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009c): Die niedersächsische Landwirtschaft in Zahlen 2009. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: <http://www.ml.niedersachsen.de/servlets/download?C=53211777&L=20>. Stand 9.2.2009c.

- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009d): Erhaltung von Dauergrünland - neue EU-Verpflichtungen für Betriebsinhaber (Presseinformation). Hannover. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:
http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1317&article_id=5144&_psmand=7. Stand 21.7.2010d.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009e): Expertengespräch mit der ELER-Verwaltungsbehörde des Landes Niedersachsen am 26.05.2009. Gespräch am 26.05.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009f): Expertengespräch mit der Zahlstelle Niedersachsen 2009. Gespräch am 25.05.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung Landwirtschaft Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009g): Indikativer Finanzplan 2007 bis 2013 auf Ebene der Maßnahmen (Stand 22.05.2009). Email vom 15.07.2010.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009h): Konjunkturprogramm II - Maßnahmenspektrum. Email vom 26.02.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009i): Kreuzchenlistendaten 2007 und 2008 der landwirtschaftlichen Direktzahlungen und PROFIL (einschließlich Restzahlungen der fakultativen Modulation). CD vom 04.03.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009j): Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 *PROFIL, konsolidierte Fassung Stand: 15. Dezember 2009*. Hannover. www.profil.niedersachsen.de.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2009k): Übersicht über n+2 2004, 2005 und 2006 nach LAGn in Niedersachsen Leader+. Email vom 13.05.2009.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010a): 4. Änderungsantrag für das Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013 *PROFIL*. Hannover.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010b): Antwort auf eine Große Anfrage - Drucksache 16/1966 - Politik der Landesregierung für den ländlichen Raum. Internetseite Niedersächsischer Landtag:
http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_16_2500/2001-2500/16-2397.pdf. Stand 30.4.2010b.

- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010c): Behörde für Geopinformation, Landentwicklung und Liegenschaften (GLL) wird Landesamt. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:
http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1810&article_id=88814&psmand=7. Stand 19.8.2010c.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010d): Biogas in Niedersachsen - Stand, Kritik und Fakten 2010. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:
http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1371&article_id=5187&psmand=7. Stand 20.7.2010d.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010e): EGFL-Daten für das EU-Haushaltsjahr 2009 (verschlüsselt). Email vom 05.02.2010.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010f): ELER-Daten Niedersachsen/Bremen EU-Haushaltsjahr 2009 (verschlüsselt). Email vom 28.01.2010.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010g): *PROFIL* - Programm zur Förderung im ländlichen Raum Niedersachsen und Bremen 2007 bis 2013. Zwischenbericht 2009 gemäß Art. 82 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (bearbeitet durch entera). Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:
http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1525&article_id=5235&psmand=7. Stand 19.7.2010g.
- ML, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (2010h): Programm des Landes Niedersachsen zur Gewährung der Diversifizierungsbeihilfen im Rahmen der Zuckermarktordeung. Fortschrittsbericht gem. Art. 24 der VO (EG) Nr. 968/2006, Wirtschaftsjahr 2008/2009 (01.10.2008-30.09.2009). Hannover.
- MU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz (2009a): Der Klimawandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft - Positionspapier zum Klimaschutz in Niedersachsen -. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz:
<http://www.mu.niedersachsen.de/download/6853>. Stand 21.7.2010a.
- MU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz (2009b): Gespräch mit Koordination im MU. Gespräch am 26.05.2009.
- MUNLV, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): EFF-Mittel für das Nicht-Konvergenzgebiet (ohne Rheinland-Pfalz) Stand: 20.03.2009. Email vom 27.04.2010.

- MW, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2007a): Operationelles Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Konvergenz" Förderperiode 2007 - 2013. Hannover.
- MW, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2007b): Operationelles Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" Förderperiode 2007 bis 2013. Hannover.
- MW, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2007c): Operationelles Programm für den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Ziel "Konvergenz" Förderperiode 2007 bis 2013. Hannover.
- MW, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (2007d): Operationelles Programm für den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Ziel "Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" Förderperiode 2007 bis 2013. Hannover.
- Niedersächsische Staatskanzlei (2010): David McAllister: "Wir setzen unseren Konsolidierungskurs konsequent fort!" Nachtragshaushalt 2010 und Haushalt 2011. Internetseite Niedersächsische Staatskanzlei: http://www.stk.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1130&article_id=88789&psmand=6. Stand 4.8.2010.
- Niedersächsischer Landtag (2009a): Kleine Anfrage mit Antwort: Zunehmende Vermaischung: Energiemais als Landschaftskiller oder ein wichtiger Beitrag zur Schonung fossiler Rohstoffe? (Drucksache 16/2174). Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1371&article_id=5187&psmand=7. Stand 21.7.2010a.
- Niedersächsischer Landtag (2009b): Antwort auf eine Große Anfrage - Drucksache 16/928 - Energieversorgung in Niedersachsen (Drucksache 16/1425). Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1371&article_id=5187&psmand=7. Stand 21.7.2010b.
- Niedersächsischer Landtag (2009c): Biologische Vielfalt durch eine niedersächsische Artenschutzstrategie erhalten und vergrößern (Drucksache 16/1283). Internetseite Niedersächsischer Landtag: <http://www.nilas.niedersachsen.de>. Stand 21.7.2010c.
- NIW, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (2010): Regionalmonitoring Niedersachsen. Regionalreport 2009. im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Internetseite Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung: http://www.niw.de/uploads/pdf/publikationen/RM_2009_Onlineversion.pdf. Stand 6.7.2010.

- NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (2009): Niedersächsischer Beitrag für das Maßnahmenprogramm der Flussgebietsgemeinschaft Elbe nach Art. 11 der EG-Wasserrahmenrichtlinie bzw. nach § 181 des Niedersächsischen Wassergesetzes. Internetseite Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz: http://www.nlwkn.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=8198&article_id=45603&psmand=26. Stand 21.7.2010.
- Osterburg, B. (2008): Erprobung einer ergebnisorientierten Wasserschutzmaßnahme zur Verbesserung der Stickstoffausnutzung im Life-Projekt WAgriCo - Beitrag zum Niedersächsischen Gewässerforum 2007. Hildesheim.
- Osterburg, B., Nitsch, H., Laggner, B. und Roggendorf, W. (2009): Auswertung von Daten des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems zur Abschätzung von Wirkungen der EU-Agrarreform auf Umwelt und Landschaft. Bericht für das F+E-Vorhaben "Naturschutzfachliche Bewertung der GAP - Effizienzsteigerung durch Nutzung bestehender Datenbestände", gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Arbeitsbericht aus der vTI-Agrarökonomie 07/2009). Internetseite Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts: http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/bereich/ab_07_2009_de.pdf. Stand 21.2.2010.
- Osterburg, B. und Runge, T., Hrsg. (2007): Maßnahmen zur Reduzierung von Stickstoffeinträgen in Gewässer - eine wasserschutz-orientierte Landwirtschaft zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Landbauforschung Völkenrode, Sonderheft 307. Braunschweig.
- Plankl, R., Daub, R., Brand-Sassen, H., Doll, H., Pohl, C. und Rudow, K. (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten 2002 bis 2004 in Bremen. Internetseite Institut für Ländliche Räume der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig: http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/sonstige/hzb_hb_de.pdf. Stand 20.7.2010.
- Plankl, R. und Dickel, R. (2009): Ex-post-Bewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten (2000 bis 2006) - Bremen. Internetseite Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts: http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/sonstige/Ex_post_Ausgleichszulage/ex_post_ausgleichszulage_Bremen_de.pdf. Stand 20.7.2010.
- Plumeyer, C.-H. und Emmann, C. H. (2010): Zwischenbericht zum Projekt "Einfluss der Biogasproduktion auf den Landpachtmarkt in Niedersachsen", im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung. Internetseite Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: http://www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=1371&article_id=5187&psmand=7. Stand 21.7.2010.

- SBU, Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen (2005): Landesenergieprogramm. Dritte Fortschreibung. Internetseite Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen:
http://www.umwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/LEP_2005.12009.pdf.
Stand 9.11.2010.
- SBU, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen (2010): Klimaschutz- und Energieprogramm 2020. Zugleich Vierte Fortschreibung des Landesenergieprogramms gemäß § 13 des Bremischen Energiegesetzes. Internetseite Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa:
http://www.umwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/KEP-Brosch%FCre_Endfassung%20komplett.pdf. Stand 21.7.2010.
- Schmidt, T. und Osterburg, B. (2010): Wirkung von Wasserschutzmaßnahmen auf den mineralischen Stickstoffgehalt von Böden. Ergebnisse der Arbeiten im Johann Heinrich von Thünen-Institut zum Projekt WAgriCo2. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Schnaut, G. (2008): Biogasanlagen - Umweltwirkungen und Landnutzung. Materialband zu Kapitel 10: Kapitelübergreifende Fragestellungen. In: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Hrsg.): Ex-post-Bewertung von PROLAND Niedersachsen. Braunschweig.
- Senatorin für Arbeit, Frauen Gesundheit Jugend und Soziales (2007): Operationelles Programm für den Europäischen Sozialfonds im Land Bremen Ziel: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Förderperiode: 2007 bis 2013. Internetseite BAG: http://www.bremerarbeit.de/_data/OP_Bremen_Genehmigungsstand_12.10.07.pdf. Stand 13.7.2010.
- Sterner, R. (2003): Zwischenevaluierung der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates für den Förderzeitraum 2000 bis 2002 für das Bundesland Niedersachsen. In: FAL, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, ARUM, Arbeitsgemeinschaft Umwelt und Stadtplanung und BFH, Bundesanstalt für Holzforschung (Hrsg.): Halbzeitbewertung von PROLAND Niedersachsen - Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/1999. Braunschweig. S. 1-58. Internetseite Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft: http://miraculix.fal.de/fallitdok_extern/zi035914.pdf.
- Tietz, A. (2010): Auswirkungen von Health Check und EU-Konjunkturprogramm auf die ländlichen Entwicklungsprogramme der deutschen Bundesländer. Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie, H. 03/2010. Braunschweig. Internetseite Institut für Ländliche Räume des Johann Heinrich von Thünen-Instituts: http://www.vti.bund.de/de/institute/lr/publikationen/bereich/ab_03_2010_de.pdf. Stand 9.4.2010.
- VO (EG) Nr. 1290/2005: Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union L 209 vom 11. August 2005. Amtsblatt der Europäischen Union.

WuH, Der Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen (2007): Operationelles Programm EFRE Bremen 2007 bis 2013. Internetseite Senator für Wirtschaft und Häfen: http://www.efre-bremen.de/sixcms/media.php/13/EFRE_Bremen_Programm_2007-2013%5B1%5D.pdf. Stand 13.7.2010.